

Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2002

Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V., Hamburg:

DIW Berlin, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA)

ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Institut für Wirtschaftsforschung Halle

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen

Abgeschlossen in Kiel

am 19. April 2002

1. Die Lage der Weltwirtschaft

Überblick

Die Weltwirtschaft steht vor einem Aufschwung. Nachdem sie im vergangenen Jahr schweren Belastungen ausgesetzt war, hat sie sich seit Ende des Jahres aus der konjunkturellen Schwäche gelöst. Zu der nach den Terroranschlägen vielfach befürchteten weltweiten Rezession ist es nicht gekommen. Die Herbstprognose der Institute, nach der die belastenden Effekte der Anschläge vom 11. September im Wesentlichen vorübergehender Natur seien und die Erholung letztlich nur einige Zeit hinausgeschoben würde, hat sich bestätigt. In den USA hat sich die Konjunktur sogar früher als von den Instituten erwartet belebt: Das reale Bruttoinlandsprodukt nahm bereits im vierten Quartal 2001 wieder zu. In Westeuropa war der Anstieg der Produktion zu Jahresbeginn zwar noch verhalten, das Verbrauchervertrauen wie auch das Geschäftsklima haben sich aber deutlich verbessert. Die japanische Wirtschaft verharrte in der Rezession, allerdings gewannen zuletzt die Exporte wieder an Fahrt. In den meisten ostasiatischen Ländern kam es schon gegen Ende 2001 zu einer Belebung. Diese Region war vom dramatischen Rückgang der weltweiten Nachfrage nach IT-Gütern besonders stark betroffen und profitierte davon, dass die Konjunktur im IT-Bereich die Talsohle durchschritten hatte. In den Reformländern Mittel- und Osteuropas schwächte sich die wirtschaftliche Expansion zwar ab, aber relativ wenig.

Eingeleitet wurde die Konjunkturwende in den Industrieländern von der Wirtschaftspolitik. Dies gilt besonders für die USA. Dort wurde die Geldpolitik bereits zu Beginn des Jahres 2001 deutlich gelockert, als sich der wirtschaftliche Abschwung abzeichnete. Nach dem 11. September senkte die Fed den Leitzins weiter. Real gerechnet ist er seither negativ und so niedrig wie seit Ende 1992 nicht mehr. Die Geldpolitik stimuliert damit kräftig. Auch die Finanzpolitik, die nach Inkrafttreten des mehrjährigen Steuersenkungsprogramms ohnehin expansiv ausgerichtet war, gab zusätzliche Impulse. Einem Ausgabenpaket zur Milderung der Folgen der Terroranschläge im Oktober 2001 folgten im März 2002 weitere Maßnahmen, um die Konjunktur anzuregen. Erleichtert wurde dies durch erhebliche Haushaltsüberschüsse, die in den Jahren 1999 und 2000 entstanden waren.

Die Notenbanken in Westeuropa, die vor dem September 2001 ihre Zinsen nur leicht gesenkt hatten, fuhren ebenfalls mit der monetären Lockerung fort, wenn auch nicht in dem Maße wie die amerikanische Zentralbank. Gleichwohl ist der kurzfristige Realzins auch im Euroraum niedrig, so dass von der Geldpolitik spürbare Impulse ausgehen. In den großen EWU-Ländern beschränkte sich die Finanzpolitik angesichts anhaltend hoher Defizite darauf, die automatischen Stabilisatoren wirken zu lassen.

In Japan sind Geld- und Finanzpolitik bereits seit längerer Zeit nicht mehr in der Lage, die Wirtschaft anzuregen. Der Notenbankzins liegt schon seit einem Jahr nominal nahe null, real gerechnet ist er auf-

grund der anhaltenden Deflation aber deutlich positiv. Auch die Möglichkeiten der Finanzpolitik sind angesichts der in den vergangenen Jahren stark erhöhten öffentlichen Verschuldung weitgehend ausgereizt. Impulse für die Wirtschaft ergeben sich seit einiger Zeit lediglich durch die Abwertung des Yen, die die Exporte stimuliert. Zu einer durchgreifenden konjunkturellen Erholung dürfte es nicht zuletzt wegen der gravierenden Probleme im Bankensektor nicht kommen.

In den westlichen Industrieländern werden sich die expansiven Wirkungen der Wirtschaftspolitik im Laufe dieses Jahres zunehmend entfalten. Allerdings wird die Geldpolitik angesichts der steigenden Kapazitätsauslastung und der damit tendenziell zunehmenden Inflationsrisiken im Verlauf des Prognosezeitraums wieder gestrafft – in den USA stärker und früher als in der EWU. Die Finanzpolitik wird im Jahre 2003 in den USA bei wieder erstarkter Konjunktur auf einen deutlich weniger expansiven Kurs einschwenken. In der EWU wird der Konsolidierungskurs fortgesetzt, insbesondere werden die Staatsausgaben in Deutschland nur schwach steigen.

In den USA und in Westeuropa wird die gesamtwirtschaftliche Produktion im Verlauf dieses Jahres kräftig expandieren. Im kommenden Jahr dürfte die konjunkturelle Dynamik in beiden Regionen infolge schwächer werdender Impulse von der Wirtschaftspolitik etwas nachlassen, die Kapazitätsauslastung nimmt jedoch weiter zu. In Japan wird die Rezession zwar überwunden, die Produktion wird bei kaum steigender Binnennachfrage aber nur langsam ausgeweitet.

Das reale Bruttoinlandsprodukt der Industrieländer insgesamt wird im Jahr 2003 um 2,8% höher sein als in diesem Jahr, in dem ein Zuwachs von lediglich 1,2% erreicht wird (Tab. 1.1). In den mittel- und osteuropäischen Ländern wird sich die Expansion der Gesamtwirtschaft in beschleunigtem Tempo fortsetzen. In den asiatischen Schwellenländern gewinnt die Konjunktur deutlich an Schwung; dagegen wird sich die Wirtschaft in Lateinamerika nur zögerlich beleben. Der Welthandel schrumpfte im Zuge des weltweiten Abschwungs im Verlauf des Jahres 2001; im Jahresdurchschnitt war der internationale Warenaustausch ebenso hoch wie im

Tab. 1.1
Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote
in den Industrieländern

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise ¹⁾			Arbeitslosenquote ²⁾ in %		
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %								
		2001	2002	2003	2001	2002	2003	2001	2002	2003
Deutschland	7,9	0,6	0,9	2,4	2,4	1,5	1,6	7,9	8,1	7,8
Frankreich	5,5	2,0	1,5	2,9	1,8	1,7	1,5	8,6	8,9	8,6
Italien	4,6	1,8	1,3	2,9	2,3	1,9	1,8	9,5	9,1	8,9
Spanien	2,4	2,8	1,8	3,3	3,2	2,5	2,5	13,0	12,9	12,5
Niederlande	1,5	1,1	1,2	2,8	5,2	3,4	2,4	2,4	2,5	2,5
Belgien	1,0	1,0	1,2	2,9	2,4	2,0	1,8	6,6	6,8	6,6
Österreich	0,8	1,0	1,1	2,6	2,3	1,5	1,6	3,6	4,0	3,8
Finnland	0,5	0,7	1,4	3,5	2,6	2,1	1,9	9,1	9,0	8,7
Griechenland	0,5	4,5	3,3	4,0	3,6	3,3	3,0	10,4	10,0	9,6
Portugal	0,4	1,7	1,5	2,8	4,4	2,9	2,5	4,1	4,5	4,4
Irland	0,4	6,0	3,7	5,0	4,0	4,0	3,3	3,8	4,2	4,0
Luxemburg	0,1	5,0	3,3	4,5	2,4	2,0	2,0	2,4	2,6	2,4
Euroraum³⁾	25,6	1,5	1,4	2,8	2,5	2,0	1,8	8,3	8,5	8,2
Großbritannien	6,0	2,2	1,8	2,7	1,2	1,4	1,5	5,1	5,2	5,1
Schweden	1,0	1,4	1,4	2,5	2,7	2,0	1,9	5,1	5,2	4,9
Dänemark	0,7	1,2	1,3	2,2	2,3	1,9	1,9	4,3	4,5	4,4
Europäische Union³⁾	33,2	1,6	1,4	2,8	2,3	1,9	1,8	7,7	7,8	7,5
Schweiz	1,0	1,7	1,0	2,1	1,0	1,0	1,0	2,5	2,5	2,3
Norwegen	0,7	1,7	1,6	2,6	3,0	1,9	2,3	3,5	3,6	3,4
Westeuropa⁴⁾	34,9	1,7	1,4	2,8	2,3	1,8	1,8	7,5	7,6	7,4
USA	42,0	1,2	2,3	3,7	2,7	1,6	2,5	4,8	5,6	5,2
Japan	20,2	-0,5	-1,5	1,0	-0,6	-1,0	-0,5	5,0	5,7	6,0
Kanada	2,9	1,5	1,7	3,5	2,5	1,7	2,1	7,1	7,6	7,2
Insgesamt	100,0	1,1	1,2	2,8	1,9	1,2	1,6	6,1	6,6	6,4
<i>Nachrichtlich:</i> Exportgewicht ⁵⁾		1,7	1,5	2,9	2,4	1,9	1,8	-	-	-

¹⁾ Westeuropa (außer Schweiz): Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – ²⁾ Standardisiert. – ³⁾ Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2000 in US-Dollar; Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2000. – ⁴⁾ Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr von 2000.

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; Berechnungen der Institute; 2002 und 2003: Prognose der Institute.

Jahr zuvor. Mit der konjunkturellen Belebung erholt er sich nun wieder rasch. Für 2002 erwarten die Institute eine Ausweitung des realen Welthandels um etwa 3%; im nächsten Jahr wird er um gut 9% zunehmen (Tab. 1.2).

Es ist durchaus möglich, dass das Tempo der konjunkturellen Erholung in der derzeitigen Phase unterschätzt wird. So könnte es in den USA angesichts der außergewöhnlich niedrigen Lagerbestände infolge eines unerwartet starken Umschwungs bei den Lagerdispositionen zu einer raschen Aufwärtsentwicklung kommen. Auch ist nicht auszuschließen, dass sich der Aufschwung über den internationalen Konjunkturverbund noch stärker intensiviert als prognostiziert, vor allem infolge der zunehmenden internationalen Produktionsverflechtung und des engeren Zusammenhangs der Finanzmärkte.

Es besteht aber auch die Gefahr, dass die Stärke der Erholung überschätzt wird. Ein Risiko liegt in den USA. Dort

Tab. 1.2
Reales Bruttoinlandsprodukt in ausgewählten Regionen der Weltwirtschaft
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2001	2002	2003
Industrieländer insgesamt	1,1	1,2	2,8
darunter:			
USA	1,2	2,3	3,7
Japan	-0,5	-1,5	1,0
Euroraum	1,5	1,4	2,8
übriges Westeuropa	2,0	1,6	2,6
Schwellenländer	1,0	1,6	3,4
darunter:			
Mittel- und Osteuropa	3,7	2,9	3,7
Ostasien ¹⁾	1,1	3,0	4,5
Lateinamerika ²⁾	0,0	0,0	2,5
Insgesamt ³⁾	1,1	1,2	2,9
Nachrichtlich:			
Welthandel real	0,0	3,0	9,2

¹⁾ Südkorea, Taiwan, Indonesien, Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2000 in US-Dollar. – ²⁾ Brasilien, Mexiko, Argentinien, Kolumbien, Venezuela, Chile. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2000 in US-Dollar. – ³⁾ Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2000 in US-Dollar.

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; Berechnungen der Institute; 2002 und 2003: Prognose der Institute.

entwickelte sich die Konjunktur im Winterhalbjahr zwar besser als erwartet, und vorlaufende Indikatoren deuten auf einen kraftvollen Aufschwung hin. Doch könnte es sein, dass die Dynamik des privaten Verbrauchs im vergangenen halben Jahr stärker durch Sonderfaktoren bestimmt war und die entsprechende Korrektur deutlicher ausfällt als von den Instituten erwartet.

Auch weisen die USA am Beginn des Aufschwungs ein außergewöhnlich hohes Leistungsbilanzdefizit auf. Da die Einfuhren schon wegen des konjunkturellen Vorlaufs zunächst rascher zunehmen als die Ausfuhren, ist es bei dem überdies relativ hohen Dollarkurs wahrscheinlich, dass das Außenhandelsdefizit weiter anschwillt. Gefahren drohen dabei von zwei Seiten: Zum einen könnten die Investoren das Leistungsbilanz-

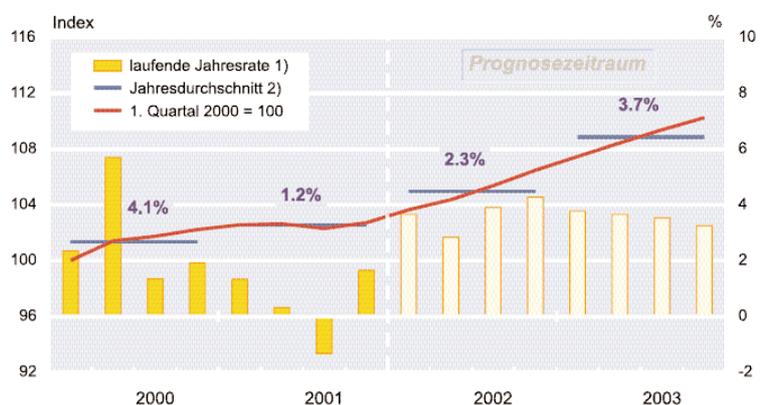
defizit als ein so hohes Risiko ansehen, dass es zu einer kräftigen Abwertung des Dollar und zu einem Anstieg der Zinsen kommt. Zum anderen ist das handelspolitische Klima mit der Verhängung von Strafzöllen auf Stahleinfuhren und den Retorsionsmaßnahmen der EU rauer geworden. Ein wieder steigendes Defizit der USA könnte zu weiteren protektionistischen Maßnahmen führen. All dies würde die Konjunktur in den USA, aber auch in der übrigen Welt erheblich belasten.

Anlass zur Sorge gibt schließlich die jüngste Entwicklung des Rohölpreises. In den vergangenen Wochen hat er sich nicht zuletzt unter dem Einfluss der wachsenden Spannungen im Nahen Osten deutlich erhöht. Für die Prognose ist angenommen, dass dieser Anstieg nur vorübergehend ist und der Ölpreis in Kürze wieder deutlich sinkt; für den Jahresdurchschnitt erwarten die Institute für die Sorte Brent einen Preis von 24 US-Dollar je Barrel im Jahr 2002 und von 25 US-Dollar im Jahr 2003. Somit wird von dieser Seite kein nennenswerter Effekt auf die Konjunktur unterstellt. Sollten die Notierungen aber längere Zeit deutlich höher sein als hier angenommen, würde der Produktionsanstieg in den Industrieländern gedämpft.¹

USA am Beginn eines kräftigen Aufschwungs

In den USA ist die Rezession bereits im vergangenen Jahr zu Ende gegangen; gesamtwirtschaftliche Nachfrage und Produktion im Winterhalbjahr sind wieder merklich gestiegen (Abb. 1.1). Insbesondere nahm der private Verbrauch außergewöhnlich kräftig zu. Außerdem wurde der staatliche Konsum erheblich ausgeweitet. Allerdings ist die Stärke der konjunkturellen Erholung durch verschiedene Sondereffekte überzeichnet: So wurden nach dem 11. September staatliche Ausgabenprogramme aufgelegt. Der private Konsum wurde zum einen durch die Steuersenkung sowie nied-

Abb. 1.1
Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA
Saisonbereinigter Verlauf



1) Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).

2) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber Vorjahr in %.

Quelle: OECD; Berechnungen der Institute; 2002 und 2003: Prognose der Institute.

GD Frühjahr 2002

¹ Zur Abschätzung möglicher Wirkungen sei auf das Gutachten der Institute vom Herbst 2000 verwiesen (vgl. Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute (2000), Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2000, ifo Wirtschaftskonjunktur (10), S. A1ff. Nach den damals vorgelegten Berechnungen hätte ein gegenüber der Basisprognose um 8 US-Dollar je Barrel höherer Ölpreis im Euroraum zu einem Kaufkraftentzug von gut 0,3% des Bruttoinlandsprodukts geführt, in Japan und den USA wäre der Effekt etwas geringer gewesen. Heute wären Auswirkungen in ähnlicher Größenordnung zu erwarten.

rigere Energierechnungen, zum anderen durch außergewöhnlich günstige Finanzierungsangebote für Kfz-Käufe angeregt. Zudem ermöglichten die im Zuge der Zinssenkungen ebenfalls rückläufigen Hypothekenzinsen vielen Amerikanern eine Um- und Neuverschuldung zu erheblich günstigeren Konditionen, und die dadurch frei gewordenen Mittel stärkten die Kaufkraft.

Viele Indikatoren lassen erwarten, dass sich der Aufschwung zügig fortsetzen wird. So hat sich das Konsumklima wieder verbessert, und die Verbrauchsausgaben nahmen – auch nach dem Fortfall der genannten Sonderfaktoren – kräftig zu. Das Geschäftsklima hat sich seit Oktober beträchtlich aufgehellt; der Einkaufsmanager-Index (ISM) lag zuletzt deutlich über der 50-Punkte-Marke, deren Überschreiten eine Expansion der Wirtschaft signalisiert. Insbesondere im verarbeitenden Gewerbe, dem Bereich, der von der Rezession am stärksten betroffen war, ist eine Wende zum Besseren sichtbar. Die Industrieproduktion, die im Abschwung regelrecht eingebrochen war, steigt seit Jahresbeginn wieder, und die Kapazitätsauslastung sinkt nicht mehr. Hier dürfte eine wesentliche Rolle gespielt haben, dass die weltweite Nachfrage nach IT-Gütern im Winterhalbjahr die Talsohle durchschritten hat. Schließlich sind die Lagerbestände in den vergangenen Monaten ungewöhnlich kräftig reduziert worden, so dass bei anziehender Konjunktur wieder eine rasche Aufstockung zu erwarten ist. Der sich abzeichnende steigende Auftragseingang dürfte sich daher zügig in zunehmender Produktion niederschlagen. Auch am Arbeitsmarkt sind Zeichen einer Stabilisierung erkennbar. So ist die Beschäftigung seit Jahresbeginn nicht mehr gesunken. Für die Dynamik der US-Wirtschaft spricht nicht zuletzt, dass der Produktivitätsanstieg relativ hoch blieb (Kasten 1.1).

Die Milde der Rezession und ihre rasche Überwindung gehen maßgeblich auf die starken wirtschaftspolitischen Impulse zurück. Die Fiskalpolitik war nach Jahren einer durchgreifen-

Kasten 1.1

Zur Produktivitätsentwicklung in den USA

In den neunziger Jahren hat sich der gesamtwirtschaftliche Produktivitätsanstieg in den USA deutlich beschleunigt (Abb. 1.2). Verschiedene Studien kommen zu dem Ergebnis, dass er in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre um rund einen Prozentpunkt über dem Durchschnitt in den Jahren 1973 bis 1995 lag; sie führen dies insbesondere auf die verstärkte Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien zurück.³⁾ Sollte sich der Produktivitätszuwachs in diesem hohen Tempo fortsetzen, würde das Potentialwachstum hoch bleiben. Ob dies der Fall ist, ist allerdings umstritten. Skeptiker führen die Änderung im Produktivitätstrend in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre ausschließlich auf eine spekulative Blase im Bereich der »New Economy« zurück. Gegen diese Interpretation spricht jedoch, dass der Anstieg der Arbeitsproduktivität auch im Verlauf des Abschwungs höher blieb als in früheren Zyklen. Dies deutet darauf hin, dass die wachstumsfördernden Effekte der Informationsgesellschaft keineswegs verpufft sind, sondern dass sie das Potentialwachstum auf mittlere Frist angehoben haben.

³⁾ Vgl. S. Oliner and D. Sichel: The Resurgence of Growth in the Late 1990s: Is Information Technology the Story? In: Journal of Economic Perspectives, Vol. 14, Nr. 4, Fall 2000, S. 3–32; Council of Economic Advisers: Economic Report of the President 2001; D. Jorgenson and K. Stiroh: Raising the Speed Limit: U.S. Economic Growth in the Information Age. In: Brookings Papers on Economic Activity, Nr. 1, 2000, S. 125–235.

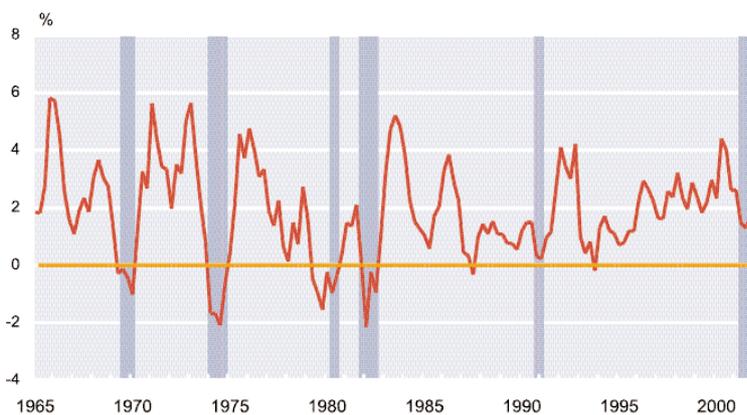
den Konsolidierung der Staatsfinanzen mit der Verabschiedung einer Steuerreform, und dabei insbesondere der Auszahlung von Steuergutschriften, schon im vergangenen Sommer auf Expansionskurs gegangen. Zusätzlich hat der Bund nach dem 11. September seine Ausgaben für Verteidigung und Katastrophenhilfe erhöht. Darüber hinaus wurde vor kurzem ein Konjunkturpaket für 2002 und 2003 in Höhe von 51 bzw. 43 Mrd. US-Dollar beschlossen (Tab. 1.3). Insgesamt dürfte von der Finanzpolitik in diesem Jahr ein Impuls in Höhe von rund 1% des Bruttoinlandsprodukts ausgehen. Für das kommende Jahr sind nach den gegenwärtigen Planungen leicht restriktive Wirkungen zu erwarten.

Stark expansiv ausgerichtet war auch die Geldpolitik. Sie reagierte sehr rasch auf die Verschlechterung der konjunkturellen Lage sowie die Verunsicherung nach dem 11. September; der Leitzins wurde zwischen Januar und Oktober 2001 um 4,75 Prozentpunkte auf 1,75% gesenkt. Der kurzfristige Realzins, berechnet mit der Kerninflationsrate (ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel), wurde damit deutlich negativ.

Von den wirtschaftspolitischen Impulsen profitierte bisher insbesondere der private Verbrauch. Das verhinderte einen Einbruch des privaten Konsums, wie er in früheren Rezessionen zu beobachten gewesen war. Mit dem Abklingen der Impulse wird der private Verbrauch wieder langsamer expandieren. Die Ausrüstungsinvestitionen werden dagegen Fahrt aufnehmen, wenn auch zunächst nur zögerlich, da die Unterauslastung der Kapazitäten dämpfend wirkt. Im weiteren Jahres-

Abb. 1.2

Arbeitsproduktivität¹⁾ in den USA 1965-2001



1) Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %. Schraffierte Flächen: Rezessionen nach NBER-Definition.

Quelle: US Department of Labor, Bureau of Labor Statistics; Berechnungen der Institute.

GD Frühjahr 2002

Tab. 1.3
Fiskalpolitische Maßnahmen im Rahmen des Konjunkturpakets vom 9. März 2002
in Mrd. US-Dollar

	2002	2003
Staats-einnahmen ¹⁾	-43	-39
darunter: Erhöhte Abschreibungsquote im ersten Jahr	-35	-32
Steuerrückzahlungen an Unternehmen	-8	.. ²⁾
Staatsausgaben ¹⁾	8	4
darunter: verlängerte Arbeitslosenunterstützung	8	3
Impuls: ¹⁾	51	43

¹⁾Veränderung gegenüber Planungen ohne Konjunkturpaket. ²⁾.. = nicht verfügbar.
Quellen: Congressional Budget Office; Joint Committee on Taxation; Job Creation and Worker Assistance Act of 2002.

verlauf werden sie aber nicht zuletzt durch die beschlossenen Abschreibungsregeln sowie die verbesserten Absatz- und Ertragsaussichten angeregt. Deutlich stimuliert wird die Produktion von der kräftig steigenden Staatsnachfrage sowie insbesondere vom Umschwung bei den Lagerdispositionen. Auch die Exporte dürften sich spürbar beleben. Alles in allem wird sich der Anstieg von gesamtwirtschaftlicher Nachfrage und Produktion im Jahresverlauf weiter verstärken.

Vor diesem Hintergrund wird die Geldpolitik die Zinsen um die Jahresmitte wieder anheben. Bis Ende des Prognosezeitraums ist mit einer Erhöhung der Leitzinsen um insgesamt zwei Prozentpunkte auf dann 3,75% zu rechnen. Im Zuge der nachlassenden wirtschaftspolitischen Impulse wird sich die gesamtwirtschaftliche Expansion im Laufe des kommenden Jahres wieder leicht verlangsamen. Im Jahresdurchschnitt wird das reale Bruttoinlandsprodukt um 3,7% steigen, nach 2,3% in diesem Jahr. Das Leistungsbilanzdefizit wird sich wieder merklich erhöhen. Die Teuerung auf der Verbraucherstufe dürfte sich schon 2002 wieder etwas beschleunigen. Im Jahresdurchschnitt wird sie gleichwohl vor allem wegen der im Winterhalbjahr gesunkenen Energiepreise mit 1,6% recht niedrig ausfallen. Im kommenden Jahr dürfte der Preisanstieg rund 2,5% betragen.

Nur zögerliche Belebung in Japan

Japan befindet sich in einer schweren Rezession. Im Laufe des vergangenen Jahres war das reale Bruttoinlandsprodukt stark rückläufig; im Jahresdurchschnitt fiel es um 0,5% (Abb. 1.3). Die Exporte brachen im Zuge der weltweiten Konjunkturflaute und der Absatzschwierigkeiten der IT-Branche ein. Auch die Inlandsnachfrage schwächte sich im Jahresverlauf deutlich ab. Insbesondere die private Investitionstätigkeit ging angesichts der nachlassenden Nachfrage aus dem Ausland und stark geschrumpfter Gewinne gegen Jahresende drastisch zurück.

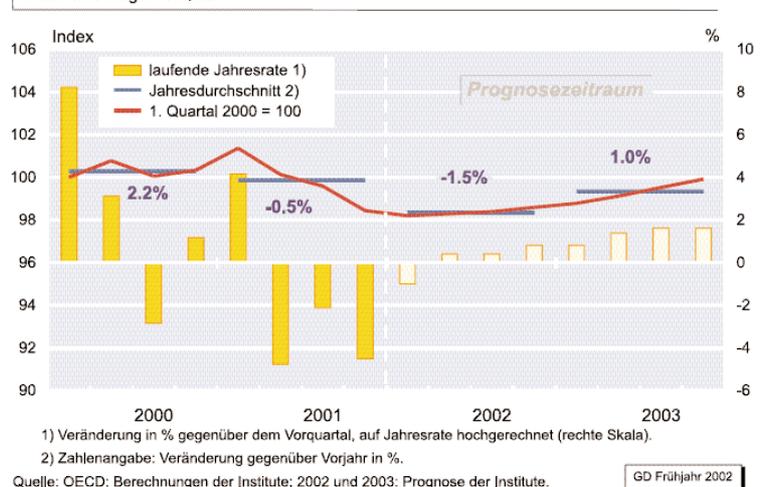
Die vorliegenden Indikatoren deuten darauf hin, dass die gesamtwirtschaftliche Produktion nach der Jahreswende weiter sank, wenn auch verlangsamt.

Die Deflation hat sich zuletzt sogar noch beschleunigt. Weder die Rückkehr zur Nullzinspolitik noch die ungewöhnlich freigütige Bereitstellung zusätzlicher Liquidität durch die Zentralbank – auch durch den Aufkauf von Staatspapieren auf dem Sekun-

därmarkt – führten bisher zu einer Wende. Zwar nahm die Geldmenge M1 stark zu. In breiter Abgrenzung blieb die Geldmengenexpansion allerdings mäßig. Ein Grund war, dass die Kreditvergabe durch anhaltende Strukturprobleme im Unternehmens- und Bankensektor gebremst wurde. Im Herbst 2001 kam es zu einer spürbaren Abwertung des Yen gegenüber dem US-Dollar, nachdem die Bank von Japan mehrfach auf den Devisenmärkten interveniert hatte, um eine Aufwertung des Yen zu verhindern. Die Institute gehen davon aus, dass die Bank von Japan nicht aktiv auf eine weitere Abwertung hinwirkt. Die Nullzinspolitik dürfte zwar über den gesamten Prognosezeitraum fortgesetzt werden. Nicht zuletzt wegen der Strukturprobleme bleiben die konjunkturellen Wirkungen der geldpolitischen Impulse aber gering.

Inzwischen ist deutlich geworden, dass die Schwäche der japanischen Wirtschaft nicht mit traditionellen geld- und fiskalpolitischen Instrumenten behoben werden kann. Die strukturellen Probleme im Unternehmens- und Bankensektor spiegeln sich in dem hohen Volumen notleidender Kredite wider und erschweren weiterhin die Transmission wirtschaftspolitischer Impulse. Der Fiskalpolitik

Abb. 1.3
Reales Bruttoinlandsprodukt in Japan
Saisonbereinigter Verlauf



sind ohnehin angesichts der mittlerweile auf mehr als 130% des Bruttoinlandsprodukts gestiegenen Staatsverschuldung die Hände weitgehend gebunden. Auch hat sich die Regierung zu einer Defizitbegrenzung verpflichtet. Strukturreformen werden das Wachstum erst in mittlerer Frist stärken.

Vor diesem Hintergrund wird sich die japanische Konjunktur im Prognosezeitraum trotz der spürbaren Erholung der Weltwirtschaft nur sehr allmählich und nur geringfügig beleben. Während die Exporte deutlich an Schwung gewinnen werden, wird die Binnennachfrage zunächst schwach bleiben. Die privaten Investitionen werden vorerst weiter sinken, und der private Verbrauch wird – auch wegen des erhöhten Beschäftigungsrisikos – allenfalls leicht zunehmen. Für 2003 ist eine allmähliche Festigung der konjunkturellen Aufwärtstendenz zu erwarten. Aber auch dann entfaltet sich kein deutlicher Aufschwung, da die binnenwirtschaftlichen Strukturprobleme noch dämpfend wirken. Alles in allem wird das reale Bruttoinlandsprodukt im laufenden Jahr sein Vorjahresniveau um 1,5% unterschreiten. Im Jahr 2003 dürfte die gesamtwirtschaftliche Aktivität um 1% steigen. Eine Überwindung der Deflation erwarten die Institute für den Prognosezeitraum nicht. Die Arbeitslosenquote nimmt bei der nur schwachen gesamtwirtschaftlichen Produktion weiter zu; sie wird in diesem Jahr 5,7% betragen und im nächsten Jahr auf 6% steigen.

Deutlicher Aufschwung in Asien – nur langsame Erholung in Lateinamerika

In den asiatischen Schwellenländern hatte die Konjunktur bis zum Spätsommer 2001 stark an Schwung verloren; Singapur und Taiwan gerieten sogar in eine Rezession. Ursachen waren die Konjunkturschwäche bei den Haupthandelspartnern USA und Japan sowie die weltweit stark gesunkene Nachfrage nach IT-Produkten. Am Jahresende wurde jedoch die Talsohle durchschritten, auch weil der Absatz elektronischer Erzeugnisse, der für die Produktion und den Export in zahlreichen Ländern eine wichtige Rolle spielt, wieder anzog.

Der Produktionsanstieg wird sich im laufenden Jahr spürbar beschleunigen. Entscheidende Anstöße kommen von der Auslandsnachfrage, die im Zuge der weltwirtschaftlichen Erholung und des Aufschwungs im IT-Sektor angeregt wird. Besonders stark steigen die Exporte in die USA, während sich die Lieferungen nach Japan erst im späteren Verlauf des Jahres wieder erhöhen. Die Wirtschaftspolitik gibt in einigen Ländern ebenfalls Impulse; das gilt vor allem für Malaysia, Thailand und Singapur, wo die Regierungen Stimulierungsprogramme aufgelegt haben. Auch die Geldpolitik wirkt anregend. Doch bleiben die expansiven Effekte niedriger Zinsen und reichlicher Liquiditätsversorgung zumindest

in diesem Jahr begrenzt, da es nach wie vor an solventen Kreditnehmern und aussichtsreichen Projekten mangelt, wie auch die bis zuletzt gesunkenen Zuflüsse von Auslandskapital zeigen. Zudem scheint erneut das Klimaphänomen »El Niño« aufzutreten, das in der Landwirtschaft regelmäßig zu großen Schäden geführt hat.

Bei diesen Rahmenbedingungen ist im laufenden Jahr eine Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts in den asiatischen Schwellenländern um etwa 3% wahrscheinlich, nach gut 1% im vergangenen Jahr. Im Jahr 2003 gewinnt die Konjunktur weiter an Fahrt, vor allem getragen vom Aufschwung der Weltwirtschaft. Die gesamtwirtschaftliche Expansion dürfte dann 4,5% betragen (Tab. 1.2).

In Lateinamerika setzte sich die wirtschaftliche Abschwächung bis Ende 2001 fort; in Argentinien und in Mexiko ging das reale Bruttoinlandsprodukt sogar im Jahresdurchschnitt zurück. Dämpfend wirkten die weltwirtschaftliche Flaute sowie die fallenden Rohstoffpreise. Daneben gab es aber noch länderspezifische Einflüsse. So geriet Mexiko infolge seiner extremen Ausrichtung auf den nordamerikanischen Markt – etwa neun Zehntel der Warenausfuhr werden dort abgesetzt – besonders stark in den Sog des Abschwungs in den USA. In Brasilien bremsten die Geldpolitik und eine Energiekrise die Produktion. Dramatisch war die Entwicklung in Argentinien. Das Land geriet in eine tiefe Rezession, die Probleme im Finanzsektor wurden zunehmend unkontrollierbar, und die Dollar-Bindung des Peso musste schließlich aufgegeben werden. Für die Wirtschafts- und Gesellschaftskrise in Argentinien zeichnet sich derzeit noch keine Lösung ab.

Im Verlauf dieses Jahres ist in Lateinamerika ein nur allmählicher Produktionsanstieg zu erwarten, obwohl der Export vom weltwirtschaftlichen Aufschwung angeregt wird. Am günstigsten sind die Aussichten für Mexiko, wo die Lieferungen in die USA kräftig zunehmen dürften. In den anderen Ländern wirken jedoch neben politischen Faktoren die niedrigen und nur langsam steigenden Rohstoffpreise sowie die Krise in Argentinien belastend. Von der im Allgemeinen konsolidierungsorientierten Finanzpolitik gehen dämpfende Wirkungen auf die Konjunktur aus. Die meist immer noch recht hohen Zinsen dürften nur wenig gesenkt werden, da die Wechselkurse stabilisiert und die Inflation bekämpft werden sollen. Ähnlich wie in Südostasien dürften die Folgen von »El Niño« die konjunkturelle Erholung bremsen. Zudem befürchten Investoren populistische Lösungen in der gesamten Region.

Insgesamt wird das reale Bruttoinlandsprodukt der Region im Jahr 2002 erneut annähernd stagnieren. Im Jahr 2003 dürfte es bei fortgesetztem weltwirtschaftlichem Aufschwung und einer allmählichen Überwindung der Schwierigkeiten in Argentinien um etwa 2,5% zunehmen.

Zügiger Produktionsanstieg in Mittel- und Osteuropa

In den mitteleuropäischen und den baltischen Ländern schwächte sich die Konjunktur trotz des verschlechterten internationalen Umfelds vergleichsweise wenig ab. Das reale Bruttoinlandsprodukt stieg im Jahresdurchschnitt 2001 um 2,9%. In mehreren Ländern wurde sogar ein merklich höherer Zuwachs erzielt als im Vorjahr. Getragen wurde die Konjunktur durch die kräftige Zunahme der Investitionen und des privaten Verbrauchs. Dagegen dämpfte insbesondere die schwächere Nachfrage aus Westeuropa die Industrieproduktion und somit die gesamtwirtschaftliche Aktivität. Einen Sonderfall stellt Polen dar, wo die wirtschaftliche Expansion im Jahresverlauf nahezu zum Stillstand kam. Hier neigte wegen der restriktiven Geldpolitik auch die Inlandsnachfrage zur Schwäche.

Die Konjunkturaussichten für die Region sind günstig. Mit der konjunkturellen Belebung in Westeuropa werden im Sommerhalbjahr auch die Exporte an Fahrt gewinnen. Dadurch beschleunigt sich die gesamtwirtschaftliche Dynamik wieder. Die Investitionstätigkeit wird auch im Zusammenhang mit den bevorstehenden EU-Beitritten sehr lebhaft sein. Der private Verbrauch bleibt angesichts kräftiger Realeinkommenszuwächse deutlich aufwärts gerichtet. Derzeit wirkt die Wirtschaftspolitik vielfach expansiv, wobei teilweise beachtliche Haushaltsdefizite in Kauf genommen werden. Bei einer weiterhin regen Importnachfrage und aufgrund der teilweise erheblichen realen Aufwertungen der Währungen werden sich die Leistungsbilanzdefizite vielfach erhöhen. In einigen Ländern haben diese schon bedenkliche Größenordnungen erreicht, so dass trotz bislang hoher Zuflüsse an ausländischen Direktinvestitionen die Risiken von Finanz- und Währungskrisen zunehmen. Dies gilt beispielsweise für Tschechien, wo zu dem steigenden Leistungsbilanzdefizit noch ein hohes Haushaltsdefizit kommt. Allerdings ist für die Prognose keine krisenhafte Zuspitzung unterstellt. In der Region wird das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2002 um 2,6% und im folgenden Jahr – bei einem deutlich verbesserten außenwirtschaftlichen Umfeld und weiterhin kräftigen Zuwächsen der Inlandsnachfrage – um 3,5% steigen (Tab. 1.4). Während sich auf dem Arbeitsmarkt trotz guter Konjunktur keine Entspannung abzeichnet, lässt der Preisauftrieb im Prognosezeitraum weiter nach.

In Russland schwächte sich der Produktionsanstieg im Verlauf des Jahres 2001 ab, das Bruttoinlandsprodukt expandierte im Jahresdurchschnitt mit 5% nochmals kräftig. Auch hier war die Inlandsnachfrage rege. Der private Verbrauch wur-

Tab. 1.4
Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Mittel- und Osteuropa

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt						Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote in %		
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %											
		2001	2002	2003	2001	2002	2003	2001	2002	2003			
Polen	25,7	1,1	1,2	2,5	5,5	3,2	3,5	16,2	18,0	17,0			
Tschechien	8,3	3,6	3,3	4,0	4,7	4,5	4,0	8,2	8,0	7,5			
Ungarn	7,4	3,8	3,7	4,5	9,2	6,5	6,0	5,8	5,5	5,0			
Rumänien	6,0	5,3	3,5	4,0	34,5	28,0	25,0	6,6	7,0	6,5			
Slowakei	3,1	3,3	3,0	3,5	7,4	6,0	5,5	19,2	18,5	18,0			
Slowenien	2,9	3,0	3,2	4,0	8,4	7,5	7,0	6,1	6,0	5,5			
Bulgarien	1,9	4,7	3,5	4,0	7,4	6,0	5,5	19,8	19,5	19,0			
Mitteleuropa ¹⁾	55,3	2,6	2,4	3,3	9,3	7,0	6,6	12,3	13,0	12,3			
Estland	0,8	5,4	4,5	5,5	5,7	5,0	4,0	12,6	12,0	11,0			
Lettland	1,2	7,6	6,0	7,0	2,5	2,0	2,0	13,0	12,0	11,0			
Litauen	1,8	5,9	4,5	5,5	1,3	1,5	1,5	16,0	15,5	14,5			
Baltische Länder ¹⁾	3,8	6,3	5,0	6,0	2,6	2,4	2,2	14,4	13,7	12,7			
Mitteleuropa und Baltikum ¹⁾	59,1	2,9	2,6	3,5	8,9	6,7	6,3	12,4	13,0	12,3			
Russland	40,9	5,0	3,5	4,0	21,6	20,0	17,0	9,0	8,5	8,0			
Insgesamt ¹⁾	100,0	3,7	2,9	3,7	14,1	12,1	10,7	10,3	10,3	9,7			
Nachrichtlich: Exportgewicht ²⁾	-	3,3	2,9	3,7	-	-	-	-	-	-			

¹⁾ Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2000 in US-Dollar; Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2000. – ²⁾ Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr in diese Länder von 2000.

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; Berechnungen der Institute; 2002 und 2003: Prognose der Institute.

de bei Reallohnsteigerungen von über 20% sehr deutlich ausgeweitet. Die Anlageinvestitionen, die weiterhin überwiegend im Energiesektor getätigt wurden, schwächten sich im Jahresverlauf zwar ab, nahmen im Jahresdurchschnitt aber immer noch kräftig zu. Die anhaltende reale Aufwertung sowie die ungünstigen außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen dämpften die Nachfrage nach Produkten russischer Anbieter, so dass sich der Außenbeitrag bei sogar beschleunigter Importzunahme spürbar verschlechterte. Im Prognosezeitraum dürften die allmähliche weltwirtschaftliche Erholung sowie die verstärkte Durchführung von Reformmaßnahmen, welche die Angebotsbedingungen verbessern, die wirtschaftliche Entwicklung fördern. Die Inlandsnachfrage wird zunächst vom privaten Verbrauch getragen, die Investitionen gewinnen erst im kommenden Jahr an Schwung. Der Produktionsanstieg dürfte in diesem Jahr bei 3,5% liegen und im nächsten Jahr 4% betragen. Vor diesem Hintergrund und angesichts einer rückläufigen Zahl der Erwerbspersonen wird die Arbeitslosenquote weiter zurückgehen. Die rasche Zunahme der Löhne und Renten sowie die Anhebung administrierter Preise im Energiebereich werden die Inflationsrate kaum sinken lassen.

2. Die wirtschaftliche Lage in der Europäischen Union

Die Konjunktur in der Europäischen Union hat sich im vergangenen Jahr erheblich abgekühlt; im vierten Quartal 2001 ging das reale Bruttoinlandsprodukt sogar zurück. Maßgeblich waren die Abschwächung der Weltkonjunktur und die Effekte der geldpolitischen Straffung im Jahr 2000 sowie die Spätfolgen des kräftigen Ölpreisanstiegs. Die Lage

am Arbeitsmarkt hat sich nur wenig verschlechtert. Der Anstieg der Verbraucherpreise verringerte sich in der Grundtendenz, nahm nach der Jahreswende aber aufgrund temporärer Faktoren wieder zu.

Großbritannien überwindet Konjunkturschwäche

Die konjunkturelle Expansion hat sich in Großbritannien im vergangenen Jahr im Vergleich zum Euroraum wenig abgeschwächt. Die Gründe dafür liegen wesentlich in der Finanzpolitik, die im Gegensatz zu der im Euroraum ausgesprochen expansiv war. Der private Konsum legte, gestützt durch kräftige Realeinkommenszuwächse, deutlich zu. Dagegen sanken die Unternehmensinvestitionen seit dem vergangenen Sommer infolge des ausgeprägten Rückgangs der Auslandsnachfrage erheblich. Die Industrieproduktion nahm stark ab, während der Dienstleistungssektor nach wie vor spürbar expandierte. Die gesamtwirtschaftliche Produktion stagnierte im vierten Quartal.

Inzwischen mehren sich die Hinweise auf eine Wiederanziehen der Konjunktur. Im verarbeitenden Gewerbe sind die Geschäftserwartungen erstmals seit dem Sommer 2001 aufwärts gerichtet, und mit der raschen konjunkturellen Erholung in den USA werden auch die Exporte wieder deutlich steigen.

Der Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) lag im Vorjahresvergleich im März lediglich bei etwa 1,5%, der des für die Politik der Bank of England maßgeblichen Index der Einzelhandelspreise (RPIX) mit 2,3% unter der Zielmarke von 2,5%. Auch wegen der niedrigen Inflation senkte die Bank of England den Leitzins im vergangenen Jahr von 6% auf 4% und wirkte so der konjunkturellen Abschwächung entgegen. Erstmals seit 1999 liegen die Geldmarktsätze wieder unter der Kapitalmarktrendite. Die staatlichen Ausgaben, insbesondere für Investitionen in die öffentliche Infrastruktur und für das nationale Gesundheitswesen, werden in diesem Jahr wiederum spürbar erhöht. Dabei dürfte es erstmals seit längerem zu einem, wenn auch geringen, Haushaltsdefizit kommen.

Vor diesem Hintergrund verstärkt sich die gesamtwirtschaftliche Expansion im Laufe des Jahres, auch weil Großbritannien wegen der besonders engen wirtschaftlichen Verflechtung mit den USA vom dortigen Aufschwung profitiert. Bei einem nur wenig schwächeren Anstieg der Realeinkommen wird der private Verbrauch in diesem und im nächsten Jahr weiter kräftig steigen. Wegen des niedrigen Niveaus zur Jahreswende 2001/02 wird der Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts im

Jahresdurchschnitt 2002 mit 1,8% deutlich geringer sein als im nächsten Jahr, in dem er 2,7% betragen dürfte. Die Arbeitslosenquote bleibt im Prognosezeitraum mit rund 5% vergleichsweise niedrig. Der Anstieg der Verbraucherpreise (HVPI) wird sich im kommenden Jahr auf 1,5% belaufen, nach 1,4% in diesem Jahr.

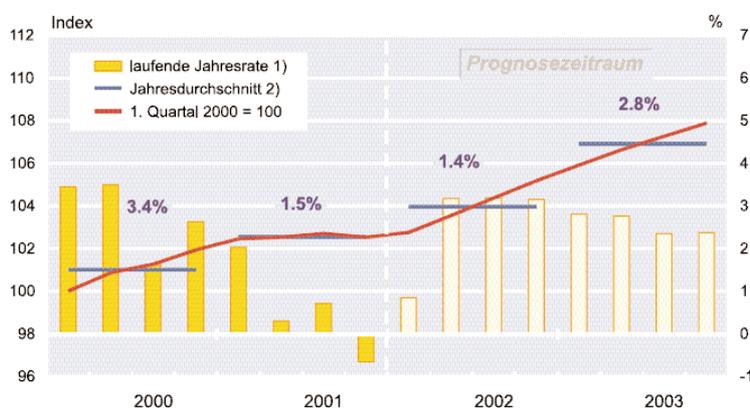
Euroraum vor dem Aufschwung

Auch die Wirtschaft im Euroraum steht vor einem Aufschwung. Eine Reihe von Indikatoren deutet auf eine kräftige Erholung im Verlauf des ersten Halbjahres hin. So weist der von der Europäischen Kommission veröffentlichte Indikator für die Einschätzung der konjunkturellen Situation seit Dezember vergangenen Jahres deutlich steigende Werte aus.

Der Abschwung im Jahr 2001 war vor allem durch einen Rückgang der Investitionen und der Exporte während des gesamten Jahres gekennzeichnet. Die Investitionsschwäche war auf eingetrübte Ertragserwartungen im Gefolge der Zinsanhebungen im Jahr 2000 und der weltwirtschaftlichen Abschwächung zurückzuführen. Der Exportrückgang verstärkte sich im Verlauf des Jahres 2001. Vor allem der private Konsum hatte die Konjunktur gestützt, als in zahlreichen Ländern Steuern in erheblichem Umfang gesenkt worden waren. Im Zuge des Rückgangs der Realeinkommen verlor jedoch auch er an Dynamik. Das reale Bruttoinlandsprodukt war im vierten Quartal 2001 leicht rückläufig (Abb. 2.1).

Alles in allem fiel die Abschwächung im Euroraum jedoch mild aus. Dies zeigt sich auch auf dem Arbeitsmarkt. Anders als in früheren Abschwungphasen ist die Beschäftigung weiter gestiegen, wenn auch stark verlangsamt. Die Arbeitslosen-

Abb. 2.1
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum
Saisonbereinigter Verlauf



1) Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
2) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber Vorjahr in %.
Quelle: Eurostat; Berechnungen der Institute; 2002 und 2003: Prognose der Institute. GD Frühjahr 2002

quote veränderte sich im Verlauf des Jahres 2001 nur geringfügig und betrug im Januar 2002 ebenso wie ein Jahr zuvor 8,4%. Die Arbeitsmarktentwicklung war allerdings uneinheitlich: So ist die Arbeitslosigkeit in einigen Ländern kontinuierlich gesunken (z.B. in Italien), während sie sich in anderen zwischenzeitlich deutlich erhöht hat (z.B. in Frankreich).

Der Anstieg der Verbraucherpreise hatte sich Ende des Jahres 2001 deutlich verlangsamt, insbesondere weil die Preise für Energie im Jahresverlauf zurückgingen. Nach dem Jahreswechsel hat sich der Preisauftrieb wieder verstärkt, weil in einigen Ländern Verbrauchsteuern angehoben wurden, ungewöhnlich schlechtes Wetter Nahrungsmittel verteuerte und der Ölpreis kräftig stieg. Von der Einführung des Euro-Bargeldes gingen hingegen nur geringe Teuerungsimpulse aus.

Lohnanstieg im Euroraum bleibt mäßig

Die Löhne nahmen im vergangenen Jahr kaum stärker zu als im Jahr 2000, obwohl die Inflation erheblich anzog. Das Entgelt je Arbeitnehmer in der Gesamtwirtschaft erhöhte sich im Jahresdurchschnitt 2001 um 2,5%; die Arbeitskosten je Stunde nahmen um 3,2% und damit langsamer zu als im Vorjahr. Vielfach blieb eine lohnpolitische Reaktion auf die Inflationsimpulse aufgrund von lang laufenden Tarifverträgen und Einkommensteuersenkungen aus. Zudem trugen die Konjunkturschwäche und damit einhergehende ungünstigere Beschäftigungsperspektiven dazu bei, dass die Arbeitnehmer die Kaufkraftminderung hinnahmen. Eine Rolle spielten auch die negativen Erfahrungen, die die Gewerkschaften bei den vergangenen Ölpreisschocks mit kompensatorischen Lohnerhöhungen gemacht hatten.

Die sich aufhellenden Konjunkturperspektiven sprechen dafür, dass die Löhne im Prognosezeitraum stärker steigen. Angesichts der nach wie vor ungünstigen Lage am Arbeitsmarkt gerade in den größeren Mitgliedsländern dürfte sich die Beschleunigung aber in Grenzen halten. Da zudem die Produktivität im Zuge der konjunkturellen Erholung wieder beschleunigt zunimmt, wird der Anstieg der Lohnstückkosten sowohl in diesem als auch im kommenden Jahr moderat bleiben.

Finanzpolitik auf leicht restriktivem Kurs

Der Konjunkturabschwung hat in den öffentlichen Haushalten deutliche Spuren hinterlassen. Das aggregierte Defizit in den Ländern des Euroraums be-

trug im vergangenen Jahr 1,3% des Bruttoinlandsprodukts, nach 0,8% im Vorjahr (ohne Einnahmen aus dem Verkauf von UMTS-Lizenzen). Das strukturelle Budgetdefizit blieb 2001 nahezu unverändert, die Finanzpolitik war also neutral ausgerichtet. Dabei gab es jedoch deutliche Unterschiede zwischen einzelnen Ländern: Während etwa Österreich mit Hilfe umfangreicher Konsolidierungsmaßnahmen eine ausgeglichene Haushaltsposition erreichte, stieg das strukturelle Budgetdefizit in Deutschland vor allem infolge umfangreicher Steuersenkungen spürbar. In Frankreich, Italien und den Niederlanden wurden die Steuern ebenfalls deutlich reduziert – bei allerdings geringerem Ausgabenanstieg als in Deutschland. Das steuerliche Entlastungsvolumen belief sich für den Euroraum insgesamt auf knapp 1% des Bruttoinlandsprodukts. Angesichts des gestiegenen Budgetdefizits sank die Staatsschuldenquote nur noch leicht, auf rund 69% (Tab. 2.1).

In diesem Jahr schwenkt die Finanzpolitik auf einen leicht restriktiven Kurs ein. Dennoch wird der zusammengefasste Haushaltsfehlbetrag mit 1,4% etwas höher sein als 2001, weil die zyklische Komponente des Defizits stärker steigt als das strukturelle Budgetdefizit sinkt. Dabei nehmen die Regierungen der meisten Mitgliedstaaten die konjunkturbedingte Verschlechterung der Haushaltsposition hin. Lediglich in Deutschland und in Portugal wird den Effekten der automatischen Stabilisatoren entgegengewirkt, um dem Konsolidierungsziel Rechnung zu tragen. Der Rückgang des strukturellen Defizits ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass die Staatsausgaben im Euroraum insgesamt langsamer steigen als das nominale Bruttoinlandsprodukt im mittelfristigen Trend. Auf der steuerlichen Seite kommt es zu weiteren Entlastungen, sie fallen in diesem Jahr aber deutlich geringer aus als im Vorjahr. Neben einigen kleineren Ländern – insbesondere Griechenland und Finnland – haben zwar auch Frankreich und die Niederlande zu Jahresbeginn die Steuern in nennenswertem Umfang gesenkt; in Deutschland nimmt die Abgabenbelastung in diesem Jahr aber zu. Die italienische Regierung verzichtet angesichts des 2001 höher als geplant ausgefallenen Budgetdefizits und

Tab. 2.1
Indikatoren zur Situation der öffentlichen Haushalte in den EWU-Ländern

	Bruttoschulden ^{*)}					Finanzierungssaldo ^{*)}				
	1999	2000	2001	2002	2003	1999	2000	2001	2002	2003
Deutschland	61,3	60,3	59,8	60,6	59,9	-1,6	-1,3	-2,7	-2,3	-1,6
Frankreich	58,5	57,4	57,2	57,5	56,5	-1,6	-1,3	-1,4	-1,9	-1,6
Italien	114,5	110,6	109,4	106,5	104,3	-1,8	-1,7	-1,4	-1,9	-1,6
Spanien	63,1	60,4	57,2	55,5	53,5	-1,1	-0,4	0,0	0,1	0,4
Niederlande	63,1	56,0	53,2	52,5	51,0	0,4	1,5	0,2	-0,1	0,1
Belgien	115,0	109,3	107,5	105,0	103,0	-0,6	0,1	0,0	0,0	0,3
Österreich	64,9	63,6	61,7	59,5	57,0	-2,2	-1,9	0,1	-0,1	0,2
Finnland	46,8	44,0	43,6	42,5	41,0	1,9	7,0	4,9	2,3	2,9
Griechenland	103,8	102,8	99,7	95,5	92,5	-1,7	-0,8	-0,2	-0,2	0,2
Portugal	54,2	53,4	55,6	53,5	53,0	-2,2	-1,8	-2,4	-2,5	-1,9
Irland	49,6	39,0	36,6	34,5	32,5	2,3	4,5	1,7	0,4	1,0
Luxemburg	6,0	5,6	5,5	5,5	5,5	3,8	5,8	5,0	4,0	3,9
Euroraum	72,0	69,5	69,1	68,4	67,0	-1,3	-0,8	-1,3	-1,4	-1,0

^{*)} In % des Bruttoinlandsprodukts; gemäß Abgrenzung nach dem Vertrag von Maastricht. Finanzierungssaldo ohne Sondereinnahmen aus der Vergabe von Mobilfunklizenzen.

Quellen: Eurostat; 2002 und 2003: Prognose der Institute.

unrealistischer Wachstumsannahmen im Budget 2002 auf die für dieses Jahr vorgesehenen Steuersenkungen.

Auch im kommenden Jahr wird die Finanzpolitik leicht restriktiv ausgerichtet sein. Das aggregierte Budgetdefizit im Euroraum dürfte mit 1,0% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt geringer ausfallen als in diesem Jahr (1,4%). Darauf wirkt auch die kräftige Konjunktur hin, in deren Sog Mehreinnahmen sowie Entlastungen auf der Ausgabenseite zu verzeichnen sein werden. Die Ausgabenquote dürfte im kommenden Jahr erneut zurückgehen, die Abgabenbelastung leicht abnehmen. Die Staatsschuldenquote wird dabei merklich schneller sinken als in den beiden Vorjahren, im Jahresdurchschnitt wird sie 67% betragen.

Günstige monetäre Rahmenbedingungen

Die EZB hat im November vergangenen Jahres ihre Leitzinsen noch einmal um 0,5 Prozentpunkte gesenkt. Seither liegen der Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte bei 3,25% und der dreimonatige Geldmarktsatz bei 3,4%. Der kurzfristige Realzins² befindet sich mit rund 1% auf niedrigem Niveau. Die Geldpolitik wirkt damit expansiv.

Die Kapitalmarktzinsen sind seit ihrem Tiefstand im November bis Anfang April um reichlich einen halben Prozentpunkt auf 5,3% gestiegen (Abb. 2.2); dies ist insbesondere auf die Erwartung steigender kurzfristiger Zinsen im Euroraum und in den USA im Zuge der konjunkturellen Erholung zurückzuführen. In realer Rechnung sind die Kapitalmarktzinsen noch etwas geringer als im langjährigen Durchschnitt. Der US-Dollar/Euro-Kurs und auch der reale effektive Wechselkurs des Euro haben sich seit Herbst vergangenen Jahres kaum verändert. Die Geldmenge M3 ist seit Sommer 2001 deutlich oberhalb des von der EZB mit 4,5% vorgegebenen Referenzwertes expandiert. Der gleitende Dreimonatsdurchschnitt der Veränderungsrate zum Vorjahr lag zuletzt bei 7,8%.³ Ausschlaggebend für den starken Anstieg dürften Portfolioumschichtungen infolge der hohen Unsicherheit auf den Finanzmärkten gewesen sein; Inflationsrisiken sind mit

² Der kurzfristige Realzins wird hier als Nominalzins abzüglich der Inflationserwartungen definiert. Diese werden durch die aktuelle Kerninflationsrate (HVPI ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel) approximiert.

³ Die von der EZB zuvor angegebenen statistischen Verzerrungen durch von EUWU-Ausländern gehaltene marktfähige Finanzinstrumente wurden durch die Veröffentlichung einer bereinigten Reihe seit Ende November 2001 behoben.

der hohen Geldmengenexpansion kaum verbunden. Die Einschätzung, dass die aktuelle Geldmengenentwicklung die Zunahme der nachfragewirksamen Liquidität überzeichnet, wird durch die verhaltene Expansion der Buchkredite an Private gestützt. Sie nahmen im Vorjahresvergleich zuletzt mit 5,6% zu, und die saisonbereinigte laufende Dreimonatsrate betrug auf das Jahr hochgerechnet 3,1%, verglichen mit durchschnittlich knapp 9% zwischen 1999 und 2001. Seit Beginn dieses Jahres hat sich der Zuwachs der Geldmenge M3 deutlich abgeschwächt; im Februar ist sie saison- und kalenderbereinigt gegenüber dem Vormonat sogar geringfügig zurückgegangen.

Gegenwärtig sind die monetären Rahmenbedingungen günstig. Im Prognosezeitraum werden sie sich etwas verschlechtern. Die Institute erwarten, dass die EZB die Leitzinsen im kommenden Winterhalbjahr in zwei Schritten um insgesamt einen halben Prozentpunkt anheben wird. Sie wird damit auf die konjunkturbedingt zunehmenden Preiserhöhungsspielräume der Unternehmen reagieren. Dagegen wird die EZB den durch Sonderfaktoren verursachten Preisschüben seit Jahresbeginn nicht entgegenwirken, zumal die Lohnentwicklung im Euroraum aus heutiger Sicht moderat bleibt.⁴ Die Kapitalmarktzinsen werden im Verlauf dieses Jahres noch etwas steigen und im kommenden Jahr bei 5,5% verharren. Für den Prognosezeitraum wird eine leichte effektive reale Aufwertung des Euro unterstellt.

Ausblick: Kräftiger Aufschwung

Eine Reihe von Indikatoren deutet auf einen kräftigen Aufschwung vom Frühjahr 2002 an hin. Insbesondere die Er-

⁴ Weitere Ausführungen zur aktuellen Inflationsentwicklung und ihren geldpolitischen Implikationen finden sich im Abschnitt Geldpolitik.

Tab. 2.2
Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum

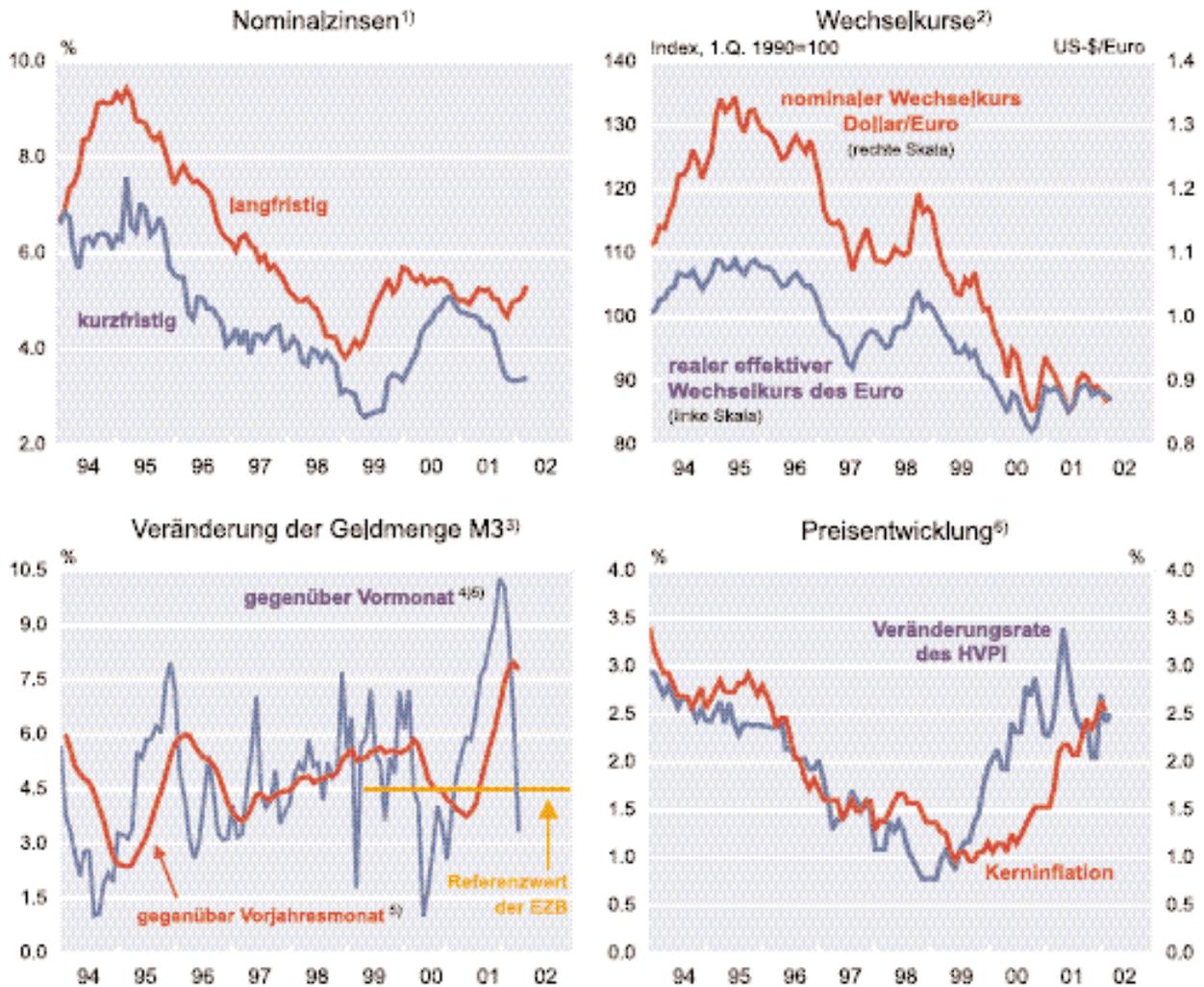
	2001	2002	2003
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
Reales Bruttoinlandsprodukt	1,5	1,4	2,8
Privater Konsum	1,8	1,2	2,5
Öffentlicher Konsum	2,0	1,1	1,2
Bruttoanlageinvestitionen	-0,3	0,2	3,4
Exporte ¹⁾	3,4	1,9	7,6
Importe ¹⁾	1,8	1,4	7,4
Außenbeitrag ²⁾	0,6	0,1	0,3
Verbraucherpreise ³⁾	2,5	2,0	1,8
	in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts		
Leistungsbilanzsaldo	-0,1	0,3	0,0
Staatlicher Finanzierungssaldo ⁴⁾	-1,3	-1,4	-1,0
	in % der Erwerbspersonen		
Arbeitslosenquote ⁵⁾	8,3	8,5	8,2

¹⁾ Exporte und Importe umfassen Waren und Dienstleistungen einschließlich des grenzüberschreitenden Handels innerhalb des Euroraums. – ²⁾ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % des realen Bruttoinlandsprodukts des Vorjahres. – ³⁾ Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – ⁴⁾ Ohne Sondereinnahmen aus der Vergabe von Mobilfunklizenzen. – ⁵⁾ Standardisiert.

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; Berechnungen und Schätzungen der Institute; 2002 und 2003: Prognose der Institute.

Abb. 2.2

Zur monetären Lage im Euroraum



1) Kurzfristig = 3-Monats Euribor; langfristig = 10-Jahres Staatsanleihen.- 2) Vor 1999: ECU.- 3) M3 = Bargeldumlauf, täglich fällige Einlagen, Einlagen mit einer vereinbarten Laufzeit von bis zu 2 Jahren, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von bis zu 3 Monaten, Repogeschäfte, Geldmarktfondsanteile und -papiere, Schuldverschreibungen bis zu 2 Jahren; Index, Veränderungsraten in %.- 4) Saisonbereinigt, auf Jahresrate hochgerechnet.- 5) Zentrierter gleitender Dreimonatsdurchschnitt.- 6) HVP = Harmonisierter Verbraucherpreisindex; Kerninflation = Veränderungsrate des HVP ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel.

Quelle: Europäische Zentralbank, Deutsche Bundesbank; Berechnungen der Institute.

GD Frühjahr 2002

wartungen der Verbraucher und die in der Industrie sowie die Auftragseingänge zeigen eine Erholung an. Impulse werden vor allem von der Weltwirtschaft ausgehen: Der Aufschwung in den USA wird die Exporte stimulieren. Die Investitionen werden überdies durch die niedrigen Zinsen gefördert. Zudem dürfte es nun zu einem Umschwung bei den Lagerinvestitionen kommen. Der private Konsum wird sich erst im zweiten Halbjahr nennenswert beleben, wenn sich auch die Lage am Arbeitsmarkt spürbar verbessert. Insgesamt wird das reale Bruttoinlandsprodukt im

Jahresdurchschnitt um 1,4% steigen (Tab. 2.2). Dabei kommt es nach einem nur geringen Zuwachs im ersten Quartal zu einer erheblichen Beschleunigung im Verlauf des Jahres.

Im Jahr 2003 bleibt der Aufschwung kräftig, das Tempo nimmt jedoch im Verlauf ab. Hierzu trägt bei, dass sich die Weltkonjunktur abflacht; auch lassen bei unverändert leicht restriktiv ausgerichteter Finanzpolitik die Impulse von der Geldpolitik nach. Mit einer Rate von 2,8% wird der Anstieg

des realen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2003 gleichwohl kräftig sein. Die Beschäftigungssituation verbessert sich weiter; die Arbeitslosenquote dürfte auf 8,2% zurückgehen. Der Anstieg der Verbraucherpreise wird sich im Verlauf des Jahres 2003 zurückbilden und im Jahresdurchschnitt 1,8% betragen, nach 2,0% im Jahr 2002.

3. Die wirtschaftliche Lage in Deutschland

Überblick

Die deutsche Wirtschaft befindet sich im Frühjahr 2002 am Beginn eines Aufschwungs. Im vergangenen Jahr war die Konjunktur als Folge der Nachwirkungen des Ölpreisschocks, der Straffung der Geldpolitik und einer nachlassenden Expansion der Auslandsnachfrage abwärts gerichtet; im zweiten Halbjahr sank das reale Bruttoinlandsprodukt sogar leicht. In den ersten Monaten des laufenden Jahres hat sich die gesamtwirtschaftliche Aktivität aber belebt. Die Erwerbstätigkeit ist zwar weiter zurückgegangen, und die Zahl der Arbeitslosen hat bis zuletzt in der Grundtendenz zugenommen, doch ist der Arbeitsmarkt ein typischer Nachzügler der Konjunktur. Der Preisanstieg, der sich in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres im Gefolge nachgebender Ölnotierungen spürbar verlangsamt hatte, verstärkte sich nach der Jahreswende wieder etwas. Ausschlaggebend dafür waren höhere indirekte Steuern, zeitweise verteuerte Nahrungsmittel sowie ein neuerliches Anziehen des Ölpreises.

Terroranschläge verlängerten Abschwung

Die Terroranschläge vom 11. September haben den Konjunkturabschwung in Deutschland zwar verlängert, zu einer tiefen Rezession, wie teilweise befürchtet, ist es aber nicht gekommen. Der Schock hat in fast allen Bereichen Spuren hinterlassen. So sanken die Exporte infolge der weiteren Beeinträchtigung der Weltkonjunktur. Das Vertrauen der Verbraucher, das sich schon zuvor im Zuge der Abkühlung der Konjunktur eingetrübt hatte, erhielt einen zusätzlichen Dämpfer: der private Konsum nahm in den letzten Monaten des vergangenen Jahres beschleunigt ab. Die Unsicherheit über die weitere Entwicklung veranlasste überdies die Unternehmen zu spürbar zurückhaltenderen Lagerdispositionen. Die seit Jahresbeginn 2001 durch die Straffung der Geldpolitik im Jahr zuvor und die Schwäche der Weltwirtschaft ohnehin schon gedämpfte Investitionsneigung wurde zusätzlich belastet, die Investitionstätigkeit der Unternehmen ließ weiter nach.

Angesichts der anhaltenden Produktionsschwäche setzte sich der Beschäftigungsabbau fort. Die Zahl der Erwerbs-

tätigen, die in den letzten Monaten des vergangenen Jahres beschleunigt gesunken war, nahm zu Jahresbeginn weiter ab. Die Arbeitslosigkeit stieg tendenziell bis zuletzt; der leichte Rückgang im März ist auf Sonderfaktoren zurückzuführen und markiert noch keine Wende. Westdeutschland war in der jüngsten Abschwungphase – nicht zuletzt wegen seiner höheren Exportabhängigkeit – vom Anstieg der Arbeitslosigkeit weitaus stärker betroffen als Ostdeutschland. Dort ist die Arbeitslosigkeit seit Herbst vergangenen Jahres sogar etwas gesunken, insbesondere weil sich das Arbeitsangebot verringerte.

Für ein baldiges Anspringen der Konjunktur spricht vor allem, dass sich das Geschäftsklima im verarbeitenden Gewerbe in den vergangenen Monaten spürbar aufgehellt hat. Insbesondere die Produktionserwartungen haben sich seit Ende 2001 deutlich verbessert. Auch bei der Nachfrage gibt es Anzeichen für eine Wende. So waren die Auftragseingänge aus dem Ausland in den ersten Monaten dieses Jahres deutlich höher als im vierten Quartal 2001, und auch bei den Inlandsaufträgen zeigt sich eine leichte Zunahme.

Verbesserung des weltwirtschaftlichen Umfeldes

Die Stimmung hat sich vor allem deshalb aufgehellt, weil sich das außenwirtschaftliche Umfeld verbessert hat; die Exporterwartungen sind deutlich günstiger geworden. Maßgeblichen Anteil daran hat die Entwicklung in den USA. Dort ist die Rezession inzwischen überwunden, und vor allem aufgrund der von der Wirtschaftspolitik ausgehenden Impulse hat ein Aufschwung begonnen. Dieser wird sich verstärken und auf andere Regionen ausstrahlen, so dass sich im Laufe dieses Jahres die Weltwirtschaft zügig erholen wird.

Für das kommende Jahr ist aufgrund abklingender Impulse von der Geldpolitik, teilweise sogar einer Straffung der monetären Zügel, eine Verlangsamung der weltwirtschaftlichen Expansion wahrscheinlich. Gleichwohl wird die gesamtwirtschaftliche Produktion deutlich aufwärts gerichtet bleiben. Vom Aufschwung der Weltwirtschaft sind im Prognosezeitraum spürbare Impulse für den deutschen Export zu erwarten. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der inländischen Unternehmen wird sich bei der unterstellten Aufwertung des Euro allerdings geringfügig verschlechtern, auch wenn die Lohnstückkosten in Deutschland etwas langsamer steigen als im übrigen Euroraum.

Geldpolitik wirkt expansiv

Die EZB hat auf die Verschlechterung der Konjunkturaussichten im Euroraum reagiert und die Leitzinsen im Herbst

2001 nochmals gesenkt. Mit 3,25% ist der entscheidende Refinanzierungssatz im historischen Vergleich niedrig; gleiches gilt für den kurzfristigen Realzins. Die Geldpolitik wirkt damit expansiv. Im Zuge des Aufschwungs im Euro-Raum werden sich die Preiserhöhungsspielräume tendenziell vergrößern. Die EZB dürfte die geldpolitischen Zügel deshalb wieder leicht anziehen; die Institute rechnen für das Winterhalbjahr 2002/2003 mit einer Anhebung des Leitzinses um insgesamt einen halben Prozentpunkt auf 3,75%. Damit geht die Geldpolitik auf einen etwa neutralen Kurs.

Die langfristigen Zinsen sind seit ihrem Tiefpunkt im November 2001 um rund einen halben Prozentpunkt gestiegen; bei unveränderten kurzfristigen Zinsen hat sich die Zinsspanne beträchtlich vergrößert. Dazu hat beigetragen, dass sich die Konjunkturaussichten nach und nach verbesserten. Im Gefolge des Aufschwungs der Weltwirtschaft ist ein weiterer, wenn auch nur geringfügiger Anstieg der Kapitalmarktzinsen zu erwarten. Alles in allem werden sich die monetären Rahmenbedingungen leicht verschlechtern. Wegen der üblichen Wirkungsverzögerungen wird die Konjunktur in Deutschland wie auch im Euroraum dadurch insgesamt erst gegen Ende des Prognosezeitraums etwas gedämpft.

Finanzpolitik unter Sparzwang

Die Finanzpolitik, die im vergangenen Jahr durch Steuerentlastungen die Konjunktur stützte, wirkt in diesem Jahr leicht restriktiv. Zwar wurde zu Jahresbeginn das Kindergeld aufgestockt. Gleichzeitig sind aber Steuern und Sozialabgaben angehoben worden.

Im kommenden Jahr tritt die zweite Stufe der Einkommensteuerreform in Kraft. Doch werden indirekte Steuern erhöht. Insbesondere sind aber merkliche Einschnitte bei den Ausgaben zu erwarten. Um eine haushaltspolitische »Frühwarnung« des Ecofin-Rats zu vermeiden, hat die Bundesregierung ihre Absicht bekräftigt, das Budgetdefizit im Jahr 2004 auf »nahezu null« zurückzuführen. Sie ist damit eine Verpflichtung eingegangen, an die jede Bundesregierung gebunden sein wird. Im Finanzplanungsrat wurde mit Blick darauf vereinbart, dass der Ausgabenanstieg stärker als bislang begrenzt werden soll. Vorgesehen ist für die Jahre 2003 und 2004 bei Ländern und Gemeinden eine Ausgabensteigerung von jeweils lediglich 1% je Jahr im Durchschnitt; der Bund will seine Ausgaben sogar um 1/2% je Jahr senken. Die Institute erwarten deshalb, dass im Jahr 2003 die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte verstärkt wird und ein Sparpaket mit einem Volumen von rund 8 Mrd. Euro – mit Einschnitten in allen Bereichen – aufgelegt wird. Die Finanzpolitik wird damit im Jahr 2003 merklich restriktiv wirken.

Kasten 3.1

Annahmen für die Prognose

Der Prognose liegt eine Reihe von Annahmen zugrunde, die zu meist auf prognostischen Überlegungen beruhen, in einigen Fällen jedoch lediglich Setzungen sind. Im Einzelnen wird angenommen:

- Der Nahost-Konflikt bleibt regional begrenzt und beeinträchtigt die Ölversorgung nicht nennenswert. In diesem Jahr liegt der Ölpreis im Durchschnitt bei 24 US-Dollar je Barrel, im nächsten Jahr bei 25 US-Dollar je Barrel.
- Ausgehend von den USA bildet sich schon bald ein kräftiger Aufschwung der Weltwirtschaft heraus. Im kommenden Jahr lässt das Expansionstempo mit abklingenden monetären Impulsen bzw. einer Straffung der Geldpolitik in vielen Ländern etwas nach. Der Welthandel wird im Jahr 2003 um reichlich 9% zunehmen, nach 3% in diesem Jahr.
- Der reale effektive Außenwert des Euro erhöht sich im Prognosezeitraum leicht.
- Die Europäische Zentralbank wird mit der Festigung der Konjunktur im Euroraum die Leitzinsen im Winterhalbjahr 2002/2003 in zwei Schritten um insgesamt einen halben Prozentpunkt anheben und sie dann auf dem erreichten Niveau belassen. Der Kapitalmarktzins erhöht sich im Prognosezeitraum geringfügig.
- Die Tarifverdienste je Stunde steigen im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt in den Jahren 2002 und 2003 mit reichlich 2 1/2 % etwas stärker als in den beiden vergangenen Jahren.
- Die Finanzpolitik intensiviert im Jahr 2003 den Konsolidierungskurs. Dazu wird ein Sparpaket mit einem Volumen von 8 Mrd. Euro aufgelegt. Die beschlossenen steuerpolitischen Maßnahmen werden umgesetzt.

Moderate Lohnentwicklung

Die Lohnsteigerungen waren auch im vergangenen Jahr alles in allem moderat. Zweitrundeneffekte der erheblichen außenwirtschaftlichen Teuerungsimpulse blieben aus. In der diesjährigen Lohnrunde stellen die Gewerkschaften zwar hohe Forderungen. Die Institute erwarten aber, dass es nicht zu einem Kurswechsel in der Lohnpolitik kommen wird. Für die Jahre 2002 und 2003 dürften die Tariflohnsteigerungen mit reichlich 2 1/2% im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt etwas höher ausfallen als in den beiden vergangenen Jahren.

Aufschwung setzt sich durch

Die Konjunktur in Deutschland springt im Frühjahr an. Im Gefolge der kräftiger expandierenden Weltwirtschaft wird der Export wieder steigen. Zudem strahlt die deutliche Verbesserung der Erwartungen in den USA und in Europa auch auf Deutschland aus und wirkt positiv auf die Dispositionen der Unternehmen. Letztere dürften mit anziehender Konjunktur wieder mehr in Ausrüstungen investieren, und der Lagerabbau wird sich verlangsamen. Im Zuge der konjunkturellen Aufwärtsbewegung wird der private Konsum steigen. Im weiteren Verlauf des Jahres kommen die von der letztjährigen Lockerung der Geldpolitik ausgehenden Impulse mehr und mehr zum Tragen. All das spricht dafür, dass sich der Aufschwung in der zweiten Hälfte dieses Jahres verstärken wird.

Tab. 3.1
Eckdaten der Prognose für Deutschland

	1999	2000	2001	2002	2003
Bruttoinlandsprodukt ¹⁾ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	1,8	3,0	0,6	0,9	2,4
Westdeutschland ²⁾	1,8	3,3	0,6	0,9	2,4
Ostdeutschland ²⁾	2,0	1,0	-0,1	0,5	2,3
Erwerbstätige ³⁾ (1 000 Personen)	38 081	38 706	38 773	38 676	38 869
Arbeitslose (1 000 Personen)	4 099	3 889	3 852	3 957	3 811
Arbeitslosenquote ³⁾ (in %)	9,7	9,1	9,1	9,3	8,9
Verbraucherpreise ⁴⁾ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	0,6	1,9	2,5	1,5	1,6
Lohnstückkosten ⁵⁾ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	0,6	-0,2	1,2	1,3	0,7
Finanzierungssaldo des Staates ⁶⁾ (Mrd. €)	-30,6	23,9	-56,3	-49,1	-34,1
(% des nominalen Bruttoinlandsprodukts)	-1,6	1,2	-2,7	-2,3	-1,6
Leistungsbilanzsaldo (Mrd. €)	-17,9	-22,6	2,7	15,0	25,0

¹⁾ In Preisen von 1995. – ²⁾ Einschließlich Berlin. – ³⁾ Ohne Berlin. – ⁴⁾ Im Inland. – ⁵⁾ Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept). – ⁶⁾ Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte. – ⁷⁾ Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen. – ⁸⁾ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 95).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesanstalt für Arbeit; Arbeitskreis VGR der Länder; Deutsche Bundesbank; 2002 und 2003: Prognose der Institute.

Im kommenden Jahr wird sich das konjunkturelle Expansionstempo verlangsamen. So werden die Impulse aus dem Ausland schwächer, und die Anregungen von der Geldpolitik klingen ab. Zudem wirkt das Sparpaket dämpfend. Gleichwohl dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion auch im nächsten Jahr deutlich aufwärts gerichtet sein, und die Kapazitätsauslastung wird über weite Strecken des Jahres zunehmen. Insgesamt wird das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2003 in Deutschland um 2,4% steigen, nach 0,9% in diesem Jahr (Tab. 3.1). Die Lage am Arbeitsmarkt wird sich dabei wieder verbessern;

Kasten 3.2

Überprüfung der Prognose vom Herbst 2001

Die Prognose der Institute vom vergangenen Frühjahr für die Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2001 hat sich als deutlich überhöht erwiesen. Dagegen liegt die im Herbstgutachten vorgelegte Prognose, die auf dem Datenstand der ersten beiden Quartale basierte, mit 0,7% lediglich um 0,1 Prozentpunkt zu hoch (Tab. 3.2). Adäquater Vergleichsmaßstab der Prognose vom Herbst ist das Anfang Januar 2002 veröffentlichte erste Jahresergebnis für 2001, weil es kaum Korrekturen am bis dahin veröffentlichten Verlauf innerhalb des Jahres enthält und daher dem Datenstand zum Zeitpunkt der Herbstprognose am nächsten kommt. Gemessen daran sind die Abweichungen bei den Verwendungskomponenten gering. Der Wachstumsbeitrag der Inlandsnachfrage, insbesondere der Beitrag der Ausrüstungsinvestitionen, wurde überschätzt, der des Außenbeitrags unterschätzt. Legt man hingegen die (vollständige) Vierteljahresrechnung für 2001 vom Februar dieses Jahres zugrunde, so fallen die Abweichungen bei den Komponenten des realen Bruttoinlandsprodukts etwas größer aus; maßgeblich hierfür sind Neuberechnungen des Statistischen Bundesamts für den Jahresverlauf.

Die Prognose vom vergangenen Herbst für das Jahr 2002 stand weitgehend im Schatten der Terroranschläge und der damit einhergehenden Unsicherheit. Die Einschätzung der Institute, dass der Schock vom 11. September keine tiefe Rezession nach sich ziehen werde, hat sich bestätigt. Gleichwohl verlief die Entwicklung in den letzten Monaten des vergangenen Jahres ungünstiger als von den Instituten im Herbst unterstellt. Auch aus diesem Grund wird der diesjährige Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts nun nicht mehr auf 1,3%, sondern auf 0,9% beziffert.

die Zahl der Arbeitslosen dürfte im Jahresdurchschnitt 2003 auf 3,8 Millionen zurückgehen. Der Preisauftrieb bleibt trotz konjunkturbedingt größerer Überwälzungsspielräume moderat.

Bei alledem gibt es Prognoserisiken in die eine wie auch in die andere Richtung. Einen Unsicherheitsfaktor bilden – wie im weltwirtschaftlichen Teil ausgeführt – die USA, die im globalen Aufschwung vorangehen. Zum einen könnte dort die Expansion – vor allem die Dynamik des privaten Konsums – schwächer ausfallen als prognostiziert. Zum anderen könnte der US-Dollar massiv abwerten, falls sich die Einschätzung der Finanzierbarkeit des

US-Leistungsbilanzdefizits ändert. In beiden Fällen würde die Konjunktur in der übrigen Welt und damit auch in Deutschland spürbar beeinträchtigt. Ein weiterer Unsicherheitsfaktor ist der Ölpreis. Sollte er etwa aufgrund des Nahost-Konflikts deutlich höher sein als hier unterstellt, würde dies die Konjunktur merklich belasten.

Es ist jedoch auch nicht auszuschließen, dass die Dynamik der konjunkturellen Erholung unterschätzt wird. Die bisher vorliegenden, bis Februar reichenden vorläufigen Produktionsdaten signalisieren zwar erst eine leichte Erholung. Angesichts der stark verbesserten Geschäftserwartungen der Unternehmen könnte die konjunkturelle Dynamik aber in den kommenden Monaten stärker ausfallen als hier vorhergesagt.

Prognose

Exporte im Aufwind

Der deutliche Abschwung in der Weltwirtschaft hat die Expansion der deutschen Exporte im Jahr 2001 spürbar gedämpft; im Schlussquartal waren sie sogar rückläufig. Dies betraf in besonderem Maße die Lieferungen in die USA, aber auch die in die EU-Länder und nach Südostasien (Abb. 3.1). Dagegen stiegen die Exporte in die OPEC-Länder und nach Osteuropa bis zuletzt (Tab. 3.3). Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Exportunternehmen hat sich im vergangenen Jahr leicht verbessert; bei kaum verändertem Außenwert des Euro erhöhten sich die Lohnstückkosten deutlich langsamer als im Ausland.

Für die ersten Monate dieses Jahres zeigen die bislang vorliegenden Indikatoren eine leichte Zunahme der Exporte an. Im weiteren Jahresverlauf wird sich der Anstieg deutlich

Tab. 3.2
Prognose und Prognoseabweichungen für das Jahr 2001
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in Preisen von 1995

	Herbstgutachten		Ist-Werte				Prognosefehler für 2001	
	Prognosewerte für 2001		2001 ¹⁾		2001 ²⁾		Differenz der Wachstumsbeiträge in %-Punkten	
	Veränderung in % gegenüber Vorjahr	Wachstumsbeitrag in %-Punkten ³⁾	Veränderung in % gegenüber Vorjahr	Wachstumsbeitrag in %-Punkten ³⁾	Veränderung in % gegenüber Vorjahr	Wachstumsbeitrag in %-Punkten ³⁾	Spalte 4 abzüglich Spalte 2 (7)	Spalte 6 abzüglich Spalte 2 (8)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)		
Inlandsnachfrage	-0,1	-0,1	-0,5	-0,5	-1,0	-1,0	-0,4	-0,8
Privater Konsum	1,6	0,9	1,4	0,8	1,1	0,6	-0,1	-0,3
Staatlicher Konsum	1,3	0,2	1,3	0,3	1,7	0,3	0,0	0,1
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	0,3	0,0	-2,2	-0,2	-3,6	-0,4	-0,3	-0,4
Bauten	-5,2	-0,6	-5,7	-0,7	-5,8	-0,7	-0,1	-0,1
Vorratsveränderungen (Mrd. €)	-10,4	-0,7	-8,7	-0,6	-14,1	-0,9	0,1	-0,2
Außenbeitrag (Mrd. €)	52,6	0,9	57,1	1,1	66,4	1,6	0,2	0,7
Ausfuhr	4,7	1,6	5,1	1,7	4,7	1,6	0,1	0,0
Einfuhr	2,3	-0,7	2,0	-0,6	0,1	0,0	0,1	0,7
Bruttoinlandsprodukt ⁴⁾	0,7	-	0,6	-	0,6	-	-0,1	-0,1
Nachrichtlich:								
Bruttoinlandsprodukt USA ⁵⁾	0,9	-	1,1	-	1,2	-	0,2	0,3
Bruttoinlandsprodukt Euroraum ⁶⁾	1,5	-	1,5	-	-	-	0,0	-
Welthandel ⁷⁾	1,0	-	0,0	-	-	-	-1,0	-
Preisindex für die Lebenshaltung ⁸⁾	2,5	-	2,5	-	-	-	0,0	-

¹⁾ Angaben für Deutschland: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Erste Ergebnisse der Inlandsproduktsberechnung, Januar 2002. – ²⁾ Angaben für Deutschland: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, 4. Vierteljahr 2001, Februar 2002. – ³⁾ Beiträge der Nachfragekomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (Lundberg-Komponenten). Der Wachstumsbeitrag einer Nachfragekomponente ergibt sich aus der Wachstumsrate gewichtet mit dem Anteil des Aggregats am Bruttoinlandsprodukt aus dem Vorjahr. Abweichungen in den Differenzen durch Runden der Zahlen. – ⁴⁾ Spalten 7 und 8: Differenz der Veränderungsraten. – ⁵⁾ Spalte 7: Differenz der Spalten 3 und 1; Spalte 8: Differenz der Spalten 5 und 1. – ⁶⁾ Spalte 3: Datenstand Januar 2002, Spalte 5: Datenstand März 2002. – ⁷⁾ Spalte 3: Datenstand März 2002.

Quellen: IWF, OECD, Eurostat, Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute.

ren Höhepunkt erreichen und danach abflachen. Die Ausfuhrzuwächse werden deshalb im Verlauf des kommenden Jahres wieder etwas kleiner. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft wird sich im Prognosezeitraum nur geringfügig verschlechtern. Zwar wertet der Euro effektiv auf, die Preise steigen aber in Deutschland langsamer als im Ausland. Alles in allem werden sich die Exporte von Waren und Dienstleistungen im Jahr 2002 – wegen ihres niedrigen Niveaus zu Beginn – im Durchschnitt nur leicht erhöhen (2,2%); im Jahr 2003 werden sie um 8,4% zunehmen (Abb. 3.2). In beiden Jahren entsprechen die Zuwächse annähernd der Expansion des Welthandels.

Die Importe von Waren und Dienstleistungen sind im Verlauf des vergangenen Jahres stark gefallen; maßgeblich dafür waren die rückläufige Inlandsnachfrage und der schwache Export. Die Einfuhrschwäche setzte sich Anfang dieses Jahres vor allem wegen der noch verhaltenen Binnenkonjunktur fort. Mit dem Aufschwung werden die Importe im gesamten Prognosezeitraum kräftig zulegen. Wegen des starken Rückgangs am Jahresende 2001 werden sie im Durchschnitt dieses Jahres nur um 1% steigen; im Jahr 2003 werden sie um 7,8% zunehmen (Abb. 3.3).

Die Einfuhrpreise sind im Verlauf des vergangenen Jahres drastisch gesunken. Ausschlaggebend hierfür war die Verbilligung von Rohstoffen, insbesondere von Rohöl. In den ersten Monaten 2002 zogen die Ölnotierungen wieder deutlich an. Auf Dauer dürfte der Ölpreis aber nicht über 25 US-Dollar je Barrel liegen. Für den Prognosezeitraum wird deshalb nur ein moderater Anstieg der Importpreise erwartet. Zwar werden sich die Produzentenpreise im Gefolge des weltweiten Aufschwungs erhöhen; die hier unterstellte Aufwertung des Euro dürfte die Verteuerung der Einfuhren aber dämpfen. Da die Ausfuhrpreise in diesem und im nächsten Jahr etwas stärker anziehen als die Einfuhrpreise, werden sich die Terms of Trade geringfügig verbessern (Tab. 3.4).

beschleunigt fortsetzen. Dafür spricht, dass im verarbeitenden Gewerbe die Auftragseingänge aus dem Ausland stärker gestiegen sind und sich die Exporterwartungen der Unternehmen spürbar aufgehellt haben. Angestoßen vom Aufschwung in den USA werden ab dem Frühjahr die Absatzmärkte in Westeuropa kräftig expandieren. Zur Jahreswende 2002/2003 wird die Dynamik der Weltkonjunktur ih-

Tab. 3.3
Deutsche Exporte nach Regionen
Nominaler Export (Spezialhandel)

Ländergruppe	1999			2000			2001		
	Mrd. €	Anteile in %	in % des BIP ¹⁾	Mrd. €	Anteile in %	in % des BIP ¹⁾	Mrd. €	Anteile in %	in % des BIP ¹⁾
Insgesamt	510	100,0	25,8	597	100,0	29,5	637	100,0	30,9
EU	293	57,5	14,9	337	56,5	16,7	355	55,7	17,2
EFTA ²⁾	27	5,3	1,4	31	5,1	1,5	33	5,2	1,6
NAFTA ³⁾	59	11,6	3,0	71	11,9	3,5	78	12,2	3,8
Ostasien ⁴⁾	36	7,1	1,8	47	7,8	2,3	50	7,9	2,4
MDE ⁵⁾	43	8,4	2,2	53	8,9	2,6	60	9,5	2,9
Übrige Länder	51	10,1	2,6	59	9,8	2,9	60	9,5	2,9

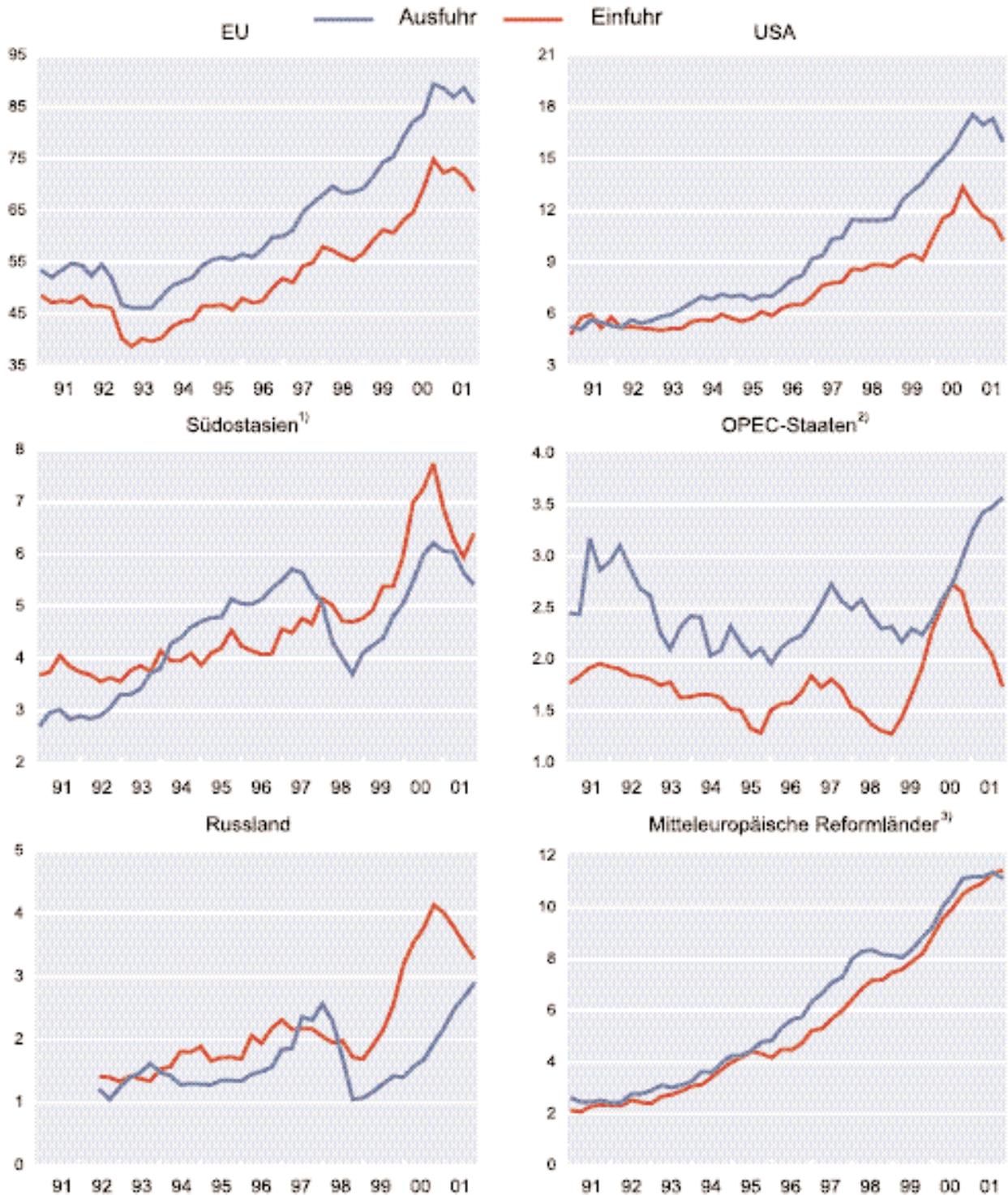
¹⁾ In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts. – ²⁾ Schweiz, Norwegen, Island, Liechtenstein. – ³⁾ USA, Kanada, Mexiko. – ⁴⁾ Japan, China, Hongkong, Taiwan, Singapur, Thailand, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Südkorea. – ⁵⁾ Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Bulgarien, Rumänien, Russland, Ukraine, Weißrussland.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute.

Abb. 3.1

Außenhandel Deutschlands nach Ländern und Regionen

Spezialhandel nominal; saison- und arbeitstäglich bereinigte Quartalswerte in in Mrd. Euro

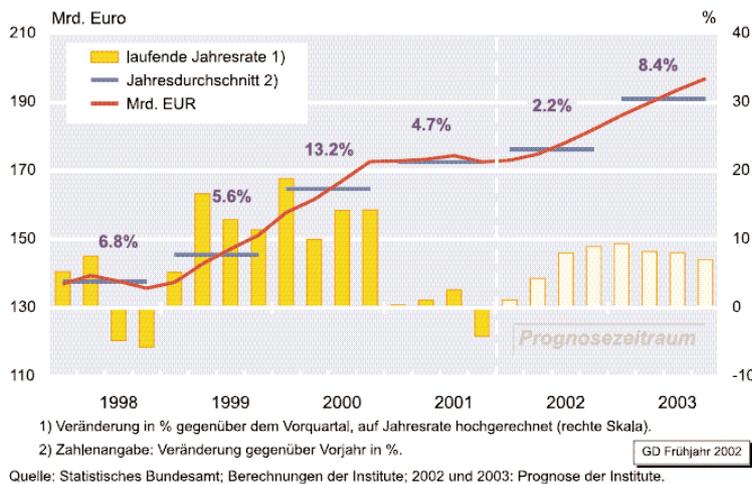


1) Hongkong, Singapur, Südkorea, Taiwan, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Thailand.- 2) Algerien, Libyen, Nigeria, Venezuela, Irak, Iran, Saudi-Arabien, Kuwait, Katar, Vereinigte Arabische Emirate, Indonesien.- 3) Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute.

GD Frühjahr 2002

Abb. 3.2
Reale Exporte
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

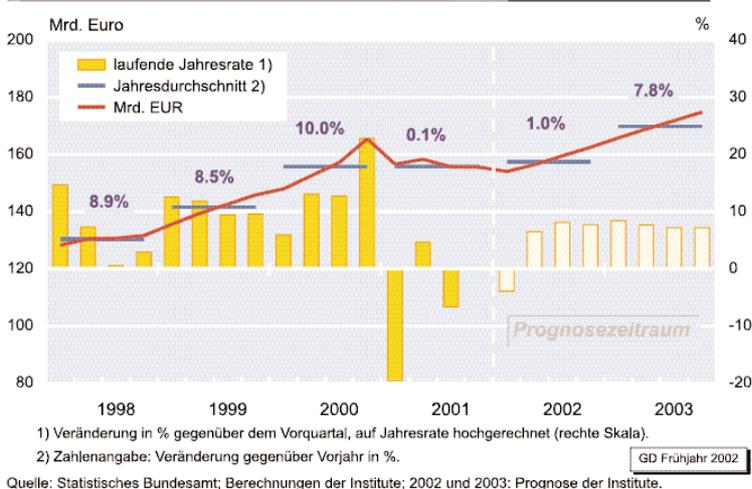


Schwäche bei den Ausrüstungsinvestitionen wird überwunden

Der konjunkturelle Abschwung hat tiefe Spuren bei den Ausrüstungsinvestitionen hinterlassen; im Durchschnitt des Jahres 2001 sind diese um 5% gesunken. Maßgeblich dafür waren die eingetrübten Absatzperspektiven, die Straffung der Geldpolitik im Vorjahr und in den letzten Monaten des Jahres 2001 auch die erhöhte Unsicherheit über den weiteren Verlauf der Weltkonjunktur.

Die Umsätze des Investitionsgütergewerbes und die Auftragseingänge deuten darauf hin, dass sich der Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen zum Jahresanfang 2002 verlangsamt hat. Vom zweiten Quartal dieses Jahres an ist wieder mit einem spürbaren Anstieg zu rechnen. Dies signalisieren die stark aufgehellten Geschäftserwartungen; insbe-

Abb. 3.3
Reale Importe
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



sondere in der Exportwirtschaft steigt die Zuversicht zunehmend. Die Investitionstätigkeit wird von den verbesserten außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen stimuliert, nicht zuletzt durch die Überwindung der Unsicherheiten infolge der Ereignisse vom 11. September. Zudem bleiben die Finanzierungsbedingungen vorteilhaft, und die Gewinnaussichten verbessern sich. Im kommenden Jahr wird sich die Expansion der Ausrüstungsinvestitionen fortsetzen, wenn auch wegen der dann an Schwung verlierenden Binnen- und Weltkonjunktur nicht mehr in so hohem Tempo wie im zweiten Halbjahr 2002.

Die Dynamik der Investitionen in sonstige Anlagen hat zwar nach dem Ende des Booms im IT-Sektor spürbar nachgelassen. Der weiterhin zunehmende Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien sowie die kurzen Innovationszyklen von Software tragen jedoch auch künftig zu einer recht kräftigen Ausweitung bei.

Wegen des niedrigen Niveaus zu Jahresbeginn werden die Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen im Durchschnitt dieses Jahres nochmals sinken (- 1,5%); im Jahr 2003 werden sie um 6,5% ausgeweitet (Abb. 3.4).

Noch keine Erholung bei den Bauinvestitionen

Die Schwäche der Bauinvestitionen hat sich bis zuletzt fortgesetzt. Der Rückgang verlangsamte sich allerdings in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres erheblich. Der Wohnungsbau schrumpft seit dem Sommer 2001 nicht mehr ganz so stark wie zuvor, der öffentliche Bau legte sogar zu. In der gewerblichen Wirtschaft wurden dagegen, auch unter dem Eindruck der Ereignisse vom 11. September, geplante Vorhaben zurückgestellt, so dass es zu einer erneuten Abschwächung kam.

Der Wohnungsbau wird in diesem Jahr noch abwärts gerichtet bleiben. Dies signalisieren sowohl die Auftragseingänge als auch die Baugenehmigungen. Leerstände an Wohnraum und geringe Mietsteigerungen hemmen die Investitionsbereitschaft. Zudem bremsen die derzeit noch schwache Konjunktur und die damit einhergehende Verschlechterung am Arbeitsmarkt die Verschuldungsbereitschaft der privaten Haushalte. Im Jahr 2003 wird der Wohnungsbau in etwa stagnieren. Zwar wird die Wohnungsnachfrage durch die sich verbessernde Einkommenssituation der privaten Haushalte und sinkende Arbeitsmarktrisiken gestützt, dämpfend dürften jedoch staatliche

Tab. 3.4
Indikatoren zur Außenwirtschaft¹⁾

	1999	2000	2001	2002	2003
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Exporte, real ²⁾	5,6	13,2	4,7	2,2	8,4
Waren	5,6	13,5	5,3	2,1	8,6
Dienstleistungen	5,6	11,2	0,7	2,6	6,9
Importe, real ²⁾	8,5	10,0	0,1	1,0	7,8
Waren	8,0	10,6	-0,3	0,6	7,8
Dienstleistungen	10,4	7,8	1,4	2,6	7,8
Terms of Trade	0,4	-4,5	-0,1	1,0	0,4
<i>Nachrichtlich:</i>	in Mrd. €				
Außenbeitrag, real ²⁾	15,6	35,8	66,4	74,9	84,5
Außenbeitrag, nominal	16,8	8,0	39,1	55,0	67,5
Leistungsbilanzsaldo ²⁾	-17,9	-22,6	2,7	15,0	25,0

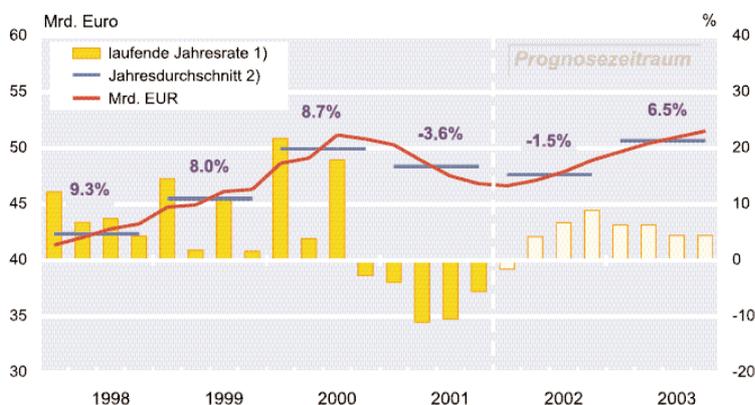
¹⁾ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 95). – ²⁾ In Preisen von 1995. – ³⁾ In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; Berechnungen der Institute; 2002 und 2003: Prognose der Institute.

Abb. 3.4

Reale Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



1) Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).

2) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber Vorjahr in %.

GD Frühjahr 2002

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; 2002 und 2003: Prognose der Institute.

Sparmaßnahmen wirken. Die Wohnungsbauinvestitionen werden in diesem Jahr um 2,2% und im nächsten Jahr um 0,3% sinken (Tab. 3.5).

Im Wirtschaftsbau deutet der Überhang an genehmigten Objekten, die wegen der Unsicherheiten der Investoren über die konjunkturelle Entwicklung noch nicht begonnen wurden, auf eine Wende in der ersten Hälfte dieses Jahres hin. Im zweiten Halbjahr werden die gewerblichen Bauinvesti-

Tab. 3.5
Reale Bauinvestitionen¹⁾

	2001	2001	2002	2003
	Anteile in %	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
Wohnbauten	57,4	-7,0	-2,2	-0,3
Nichtwohnbauten	42,6	-4,2	-2,1	0,6
Gewerblicher Bau	29,7	-3,6	-1,8	2,2
Öffentlicher Bau	12,9	-5,5	-2,7	-3,1
Bauinvestitionen	100,0	-5,8	-2,1	0,1

¹⁾ In Preisen von 1995.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; 2002 und 2003: Prognose der Institute.

tionen bei steigender Kapazitätsauslastung an Fahrt gewinnen. Anstöße kommen vor allem von den Unternehmensdienstleistern und der Industrie. Die Wirtschaftsbauinvestitionen werden 2002 aufgrund des niedrigen Ausgangsniveaus noch um 1,8% hinter ihrem Vorjahresergebnis zurückbleiben; im nächsten Jahr steigen sie um 2,2%.

Die öffentlichen Bauinvestitionen werden auch in diesem Jahr rückläufig sein, da vor allem die Gemeinden angesichts der angespannten Haushaltslage ihre Investitionsbudgets einschränken. Im nächsten Jahr dürfte sich der Rückgang etwas verstärken, da im Gefolge der erwarteten Sparbemühungen mit einer Kürzung der Zuweisungen der Länder an die Gemeinden zu rechnen ist.

Insgesamt nehmen die Bauinvestitionen im Jahresdurchschnitt 2002 um 2,1% ab (Abb. 3.5), im nächsten Jahr halten sie das erreichte Niveau. In Ostdeutschland werden sie im gesamten Prognosezeitraum – wenngleich verlangsamt – sinken, während sie in Westdeutschland im nächsten Jahr leicht nach oben tendieren.

Privater Konsum erholt sich langsam

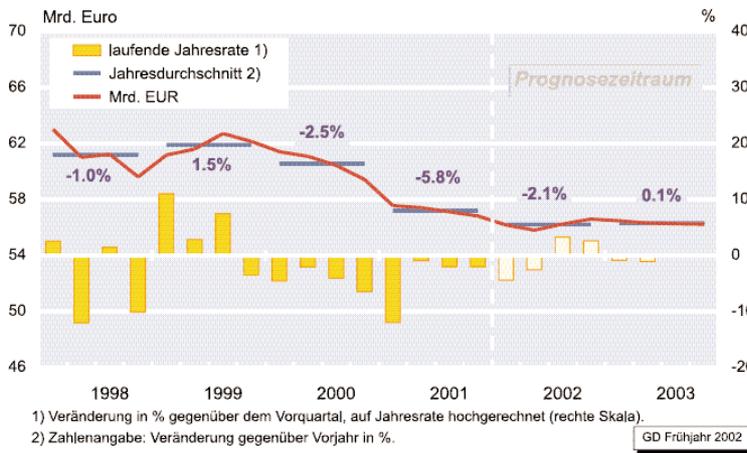
Der private Konsum, der in der zweiten Jahreshälfte 2001 rückläufig war, dürfte in den ersten Monaten des laufenden Jahres leicht gestiegen sein. Das Verbrauchervertrauen hat sich etwas aufgehellt. Retardierend wirkte der deutliche Preisanstieg, der den Konsumenten Kaufkraft entzog. Im weiteren Verlauf des Jahres werden die privaten Haushalte mit der Besserung am Arbeitsmarkt und bei nachlassendem Preisauftrieb die Konsumausgaben erhöhen. Insgesamt steigt der private Konsum im Verlauf des Jahres 2002 um reichlich 1 1/2%, im Jahresdurchschnitt ergibt sich aufgrund des niedrigen Niveaus zu Beginn des Jahres allerdings nur eine Zunahme von 0,6% (Abb. 3.6).

Von den verfügbaren Einkommen gehen im Durchschnitt dieses Jahres nur geringe Impulse auf den privaten Konsum aus. Zwar werden die Tarifabschlüsse etwas höher ausfallen als im vergangenen Jahr, die Summe der Bruttolöhne und -gehälter vergrößert

Abb. 3.5

Reale Bauinvestitionen

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



1) Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
 2) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber Vorjahr in %.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; 2002 und 2003: Prognose der Institute.

Im kommenden Jahr werden die Bruttoverdienste infolge der Zunahme der Beschäftigung kräftiger zulegen als in diesem. Die Nettolöhne und Gehälter gewinnen aufgrund des Inkrafttretens der zweiten Stufe der Steuerreform zusätzlich an Dynamik. Dagegen werden die monetären Sozialleistungen deutlich langsamer als in diesem Jahr steigen. Die Rentenanpassung dürfte etwas schwächer ausfallen; zudem werden Einschränkungen von Transferleistungen im Rahmen des Sparpakets erwartet. Die Selbständigen- und Vermögenseinkommen expandieren stärker als im Vorjahr. Alles in allem dürften die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte um 3,5% steigen. Bei kaum veränderter Sparquote und weiterhin moderatem Preisauftrieb wird der private Konsum um 1,8% zunehmen.

sich aber aufgrund der niedrigeren Beschäftigtenzahl nicht schneller als im Vorjahr. Die Nettoverdienste nehmen wegen der höheren Beitragssätze zur Krankenversicherung und der wieder voll greifenden Steuerprogression erheblich langsamer zu als zuvor. Die monetären Sozialleistungen hingegen steigen deutlich als im vergangenen Jahr, nicht zuletzt weil das Kindergeld für das erste und zweite Kind aufgestockt wurde und die Renten etwas stärker angehoben werden. Außerdem erhöhen sich infolge der ungünstigeren Arbeitsmarktsituation die Zahlungen von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe. Unter Berücksichtigung der nur leicht steigenden Selbständigeneinkommen expandieren die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte im Jahr 2002 mit 2%. Die Sparquote, die sich im Jahr 2001 im Gefolge der Steuerentlastung erhöht hat, wird in diesem Jahr wieder etwas sinken.

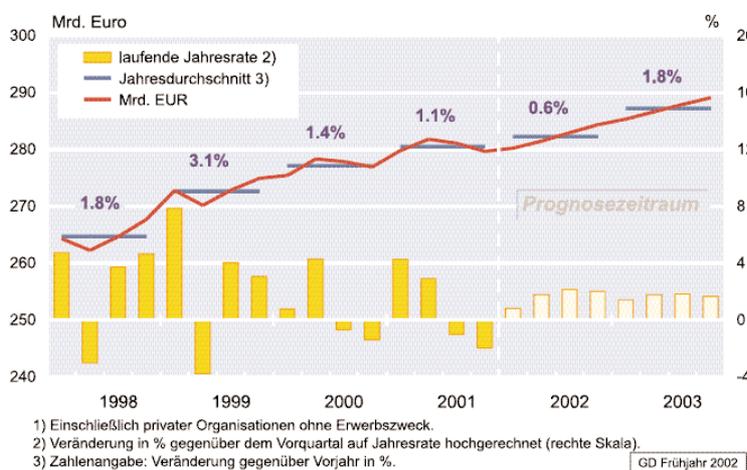
Moderater Preisanstieg

Nach der deutlichen Beruhigung in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres hat sich der Preisauftrieb zu Beginn des Jahres 2002 verstärkt. Dabei spielten allerdings Sonderfaktoren eine erhebliche Rolle. So wurden die Tabak- und die Versicherungsteuer erhöht; außerdem sind – wie bereits in den vergangenen drei Jahren – die Mineralöl- und die Stromsteuer angehoben worden. Darüber hinaus sind die Gemüsepreise witterungsbedingt stark gestiegen. Auch wurde die Euro-Bargeldeinführung vereinzelt zu Preiserhöhungen genutzt; allerdings blieb der hiervon ausgehende Effekt auf den Preisindex für die Lebenshaltung gering. In den vergangenen Monaten zogen überdies die Rohölnotierungen kräftig an, was rasch auf die heimischen Kraftstoff- und Heizölpreise durchschlug.

Abb. 3.6

Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte¹⁾

Saisonbereinigter Verlauf



1) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
 2) Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
 3) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber Vorjahr in %.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; 2001 und 2003: Prognose der Institute.

Im weiteren Verlauf des Jahres wird der Preisauftrieb wieder nachlassen. Die außenwirtschaftlich bedingten Teuerungsimpulse klingen ab. Die Lohnabschlüsse dürften nicht viel höher ausfallen als in den beiden Jahren zuvor. Im Durchschnitt des Jahres 2002 wird die Inflationsrate 1,5% betragen.

Für das kommende Jahr ist mit weiterhin moderaten Preissteigerungen zu rechnen. Zwar vergrößern sich im Aufschwung tendenziell die Preiserhöhungsspielräume, aber die Zunahme der Lohnstückkosten wird sich bis weit in das kommende Jahr hinein abflachen, und die leichte Aufwertung des Euro wirkt dämpfend auf die Importpreise. Der Preisindex für die Lebenshaltung erhöht sich im Jahresdurchschnitt um 1,6%.

Produktion: Nach leichter Rezession wieder aufwärts

Die gesamtwirtschaftliche Produktion ist im Verlauf der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres gesunken. Maßgeblich dafür war die abnehmende Binnennachfrage (Abb. 3.7), vor allem die Investitionen sanken deutlich. Das reale Bruttoinlandsprodukt verringerte sich gegenüber dem ersten Halbjahr um 0,3% und unterschritt im vierten Quartal leicht den Vorjahresstand. Zu diesem Rückgang trugen vor allem das verarbeitende Gewerbe und das Baugewerbe bei. Im tertiären Sektor ergab sich ein Plus von 2%; während die Wertschöpfung der Handelsunternehmen kräftig fiel, erzielten die Finanz- und Unternehmensdienstleister noch deutliche Zuwächse.

In den ersten Monaten dieses Jahres dürfte das Bruttoinlandsprodukt saisonbereinigt wieder leicht gestiegen sein. Die Industrieproduktion lag im Durchschnitt der Monate Januar und Februar geringfügig über dem Stand im Vorquartal. Die Auftragseingänge in der Industrie, insbesondere die aus dem Ausland, sind der Tendenz nach aufwärts gerichtet. Andere wichtige Frühindikatoren zeigen ebenfalls nach oben. Allerdings waren im Bauhauptgewerbe und im Handel die Produktion bzw. der Umsatz rückläufig.

Im weiteren Verlauf des Jahres 2002 gewinnt die gesamtwirtschaftliche Produktion an Dynamik. Die industrielle Erzeugung – und hier insbesondere die Fertigung von Vorleistungs- und von Investitionsgütern – nimmt beschleunigt zu; der Rückgang im Baugewerbe wird schwächer. Die Produktion von konsumnahen Waren und Diensten wird wegen des nur verhal-

ten expandierenden privaten Verbrauchs wenig ausgeweitet, ein stärkerer Zuwachs ist bei den Unternehmensdienstleistern und im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung zu erwarten. Das Bruttoinlandsprodukt wird im Jahresverlauf 2002 um 2¹/₄% steigen, im Jahresdurchschnitt wegen der niedrigen Ausgangsbasis jedoch nur um 0,9% (Abb. 3.8).

Im kommenden Jahr wird sich der Aufschwung fortsetzen, die konjunkturelle Dynamik dürfte allerdings infolge einer ruhigeren Gangart der Weltkonjunktur, des Übergangs zu einer etwa neutralen Geldpolitik und des intensivierten Konsolidierungskurses des Staates nachlassen. Die Industrieproduktion erhöht sich weiterhin, und die Bautätigkeit wird kaum noch sinken. Das Bruttoinlandsprodukt wird im Verlauf des Jahres 2003 um etwa 2% zunehmen; für den Jahresdurchschnitt ergibt sich ein Anstieg um 2,4% (Tab. 3.6).

Abb. 3.8

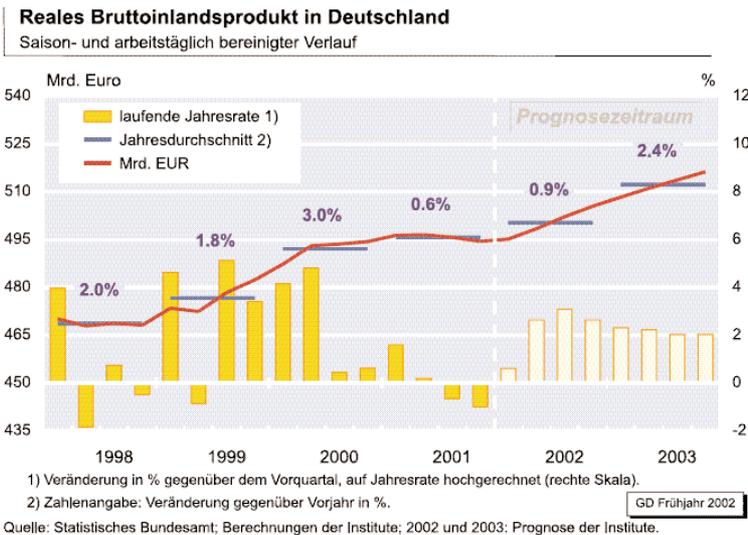
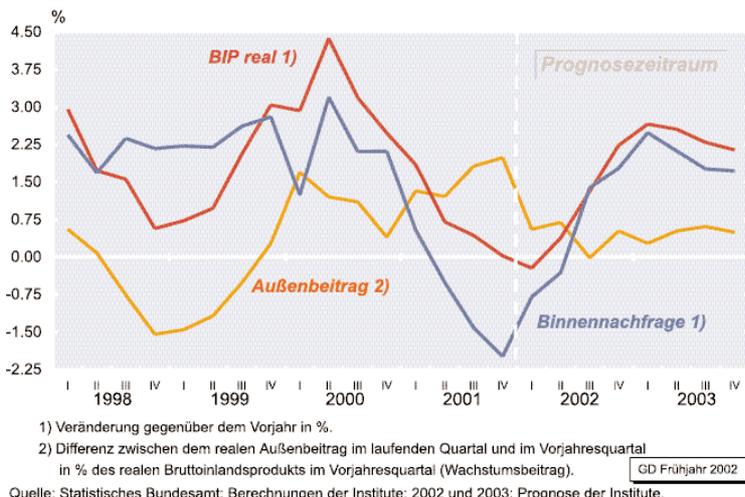


Abb. 3.7

Bruttoinlandsprodukt, Binnennachfrage und Außenbeitrag
Saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte



Erholung auch in Ostdeutschland

Das Bruttoinlandsprodukt in den neuen Ländern war vorläufigen amtlichen Berechnungen zufolge 2001 um 0,1% niedriger als im Vorjahr. Ausschlaggebend dafür war die erneut drastisch gesunkene Bautätigkeit (Tab. 3.7). Im Jahresergebnis betrug hier das Minus 1¹/₂%, im Vergleich zu einem Rückgang um 6% in Westdeutschland. Die industrielle Erzeugung, deren kräftiger Anstieg in den vergangenen Jahren das Gegengewicht zur Talfahrt in der Bauwirtschaft bildete, ging saisonbereinigt zum Jahresende ebenfalls zurück. Besonders stark nahm die Produktion von Konsumgütern ab. Im Handel sank die Wertschöpfung beschleunigt. Im öffentlichen Bereich hat der Rückgang der Bruttowertschöpfung angehalten.

Tab. 3.6
Beiträge der Nachfragekomponenten zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts¹⁾
in Prozentpunkten

	2001	2002	2003
Konsumausgaben	1,0	0,6	1,2
Private Haushalte ²⁾	0,6	0,3	1,0
Staat	0,3	0,2	0,2
Anlageinvestitionen	-1,1	-0,4	0,6
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-0,4	-0,1	0,6
Bauten	-0,7	-0,2	0,0
Vorratsveränderungen	-0,9	0,3	0,1
Inlandsnachfrage	-1,0	0,5	2,0
Außenbeitrag	1,6	0,4	0,5
Exporte	1,6	0,8	2,9
Importe	0,0	0,3	2,5
Bruttoinlandsprodukt ³⁾	0,6	0,9	2,4

¹⁾ Zur Definition vgl. Tabelle 3.2; in Preisen von 1995, Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. – ²⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ³⁾ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2002 und 2003: Prognose der Institute.

Auch für Ostdeutschland weisen die Frühindikatoren auf den Beginn einer wirtschaftlichen Erholung hin. Die Industrieproduktion hat zum Jahresanfang bereits zugelegt, und der Rückgang der Bautätigkeit dürfte sich allmählich verlangsamen. In den Dienstleistungsbereichen werden die Wachstumsunterschiede zum früheren Bundesgebiet geringer. Gleichwohl ist die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts im Jahresdurchschnitt mit einer Rate von 0,5% nur etwa halb so groß wie in Westdeutschland.

Wende auf dem Arbeitsmarkt nach der Jahresmitte

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich seit dem Frühjahr 2001 unter dem Einfluss der konjunkturellen Abschwächung zunehmend verschlechtert. Im Jahresverlauf ist die Zahl der Erwerbstätigen um 75 000 gesunken. Besonders stark war der Rückgang im Baugewerbe und in der Industrie, aber auch im Handel und bei den privaten Dienstleistern nahm die Beschäftigung ab; lediglich die Unternehmensdienstleister stellten per saldo Personal ein.

Im Jahr 2002 wird sich die Lage nur allmählich bessern. Wie üblich in Erholungsphasen halten sich die Unternehmen zunächst mit Neueinstellungen zurück und reagieren auf die wieder zunehmende Nachfrage mit dem Abbau von Kurzarbeit, der Mobilisierung von Produktivitätsreserven und dem Einsatz von Überstunden. Erst nach der Jahresmitte dürfte ein nennenswerter Beschäftigungsaufbau in Gang kommen. Er konzentriert sich auf den tertiären Sektor, wohingegen im produzierenden Gewerbe noch Arbeitsplätze verloren gehen werden. Am Jahresende wird die Zahl der Erwerbstätigen etwa auf dem vor Jahresfrist erreichten Niveau liegen; im Jahresdurchschnitt ergibt sich noch ein Rückgang um knapp 100 000 Stellen (Tab. 3.8).

Im Jahr 2003 wird der Aufschwung an Breite gewinnen und die Nachfrage

Tab. 3.7
Indikatoren zum wirtschaftlichen Aufholprozess in Ostdeutschland

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Westdeutschland = 100											
Bruttoinlandsprodukt nominal je Einwohner ¹⁾	33,4	41,2	50,8	57,2	59,6	61,7	62,2	61,5	62,0	60,9	61,7
Ausrüstungsinvestitionen nominal je Einwohner ²⁾	61,8	70,8	95,7	108,9	108,9	110,0	103,6	101,8	101,1	97,3	97,9
Bauinvestitionen nominal je Einwohner ³⁾	70,2	103,1	131,0	164,1	175,8	180,8	172,8	153,2	136,9	121,7	111,3
darunter:											
Wohnbauten ⁴⁾	45,8	61,7	81,1	110,0	131,3	143,2	140,6	121,4	106,9	91,9	80,2
Nichtwohnbauten ⁵⁾	97,0	151,4	195,0	241,7	240,5	237,9	223,2	205,1	186,0	170,3	160,7
Kapitalstock je Einwohner ⁶⁾	37,9	40,4	43,4	46,7	50,3	53,7	56,9	59,8	62,3	64,3	66,4
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer ⁷⁾	49,3	61,9	69,2	72,6	75,2	75,8	76,1	76,3	77,3	77,5	77,6
Arbeitsproduktivität ¹⁾²⁾	34,9	48,3	59,5	64,2	65,0	67,0	68,0	67,7	68,3	68,9	70,6
Lohnstückkosten ¹⁾⁸⁾	141,1	128,3	116,3	113,2	115,7	113,1	111,8	112,7	113,2	112,5	110,0
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr											
Bevölkerung ⁹⁾											
Ostdeutschland	-1,3	-0,7	-0,6	-0,4	-0,4	-0,3	-0,4	-0,5	-0,4	-0,9	
Westdeutschland	1,2	1,0	0,5	0,4	0,4	0,3	0,1	0,2	0,2	0,5	
Erwerbstätige (Inland) ¹⁰⁾											
Ostdeutschland	-12,4	-2,5	2,4	1,9	-0,7	-1,2	0,2	0,6	-1,1	-2,0	
Westdeutschland	0,8	-1,1	-0,6	-0,1	-0,2	0,0	1,2	1,4	2,2	0,6	
Kapitalstock ⁶⁾¹¹⁾											
Ostdeutschland	8,5	8,9	9,4	9,2	8,3	7,5	6,9	6,0	5,2	4,8	
Ausrüstungen	18,0	15,4	13,9	12,0	10,8	10,3	9,6	9,5	8,8	7,8	
Bauten	7,0	7,8	8,6	8,7	7,8	7,0	6,3	5,5	4,4	4,1	
Westdeutschland	1,7	1,5	1,6	1,5	1,4	1,5	1,7	1,7	2,0	1,5	
Ausrüstungen	3,0	1,6	0,8	0,4	0,2	0,4	1,0	1,8	2,3	1,6	
Bauten	1,3	1,4	1,9	1,8	1,7	1,7	1,9	1,7	1,9	1,4	

¹⁾ Angaben für Ostdeutschland: neue Bundesländer ohne Berlin, für Westdeutschland: alte Bundesländer einschließlich Berlin. – ²⁾ Einschließlich sonstige Anlagen. – ³⁾ Angaben für Ostdeutschland: neue Bundesländer und Ostberlin, für Westdeutschland: früheres Bundesgebiet. – ⁴⁾ Alle Wirtschaftsbereiche, in Preisen von 1995. – ⁵⁾ Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen. – ⁶⁾ Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder; Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder; ifo Investorenrechnung; Berechnungen der Institute.

Tab. 3.8
Arbeitsmarktbilanz
Jahresdurchschnitte in 1 000 Personen

	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Deutschland						
Erwerbstätige Inländer	37 549	38 015	38 636	38 703	38 606	38 798
Arbeitnehmer	33 575	34 067	34 654	34 740	34 643	34 816
Selbständige	3 974	3 948	3 982	3 963	3 963	3 982
Pendleraldo	62	66	70	70	70	71
Erwerbstätige im Inland	37 611	38 081	38 706	38 773	38 676	38 869
Arbeitslose	4 279	4 099	3 889	3 852	3 957	3 811
Arbeitslosenquote ¹⁾	10,2	9,7	9,1	9,1	9,3	8,9
Erwerbslose ²⁾	3 684	3 416	3 133	3 112	3 213	3 089
Erwerbslosenquote ²⁾	8,9	8,2	7,5	7,4	7,7	7,4
Aktive Arbeitsmarktpolitik						
Kurzarbeit	115	119	86	123	200	130
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	384	430	313	243	215	185
Berufliche Vollzeitweiterbildung	324	333	324	315	305	305
Westdeutschland³⁾						
Erwerbstätige Inländer ²⁾	31 339	31 742	32 419	32 594	32 566	32 738
Arbeitslose	3 024	2 872	2 645	2 592	2 704	2 586
Arbeitslosenquote ¹⁾	8,8	8,3	7,5	7,4	7,7	7,3
Aktive Arbeitsmarktpolitik						
Kurzarbeit	83	93	63	97	170	105
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	86	100	83	70	65	55
Berufliche Vollzeitweiterbildung	191	204	195	190	180	175
Ostdeutschland⁴⁾						
Erwerbstätige Inländer ²⁾	6 210	6 273	6 217	6 109	6 040	6 060
Arbeitslose	1 256	1 227	1 244	1 259	1 253	1 225
Arbeitslosenquote ¹⁾	16,8	16,4	16,7	17,1	17,2	16,8
Aktive Arbeitsmarktpolitik						
Kurzarbeit	32	26	23	26	30	25
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	298	330	230	173	150	130
Berufliche Vollzeitweiterbildung	133	129	129	125	125	130

¹⁾ Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige plus Arbeitslose). – ²⁾ Definition der ILO. – ³⁾ Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige plus Erwerbslose). – ⁴⁾ Regionale Abgrenzung: Westdeutschland: alte Bundesländer einschließlich Berlin, Ostdeutschland: neue Bundesländer ohne Berlin. – ⁵⁾ Schätzung der Institute auf Basis der Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder und des Mikrozensus.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesanstalt für Arbeit; Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder; 2002 und 2003: Prognose der Institute.

nach Arbeitskräften in nahezu allen Bereichen – außer im Baugewerbe – wieder deutlich steigen. Im Verlauf des Jahres ist mit einer Erhöhung der Erwerbstätigenzahl um 250 000 zu rechnen, was einer Zunahme um knapp 200 000 im Durchschnitt entspricht (Abb. 3.9). Dies ist sehr viel weniger als während der Aufschwungsphase 1999/2000 (550 000 Erwerbstätige pro Jahr). Damals waren im Gefolge der Neuregelung des 630-DM-Gesetzes anstelle von Erwerbstätigen mit Zweitjobs, die in der Statistik nicht gesondert erfasst waren, verstärkt ausschließlich geringfügig Beschäftigte eingestellt wurden. Für den Prognosezeitraum ist dieser Effekt nicht relevant.

In Ostdeutschland ist die Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 2001 um reichlich 100 000 gesunken; maßgeblich waren die erneute Entlassungswelle in der Bauwirtschaft und der weitere Beschäftigungsabbau im öffentlichen Sektor. Zudem wurden Arbeitsbeschäftigungs- und Struktur Anpassungsmaßnahmen zurückgeführt. Auch im laufenden Jahr geht die Erwerbstätigkeit noch um etwa 70 000 Personen zurück; erst für das Jahr 2003 ist mit einer Zunahme um rund 20 000 zu rechnen.

Am 1. Januar 2002 trat das »Job-Aq-tiv-Gesetz« in Kraft. Der Zeitpunkt der Wirksamkeit der meisten Maßnahmen ist aber nicht genau bestimmbar. Viele Förderinstrumente dürften erst greifen, wenn der Konjunkturaufschwung auf den Arbeitsmarkt ausgestrahlt hat. Auch dürfte es zu Mitnahmeeffekten kommen. Zudem steht neuen Maßnahmen im »Job-Aq-tiv-Gesetz« ein Abbau in herkömmlichen Feldern der Arbeitsmarktpolitik gegenüber. Von der bundesweiten Einführung des Kombi-lohns ist nach den Erfahrungen mit den bisherigen Modellversuchen kein großer Einfluss auf die Beschäftigung zu erwarten.

Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland stieg im Jahresverlauf 2001 um 130 000 und damit stärker, als die der Beschäftigten sank. Maßgeblich dafür ist die kräftige Ausweitung des Arbeitsangebots; freiwerdende Arbeitsplätze wurden offenbar verstärkt aus der Stillen Reserve besetzt. Eine Rolle spielte dabei die Aufhebung des seit Mai 1997 bestehenden Arbeitsverbots für Asylbewerber. Diese können nunmehr nach einjähriger Wartezeit eine Arbeitserlaubnis beantragen.⁵

⁵ Da für viele Asylbewerber diese Wartezeit abgelaufen ist, ergab sich ein kumulativer Effekt beim Arbeitsangebot. Dieser schlägt sich in der Beschäftigung oder der Stillen Reserve nieder, aus institutionellen Gründen jedoch nicht in der registrierten Arbeitslosigkeit.

Abb. 3.9

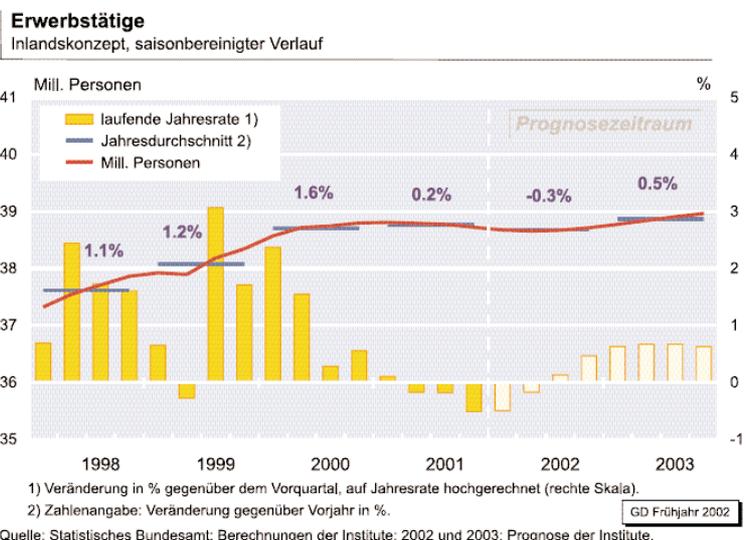
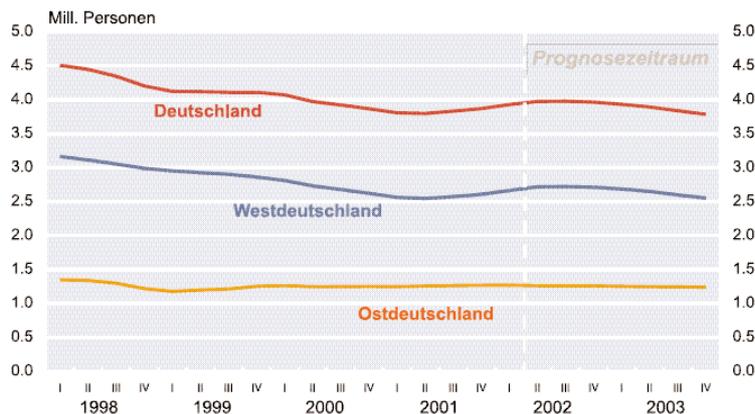


Abb. 3.10

Arbeitslose

Saisonbereinigter Verlauf



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen der Institute; ab 2. Quartal 2002: Prognose der Institute.

GD Frühjahr 2002

Zum Jahresbeginn 2002 ist die Arbeitslosigkeit saisonbereinigt zunächst kräftig gestiegen, im März sank sie allerdings um 8 000 Personen. Dieser Rückgang ist jedoch nicht konjunkturell bedingt, sondern darauf zurückzuführen, dass offenbar im Zusammenhang mit der Durchführung des »Job-Aktiv-Gesetzes« mehr ältere Arbeitslose als üblich vorruhestandsähnliche Regelungen in Anspruch genommen haben. Auch wegen nichterneuerter Meldung beim Arbeitsamt bzw. fehlender Mitwirkung bei der Stellensuche erhöhten sich die Abgänge kräftig. Diese Effekte sind jedoch temporärer Natur. Im weiteren Jahresverlauf wird die Arbeitslosigkeit zunächst auf hohem Niveau verharren und von der Jahresmitte an sinken (Abb. 3.10). Im Jahresdurchschnitt ergibt sich ein Anstieg um mehr als 100 000 auf 3,96 Mill. Personen. Für das Jahr 2003 ist eine recht deutliche Abnahme der Arbeitslosigkeit um knapp 150 000 Personen zu erwarten.

In Ostdeutschland erhöhte sich die Zahl der Arbeitslosen im vergangenen Jahr um 15 000 Personen. Gemessen am starken Rückgang der Erwerbstätigkeit war dies nur sehr wenig. Eine Rolle spielte dabei, dass das Erwerbspersonenpotential, nicht zuletzt infolge zunehmender Abwanderungen, sank. Zudem hat offenbar ein verstärkter Rückzug in die Stille Reserve stattgefunden. Bei weiterhin sinkendem Arbeitskräfteangebot dürfte die Arbeitslosigkeit in diesem Jahr annähernd stagnieren und sich 2003 um knapp 30 000 Personen verringern.

Öffentliche Haushalte im Zeichen der Konsolidierung

Die Finanzlage des Staates hat sich im Jahr 2001 merklich angespannt. Das Budgetdefizit war in Relation zum Bruttoinlandsprodukt mit 2,7% um 1,4 Prozentpunkte höher als im Jahr 2000.⁶ Zu Jahresbeginn 2001 war zwar erwartet

worden, dass das Defizit wegen der Steuerreform steigen wird, allerdings war nicht mit einer Konjunkturabschwächung gerechnet worden; die Bundesregierung war bei Aufstellung des Haushalts noch von einer Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts um 2³/₄% ausgegangen. Neben der schlechteren Konjunktur machte sich vor allem bemerkbar, dass der Anstieg der Ausgaben der Krankenversicherung (z.B. für Arzneimittel) nicht unter Kontrolle gebracht wurde.

Im laufenden Jahr dürften die Ausgaben des Staates um 2,7% zunehmen, und zwar die der Gebietskörperschaften um 2,6% und die der Sozialversicherung um 3%. Am stärksten steigen die Ausgaben für Sozialleistungen. Bei den Gebietskörperschaften fallen sie insbesondere wegen des aufgestockten Kindergeldes (Mehrausgaben von 3 Mrd. Euro) um 3,8% höher aus (2001: 1%), bei der Sozialversicherung werden sie mit 3,5% ähnlich wie im Vorjahr expandieren. Die Altersrenten werden zur Jahresmitte um durchschnittlich 2,3% angehoben, und die Zahl der Rentner nimmt erneut zu. Wegen der größeren Zahl der Erwerbslosen steigen auch die arbeitsmarktabhängigen Ausgaben. Die Personalaufwendungen erhöhen sich um 1,4%, nach nur 0,4% im Vorjahr. Bund, Länder und Gemeinden werden zwar den Personalbestand weiter reduzieren, die Löhne im öffentlichen Dienst dürften aber etwas stärker als im Jahr 2001 zunehmen; zudem schlägt die Steigerung der Beiträge zur Krankenversicherung zu Buche. Die Sachaufwendungen der Gebietskörperschaften werden 2002 etwas schwächer als zuvor ausgedehnt. Beim Bund sind zwar in den Bereichen Innere Sicherheit und Verteidigung – als Reaktion auf den 11. September – Mehrausgaben von 1,5 Mrd. Euro vorgesehen, Länder und Gemeinden werden ihre Ausgaben angesichts defizitärer Haushalte und hoher Schulden aber nur wenig ausweiten. Im Gesundheitswesen kommt es zu begrenzten Einsparungen bei den Arzneimittelausgaben der Krankenversicherung.

Die Investitionsausgaben des Staates werden im laufenden Jahr abermals abnehmen, und zwar in ähnlichem Ausmaß wie 2001. Ausschlaggebend hierfür ist die angespannte Finanzlage vieler Gemeinden, deren Steuereinnahmen drastisch zurückgegangen sind und in diesem Jahr nur wenig steigen. Dagegen wird der Bund im Straßenbau verstärkt investieren.

Mit der hohen Neuverschuldung im Vorjahr nehmen die Zinszahlungen auf öffentliche Schulden 2002 deutlich zu. Die Zins-Steuer-Quote (Zinsausgaben im Verhältnis zum Steu-

⁶ Dabei sind die Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen im Jahr 2000 nicht berücksichtigt.

Tab. 3.9
Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren¹⁾ 1991 bis 2003

	Staats einnahmen ²⁾			Staats ausgaben ²⁾			Finanzierungs-saldo ²⁾	Nachrichtlich: Zins-Steuer-Quote ³⁾
	Insgesamt	darunter:		Insgesamt	darunter:			
	Steuern	Sozialbeiträge		Zinsausgaben	Bruttoinvestitionen			
1991	44,1	22,4	17,2	47,1	2,8	2,7	-2,9	12,6
1992	45,5	22,8	17,6	48,1	3,3	2,9	-2,6	14,3
1993	46,2	22,9	18,2	49,3	3,3	2,8	-3,1	14,6
1994	46,6	22,9	18,6	49,0	3,3	2,7	-2,4	14,6
1995 ⁴⁾	46,0	22,5	18,8	49,3	3,7	2,3	-3,3	16,3
1996	46,9	22,9	19,4	50,3	3,7	2,1	-3,4	16,0
1997	46,6	22,6	19,7	49,3	3,6	1,9	-2,7	16,1
1998	46,6	23,1	19,3	48,8	3,6	1,8	-2,2	15,6
1999	47,4	24,2	19,0	48,9	3,5	1,9	-1,6	14,6
2000 ⁵⁾	47,1	24,6	18,7	48,4	3,4	1,8	-1,3	13,7
2001	46,7	23,1	18,6	48,5	3,2	1,7	-2,7	14,0
2002	46,4	23,5	18,7	48,7	3,3	1,7	-2,3	13,9
2003	46,1	23,5	18,6	47,7	3,2	1,6	-1,6	13,8

¹⁾ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. – ²⁾ In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt – ³⁾ Zinsausgaben des Staates in Relation zum Steueraufkommen. – ⁴⁾ Ohne Vermögenstransfers im Zusammenhang mit der Übernahme der Schulden der Treuhandanstalt und der Wohnungswirtschaft der ehemaligen DDR (per saldo -119,8 Mrd. €). – ⁵⁾ Ohne Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen (50,8 Mrd. €).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; 2002 und 2003: Prognose der Institute.

eraufkommen) dürfte dabei in etwa konstant bleiben; unverändert wird ein Siebtel des Steueraufkommens für die Zinsen auf die öffentlichen Schulden aufgewendet (Tab. 3.9).

Der Anstieg der Staatsausgaben dürfte im Jahr 2003 aufgrund intensiver Konsolidierungsbemühungen merklich gedämpft werden. So hat die Bundesregierung eine haushaltspolitische Frühwarnung⁷ vom Europäischen Rat der Wirtschafts- und Finanzminister nur durch die Zusage abwenden können, das Budgetdefizit bis 2004 auf »nahezu null« zurückzuführen. Im Finanzplanungsrat wurde darauf hin am 21. März 2002 vereinbart, dass in den Jahren 2003 und 2004 die Ausgaben des Bundes um durchschnittlich 0,5% je Jahr gesenkt werden und dass der Ausgabenanstieg bei Ländern und Gemeinden in diesem Zeitraum auf jeweils 1% im Jahresdurchschnitt begrenzt wird.⁸ Ein solch flacher Ausgabenpfad ist nach Auffassung der Institute nicht ohne ein Sparpaket zu realisieren. Soll der Beschluss des Finanzplanungsrats umgesetzt werden, so müssen die Ausgaben im Jahr 2004 um rund 16 Mrd. Euro niedriger sein, als sie es sonst wären. Erfolgt die Konsolidierung in zwei gleichen Schritten, so ist in den Jahren 2003 und 2004 jeweils ein Sparpaket von 8 Mrd. Euro erforderlich.

Für die Prognose wird angenommen, dass nach der Bundestagswahl für das kommende Jahr Ausgabenkürzungen beschlossen werden. Das Einsparvolumen für 2003 entspricht dem des Sparpakets 2000. Dabei unterstellen die Institute eine ähnliche Struktur wie damals; sie gehen also von Kür-

zungen bei den Personalausgaben, den Sachkäufen der Gebietskörperschaften, den Sozialleistungen, den Subventionen und den Vermögensübertragungen, aber auch bei den öffentlichen Investitionen aus. Unter diesen Annahmen werden die Ausgaben des Staates im Jahr 2003 um 1,5% zunehmen, die der Gebietskörperschaften um 0,8%. Der Anstieg der Staatsausgaben wird damit – anders als im laufenden Jahr – deutlich hinter dem Zuwachs des nominalen Bruttoinlandsprodukts zurückbleiben, so dass sich die Staatsquote erheblich verringert. Die quantitative Konsolidierung kommt also voran, doch wird bei der unterstellten Politik die Verbesserung der Ausgabenstruktur zugunsten investiver Ausgaben verfehlt. Die staatliche Investitionsquote dürfte

vielmehr weiter sinken und mit 1,6% einen neuen Tiefstand erreichen.

Die Einnahmen des Staates werden in diesem Jahr um 3,6% und im nächsten Jahr um 3,1% steigen. Dabei ist unterstellt, dass sich die Gewinnablieferung der Deutschen Bundesbank – soweit sie nach den Konventionen der ESVG gebucht wird – auf 8,5 Mrd. Euro (2002) bzw. 7,5 Mrd. Euro (2003) beläuft, nach 6,1 Mrd. Euro im Vorjahr. Die Zunahme der Einnahmen resultiert im laufenden Jahr aus der steigenden Steuer- und Abgabenbelastung. Im nächsten Jahr werden sich die Einnahmen insbesondere infolge der konjunkturellen Erholung erhöhen.

Die Steuereinnahmen, die 2001 aufgrund der ersten Stufe der »Steuerreform 2000« und konjunkturbedingter Einnahmeausfälle kräftig sanken, werden in diesem Jahr um 4,1% zunehmen. Die Anhebung der Öko-, der Tabak- und der Versicherungsteuer, die Fortentwicklung des Unternehmenssteuerrechts und die zur Teilfinanzierung des verbesserten Familienleistungsausgleichs beschlossene Verringerung der Haushalts- und Ausbildungsfreibeträge führen zu erheblichen Mehreinnahmen. Zudem sind Mehreinnahmen aus der verstärkten Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs und der illegalen Beschäftigung im Baugewerbe zu erwarten⁹ (Tab. 3.10). Außerdem wird die Progression des Einkommensteuertarifs wieder voll wirksam. Im Jahr 2003 wird das Steueraufkommen bei der erwarteten konjunkturellen

⁷ Die Frühwarnung drohte, weil die Defizitquote im vergangenen Jahr nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes um knapp einen Prozentpunkt höher ausfiel als im »Deutschen Stabilitätsprogramm 2000« zugrunde gelegt worden war und die EU-Kommission einen Anstieg der Quote auf 2,7% im laufenden Jahr erwartete.

⁸ Zur Einschätzung dieser Beschlüsse vgl. Kasten 4.1.

⁹ Die aus den geplanten gesetzgeberischen, organisatorischen und technischen Maßnahmen des Steuerverkürzungsbekämpfungsgesetzes und aus dem Steuerabzug bei Bauleistungen zu erwartenden Mehreinnahmen lassen sich nur mit großer Unsicherheit quantifizieren; dieser Prognose liegen die Schätzansätze der Bundesregierung zugrunde.

Tab. 3.10
Finanzielle Auswirkungen von Steuerrechtsänderungen¹⁾
Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (-) in Mrd. € gegenüber 2001²⁾

	2002	2003	2004	2005
Steuerreform 2000	-2,1	-6,9	-5,5	-25,2
Reform der Unternehmensbesteuerung	-1,7	0,8	2,9	3,0
Reform des Einkommensteuertarifs	-0,4	-7,7	-8,4	-28,1
1. Stufe	-0,4	-0,8	-1,2	-1,6
2. Stufe		-7,0	-7,2	-7,3
3. Stufe				-19,2
Ökologische Steuerreform	2,7	5,5	5,8	5,9
Einführung einer Entfernungspauschale	-0,5	-0,5	-0,5	-0,5
Gesetz zur Änderung des Mineralölsteuergesetzes	0,0	-0,1	-0,1	-0,1
Förderung von Stiftungen	0,0	0,0	0,0	0,0
2. Gesetz zur Familienförderung (ohne Änderungen beim Kindergeld)		0,9	0,9	1,1
Steuer-Euroglättungsgesetz	-0,1	-0,2	-0,2	-0,2
12. Euro-Einführungsgesetz	0,0	0,3	0,3	0,3
Altersvermögensgesetz	0,0	-0,6	-0,5	-1,1
Unternehmensteuerfortentwicklungsgesetz	0,3	0,0	-0,5	-0,7
Anpassung der amtlichen Branchenabschreibungstabellen	0,0	-1,0	-1,4	-1,7
Alt-Autorichtlinie	-0,2	-0,2	-0,3	-0,3
Erhöhung der Tabaksteuer	1,0	1,1	1,5	1,6
Erhöhung der Versicherungssteuer	0,5	0,5	0,5	0,6
Steuerverkürzungsbekämpfungsgesetz	2,3	2,5	2,6	2,7
Eindämmung illegaler Beschäftigung im Baugewerbe	0,0	0,2	0,3	0,3
Steuerrechtsänderungen insgesamt	3,9	1,6	3,0	-17,2
<i>Nachrichtlich:</i>				
Kindergelderhöhung	-3,1	-3,1	-3,1	-3,1

¹⁾ Ohne makroökonomische Rückwirkungen; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — ²⁾ Soweit die Steuerrechtsänderungen im Jahr 2003 oder später einsetzen, sind die Wirkungen gegenüber dem Rechtsstand des Vorjahres ausgewiesen.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen; Berechnungen der Institute.

Erholung um 3,5% steigen. Dabei stehen den Mehreinnahmen aus der Anhebung der Ökosteuer und der Tabaksteuer sowie denjenigen aus den Maßnahmen zur Finanzierung der im Jahr 2001 in Kraft getretenen Unternehmenssteuerreform die Entlastungen der zweiten Stufe der »Steuerreform 2000« gegenüber: Der Grundfreibetrag wird von 7 235 Euro auf 7 426 Euro erhöht, und die Einkommensteuersätze werden durchgängig, wenn auch nur geringfügig, gesenkt – der Eingangsteuersatz von 19,9% auf 17%, der Spitzensteuersatz von 48,5% auf 47%. Die volkswirtschaftliche Steuerquote wird 2002 von 23,1 auf 23,5% steigen; im kommenden Jahr wird sich das Steueraufkommen im Gleichlauf mit dem nominalen Bruttoinlandsprodukt entwickeln.

Der Anstieg des Beitragsaufkommens der Sozialversicherung dürfte sich in diesem Jahr auf 3% beschleunigen. Entscheidend dafür ist, dass der durchschnittliche Beitragssatz der gesetzlichen Krankenkassen angesichts ihrer Defizite angehoben wurde; er dürfte im Jahresdurchschnitt um 0,4 Prozentpunkte größer sein. Bei der gesetzlichen Rentenversicherung wurde eine Erhöhung dadurch verhindert, dass die Mindestschwankungsreserve von 1,0 auf 0,8 Monatsausgaben verringert wurde. Im Jahr 2003 werden die Beitragseinnahmen ähnlich wie in diesem Jahr zulegen. Die Beschäftigung nimmt wieder zu, und die Tarifverdienste steigen etwas rascher. Außerdem dürfte der Beitragssatz zur Rentenversicherung leicht angehoben werden. Die Summe der Beitragssätze wird im kommenden Jahr aber schwächer als 2002 steigen, und zwar auf 41,4%. Damit würde

man sich weiter von dem 1998 verkündeten Ziel entfernen, die Beitragsbelastung in dieser Legislaturperiode auf unter 40% zu senken.

Die Finanzlage des Staates wird sich in diesem Jahr leicht verbessern. Das Budgetdefizit dürfte sich von 56 Mrd. auf 49 Mrd. Euro verringern, was in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt einem Rückgang von 2,7% auf 2,3% gleichkommt; die 3-Prozent-Obergrenze für das Defizit wird also nicht überschritten. Erst im nächsten Jahr werden die Fehlbeträge merklich sinken, da die konjunkturelle Erholung den Haushalt entlastet und die Konsolidierungsbemühungen intensiviert werden. Wird ein Sparpaket mit dem hier unterstellten Volumen umgesetzt, geht das Defizit auf 34 Mrd. Euro bzw. 1,6% des Bruttoinlandsprodukts zurück. Bei der Sozialversicherung zeichnet sich für dieses Jahr ein geringer Fehlbetrag, für das kommende Jahr ein ausgeglichener Haushalt ab.

Die Bundesregierung hat der EU zugesagt, dass das Defizit der öffentlichen Haushalte im Jahr 2004 bei den im Stabilitätsprogramm unterstellten Wachstumsraten für das reale Bruttoinlandsprodukt¹⁰ »nahezu null« betragen wird, was nach gängiger Interpretation einer Defizitquote von bis zu 0,5% entspricht.¹¹

4. Zur Wirtschaftspolitik

Im Frühjahr 2002 steht die deutsche Wirtschaft vor einem konjunkturellen Aufschwung. Die vorangegangene leichte Rezession konnte entgegen vielfach geäußerter Befürchtungen vergleichsweise rasch überwunden werden, wozu vor allem die sich festigende Auslandskonjunktur und zuletzt auch die expansive Politik der EZB beitrugen; stützend wirkte ferner, dass die Rohölpreise in der zweiten Jahreshälfte 2001 deutlich sanken.

¹⁰ Die Bundesregierung unterstellt, dass das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2002 um 3/4% und in den folgenden beiden Jahren um jeweils 2,5% zunimmt.

¹¹ Anders als die Bundesregierung misst die Europäische Kommission – ebenso wie die Institute – den Erfolg bei der Konsolidierung am konjunkturbereinigten und nicht am tatsächlichen Haushaltssaldo. Für Deutschland hält die Kommission einen ausgeglichenen konjunkturbereinigten Budgetsaldo für erforderlich; aufgrund von Unsicherheiten bei der Schätzung dieses Saldos würde sie eventuell auch ein strukturelles Defizit von 0,5% des Bruttoinlandsprodukts als mit den Zielen des Stabilitäts- und Wachstumspakts vereinbar sehen. Vgl. hierzu European Commission (2001), Public Finances in EMU – 2001, in: European Economy, (3), S. 38f.

Trotz der Risiken, die sich durch die weltpolitische Lage und, damit zusammenhängend, aus der Unsicherheit über den Ölpreis ergeben, erscheint der Aufschwung aus heutiger Sicht nicht besonders gefährdet. Für eine nachhaltige Aufwärtsentwicklung kommt es nun darauf an, dass die einzelnen Bereiche der Wirtschaftspolitik ihre mittelfristige Orientierung beibehalten. Die Geldpolitik muss primär darauf bedacht sein, die Preisstabilität zu sichern. Trotz aktuell hoher Inflationsraten sind die Aussichten gut, dass dies im Prognosezeitraum gelingt. Mit ihrem Kurs wird sie die Entfaltung des Aufschwungs nicht gefährden. Es ist wichtig, dass die Notenbank beim Erreichen des Stabilitätsziels von der Lohnpolitik unterstützt wird. Moderate Lohnsteigerungen, wie die Institute sie für den Euroraum und auch für Deutschland erwarten, tragen dazu bei, die Inflationsrisiken zu begrenzen.

Vor einer besonderen Herausforderung steht derzeit die Finanzpolitik in Deutschland. Es müssen einschneidende Maßnahmen ergriffen werden, um die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren. Die Bundesregierung hat sich im Februar dieses Jahres gegenüber dem Ecofin-Rat abermals verpflichtet, im Jahr 2004 bei den im Stabilitätsprogramm unterstellten Wachstumsraten ein annähernd ausgeglichenes Staatsbudget zu erreichen. Von diesem Ziel sollten keine Abstriche gemacht werden; ansonsten würde die Finanzpolitik weiter an Glaubwürdigkeit verlieren.

Unterstrichen wurde dieses Versprechen durch den Beschluss des Finanzplanungsrats, den Ausgabenanstieg bei den Gebietskörperschaften in den beiden kommenden Jahren eng zu begrenzen. Die Vorgabe für die Staatsausgaben ist sehr ehrgeizig, doch kann die für 2004 versprochene Konsolidierung nur auf diese Weise erreicht werden, ohne die Steuern anzuheben. Daher befürworten die Institute dieses Ziel.

Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte wurde bislang nicht so intensiv betrieben, wie es in den Stabilitätsprogrammen vorgesehen worden war. Anders als von der Bundesregierung angekündigt, wurde die Ausgabenquote bisher nicht deutlich verringert. Selbst bei dem beabsichtigten strikten Sparkurs bliebe diese Quote im Jahr 2004 um 2 1/2 Prozentpunkte über dem im Stabilitätsprogramm 2000 angegebenen Niveau. Höher als angekündigt ist auch die Belastung mit Steuern und Sozialabgaben; sie sollte eigentlich spürbar gesenkt werden. Insofern wurden die selbst gesetzten Ziele der Finanzpolitik verfehlt.

Die Haushaltskonsolidierung sollte prinzipiell auf der Ausgabenseite ansetzen. Dies haben die Institute in ihren Gutachten immer wieder empfohlen. Entsprechend haben sie zu verschiedenen Zeitpunkten jeweils den Ausgabenpfad berechnet, der zum Erreichen des geplanten Haushaltsausgleichs notwendig gewesen wäre. Von daher ist der Ansatz, den der Finanzplanungsrat gewählt hat, zu begrüßen.

Zusätzliche Steuererhöhungen sollten ausgeschlossen werden, denn eine Zunahme der ohnehin hohen Abgabenbelastung würde das Wirtschaftswachstum beeinträchtigen.¹² Die Erwartung einer sinkenden Steuer- und Abgabenbelastung kann am besten dadurch gefördert werden, dass ein entsprechender Verlauf der Ausgaben verbindlich vorgegeben und dann auch eingehalten wird. Nur wenn der Staat spart, können auch die Steuern gesenkt werden.

Damit die Bundesregierung die auf europäischer Ebene gemachten Zusagen einhalten kann, muss sichergestellt sein, dass sich alle Gebietskörperschaften an die Vorgaben für den jeweiligen Ausgabenpfad halten. Hier sind klare Regeln erforderlich, die im Rahmen eines Nationalen Stabilitätspakts auch durchgesetzt werden müssen. Schließlich hängt das Erreichen einer Defizitquote von 0,5% auch davon ab, dass sich die konjunkturelle Expansion im Jahr 2004 nicht allzu sehr abschwächt. »Garantien« hierfür kann es natürlich nicht geben, zumal die deutsche Wirtschaft sehr stark von der Auslandskonjunktur abhängig ist.

Vorgaben für das tatsächliche Budgetdefizit sind nicht sinnvoll; denn es kann sein, dass sie allein deshalb nicht eingehalten werden können, weil die Konjunktur anders verläuft als erwartet. So haben die Institute immer wieder dafür plädiert, die finanzpolitisch wichtigen Größen strukturell, also um konjunkturelle Effekte bereinigt, zu betrachten – eine Sicht, die auch die EU-Kommission teilt. Bezogen auf das Konsolidierungsziel für das Jahr 2004 kommt es somit darauf an, das strukturelle Defizit abzubauen und entsprechend den Anstieg der konjunkturbereinigten Ausgaben eng zu begrenzen. Dazu sind diskretionäre Maßnahmen in großem Umfang nötig. Von einmal beschlossenen Sparplänen sollten keine Abstriche gemacht werden, wenn die Konjunktur besser läuft als unterstellt; umgekehrt sollte das Sparen nicht verstärkt werden, wenn sich die Konjunktur unerwartet abschwächt. Entscheidend ist, dass das Budget in struktureller Rechnung in etwa ausgeglichen wird.

Die Europäische Zentralbank stand im vergangenen Jahr vor einer schwierigen Aufgabe. Zum einen ging es darum, dem konjunkturellen Abschwung entgegenzuwirken und auf die besonderen Risiken, die sich durch die Terroranschläge vom 11. September ergaben, zu reagieren. Zum anderen expandierte die Geldmenge M3 in hohem Tempo, der Referenzwert wurde zur Jahreswende 2001/2002 so deutlich überschritten wie nie zuvor im Euroraum; gleichzeitig blieb der Preisanstieg oberhalb der Marke von 2%. In diesem Umfeld war es nicht leicht zu beurteilen, welcher Kurs angemessen war; entsprechend schwierig war es, die Zwei-Säulen-Strategie zu vermitteln. Allerdings waren für die Zielab-

¹² Die Belastung mit Sozialabgaben sollte ebenfalls nicht zunehmen. Entsprechend muss auch der Anstieg der Ausgaben der Sozialversicherung begrenzt werden; das gilt insbesondere für das Gesundheitswesen.

weichungen vor allem Sonderfaktoren verantwortlich; die EZB besitzt daher nach wie vor ein hohes Maß an Glaubwürdigkeit, was sich nicht zuletzt an den niedrigen Inflationserwartungen zeigt.

Was die erste Säule der EZB-Strategie betrifft, so war das Urteil offenbar richtig, dass vor allem Sonderfaktoren für die rasche Expansion der Geldmenge M3 verantwortlich sind. Nach ihrem Abklingen bildete sich der Anstieg der Geldmenge wieder zurück. Auch wenn dieser Prozess im Frühjahr 2002 noch nicht abgeschlossen ist und der Referenzwert immer noch deutlich überschritten wird, dürfte von der Geldmengenentwicklung keine Gefahr für die Preisstabilität ausgehen, da sie die nachfragewirksame Liquidität derzeit überzeichnet. Die langfristige Stabilität der Geldnachfrage dürfte intakt und die Geldmenge M3 als Indikator für die Inflation auf mittlere Sicht weiterhin tauglich sein. Dies spricht für die Beibehaltung dieser Säule.

Wenn auch die bisherige Entwicklung der Geldmenge nach dem Urteil der Institute keine Inflationsgefahren signalisiert, ist damit nicht gesagt, dass das gegenwärtige Niveau der Leitzinsen über den gesamten Prognosezeitraum beibehalten werden sollte. Bei anziehender Konjunktur eröffnen sich den Unternehmen Preiserhöhungsspielräume, die durch die Geldpolitik rechtzeitig so weit begrenzt werden müssen, dass das Ziel der Preisstabilität nicht gefährdet wird. Die Institute erwarten, dass die EZB die Zinsen im Prognosezeitraum anheben wird, und zwar um insgesamt einen halben Prozentpunkt. Eine restriktive Geldpolitik ist damit jedoch nicht verbunden. Vielmehr werden die Leitzinsen dann in etwa auf einem neutralen Niveau sein, was angemessen ist, wenn – wie die Institute prognostizieren – die Produktionslücke im kommenden Jahr in etwa geschlossen wird und die Inflationsrate annähernd dem Zielwert entspricht. Im Übrigen ergibt sich eine Zinsanhebung auch im Rahmen der ersten Säule der EZB-Strategie: Bei anziehender Konjunktur nimmt die Geldnachfrage zu; um die Expansion der nachfragewirksamen Geldmenge auf dem stabilitätsgerechten Pfad zu halten, müssen die Zinsen angehoben werden.

Der Kurs der Geldpolitik wird nicht zuletzt durch die voraussichtliche Lohnentwicklung beeinflusst. Steigen die Löhne stärker als mit der Rate, die sich aus dem mittelfristigen Zuwachs der Produktivität zuzüglich der Zielrate der EZB für die Inflation ergibt, erhöht dies den Kostendruck für die Unternehmen und führt zu stärkeren Preisanhebungen. In diesem Fall würde die EZB die Zinsen – nach Ansicht der Institute zu Recht – früher und auch stärker anheben als in dieser Prognose unterstellt, mit der Folge, dass das gesamtwirtschaftliche Expansionstempo geringer ausfiele als vorausgesagt. Bei stabilitätswidrigen Lohnerhöhungen wäre der Anstieg der Beschäftigung somit geringer. Auch von daher sollten die Tariflöhne im Euroraum nur moderat angehoben werden.

Es wäre viel gewonnen, wenn glaubhaft gemacht werden könnte, dass die Zunahme der Löhne in den kommenden Jahren stabilitätskonform bleibt. Gemäß dem Stabilitätsziel der EZB wäre dies dann der Fall, wenn der Anstieg der Lohnstückkosten im Euroraum nicht über 1,5% hinausginge. Um der EZB Sicherheit zu geben, dass die Preisniveaustabilität von der Lohnseite her nicht gefährdet ist, muss der Politik der Lohnmoderation Glaubwürdigkeit verliehen werden. Eine Möglichkeit hierfür besteht darin, die Tarifverträge nicht wie üblich für das laufende, sondern ein Jahr im Voraus für eine Laufzeit von zwei Jahren abzuschließen.¹³ Dies würde der Geldpolitik frühzeitig signalisieren, wie der Kurs der Lohnpolitik mittelfristig einzuschätzen ist. Allerdings ist bei alledem zu bedenken, dass es eine »Lohnpolitik« auf europäischer Ebene nicht gibt. Es wäre schon viel gewonnen, wenn in den großen Ländern die Weichen entsprechend gestellt würden. Gibt es mehr Sicherheit darüber, dass die Lohnpolitik im Euroraum moderat bleiben wird, können die Zinsen niedriger sein, als es sonst der Fall wäre.

Ist der Anstieg der Löhne geringer als die Rate, die sich aus dem mittelfristigen Produktivitätszuwachs zuzüglich der Zielinflationsrate ergibt, steigt das Produktionspotential in der Volkswirtschaft vorübergehend schneller, weil sich die Angebotsbedingungen verbessern. Ein höheres Potentialwachstum würde dazu führen, dass der Referenzwert für die Geldmengenexpansion durch die EZB angehoben werden könnte. Dies bedeutet nicht, dass eine Abstimmung zwischen der Geldpolitik und der Lohnentwicklung im Sinne einer Ex-ante-Koordination wünschenswert oder notwendig ist. Sie wäre auch wegen des Statuts der EZB nicht möglich. Die Geldpolitik darf keine Vorleistung erbringen und ihre Politik ändern in der (ungewissen) Hoffnung, die Löhne würden nur sehr moderat steigen.

Zur Geldpolitik

Seit Mitte 2001 liegt der Anstieg der Geldmenge M3 deutlich über dem Referenzwert von 4,5%. Gleichzeitig ist die Umlaufgeschwindigkeit stark gefallen, nachdem sie sich seit Beginn der Währungsunion sehr nahe entlang des geschätzten linearen Trends bewegt hatte. Ein Grund dafür kann sein, dass Sondereffekte vorübergehend zu einer Instabilität der Geldnachfrage geführt haben. Eine ähnliche Abweichung war schon einmal, nämlich in Deutschland 1993/94, zu beobachten; damals fiel die Umlaufgeschwindigkeit der Geldmenge M3 drastisch.

Für das Vorliegen von temporären Einflüssen spricht, dass die Geldmenge M3 im vergangenen Jahr stark durch Port-

¹³ Dieser Vorschlag wurde in einem früheren Gutachten von den Instituten erläutert. Vgl. Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute (2001), Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2001, ifo Schnelldienst 54 (7), S. 35f.

foliounsicherungen beeinflusst wurde. Das starke Anziehen der Geldmenge M3 seit dem Frühjahr 2001 wurde durch eine spürbare Zunahme der marktfähigen Finanzinstrumente (Repogeschäfte, Geldmarktfondsanteile sowie Geldmarktpapiere und Schuldverschreibungen von bis zu zwei Jahren) gespeist, die zeitweise mit Raten von mehr als 20% (saisonbereinigt, laufende Jahresrate) gestiegen sind. Diese starke Zunahme dürfte darauf zurückzuführen sein, dass längerfristige Finanzanlagen (einschließlich Aktien) infolge der Aktienkursverluste und der Unsicherheit an den Finanzmärkten umgeschichtet worden sind. Der Gesamteffekt ist zwar kaum zu quantifizieren; er ist aber wohl bedeutsam, denn das Geldkapital bei den Banken ist in dieser Zeit relativ wenig ausgeweitet worden.

Der seit Herbst 2001 zu beobachtende Rückgang der laufenden Zuwachsraten von M3 ging einher mit einer leichten Abnahme des Volumens der marktfähigen Finanzinstrumente. Da die Zinsstrukturkurve steiler geworden ist, dürfte wieder verstärkt in längerfristige Anlagen umgeschichtet werden. Damit wird eine Normalisierung der Geldmengenerweiterung einhergehen. Wenn die These zutrifft, wofür vieles spricht, dass allein temporäre Faktoren für den hohen Geldmengenzuwachs verantwortlich waren, würde die rasche Expansion von M3 keinen Liquiditätsüberhang signalisieren. Entsprechend wäre zu erwarten, dass M3 in nächster Zeit sehr langsam steigt; vorübergehend muss in der laufenden Entwicklung die Rate von 4,5% sogar – wie bereits teilweise in den vergangenen Monaten – unterschritten werden, wenn der Referenzwert, der für den Anstieg der Geldmenge im Vorjahresvergleich definiert ist, erreicht werden soll. Dies wäre jedoch kein Hinweis auf eine zu restriktive Geldpolitik, da ja lediglich die Sonderfaktoren an Einfluss verlieren. Ähnlich wie es in der vergleichbaren Phase 1993/94 in Deutschland der Fall war, wäre für den Euroraum damit zu rechnen, dass sich die Umlaufgeschwindigkeit wieder auf das Niveau zubewegt, das sich ohne die Sonderfaktoren ergeben hätte. Für die erste Säule der geldpolitischen Strategie der EZB bedeutete dies, dass die Geldnachfrage mittelfristig stabil geblieben ist, ähnlich wie in den neunziger Jahren in Deutschland. Das hieße auch, dass sich an der Ableitung des Referenzwerts für die Geldmenge M3 von daher nichts ändert.

Der Anstieg des HVPI im Euroraum liegt seit Anfang des Jahres im Vorjahresvergleich wieder deutlich über der Marke von 2%. Den gegenwärtig sehr kräftigen Preisanstieg betrachtet die EZB aber zu Recht als ein vorübergehendes Phänomen, auf das geldpolitisch nicht reagiert werden sollte. Er ist das Resultat verschiedener, sich überlagernder einmaliger Preisschübe. So übt der Rohölpreis weiterhin einen großen Einfluss auf die ausgewiesene Inflationsrate aus. Obwohl er sich im Jahr 2001 wieder zurückgebildet hat, wirken die indirekten Effekte der vorangegangenen Verteuerung dieses wichtigen Rohstoffs noch nach. In den vergan-

genen Wochen ist der Rohölpreis erneut merklich gestiegen und hat damit direkt preiserhöhend gewirkt. Für den Prognosezeitraum ist unterstellt, dass er wieder leicht sinkt.

Im Bereich der Nahrungsmittelpreise wirkten in den vergangenen zwölf Monaten zwei größere Schocks: Zum einen stiegen im Frühjahr 2001 die Preise der Fleisch- und Molkereiprodukte sowie ihrer Substitute im Zusammenhang mit den Tierseuchen sprunghaft, zum anderen erhöhten sich zu Beginn des Jahres 2002 witterungsbedingt die Preise für Gemüse und Obst. Bei einem Gewicht der Nahrungsmittel von reichlich 20% im Warenkorb des HVPI trägt der Anstieg dieser Preise allein rund einen Prozentpunkt zur aktuellen Inflationsrate bei.

Preistreibend wirkte zu Beginn dieses Jahres auch die Anhebung indirekter Steuern und administrierter Preise in einigen europäischen Ländern wie Spanien und Italien, vor allem aber in Deutschland. Auch die Einführung des Euro-Bargelds dürfte zu Jahresbeginn mit einem, wenn auch schwachen, Preisschub einhergegangen sein; Eurostat schätzt den Einfluss auf die Inflation im Euroraum als gering ein (0 bis 0,16 Prozentpunkte des Anstiegs des HVPI im Januar).

Alles in allem verzerrt somit eine Reihe von Sonderfaktoren derzeit das Bild der zugrunde liegenden Preisentwicklung. Für sich genommen begründen die derzeit erhöhten Inflationsraten keinen geldpolitischen Handlungsbedarf. Umgekehrt kann das erwartete Abklingen der transitorischen Effekte aber nicht als Indiz dafür gesehen werden, dass sich die Preistendenz abgeschwächt habe. Entscheidend für die Geldpolitik ist vielmehr, ob es wegen der aktuell höheren Inflationsraten zu Zweitrundeneffekten kommt. Sobald es dafür Anzeichen gibt, ist eine rasche geldpolitische Reaktion erforderlich. Die Institute rechnen für den Prognosezeitraum jedoch nicht mit solchen Effekten. So dürften die Löhne im Euroraum moderat steigen. Allerdings nehmen die Preiserhöhungsspielräume im Zuge der konjunkturellen Erholung etwas zu. Die Institute erwarten daher, dass die EZB die Leitzinsen um insgesamt einen halben Prozentpunkt anheben wird. Dies halten sie im Großen und Ganzen für angemessen.

Zur Lohnpolitik

Die Lohnentwicklung in Deutschland war in den vergangenen zwei Jahren stabilitätsgerecht. Sie hat damit die Angebotsbedingungen verbessert und insofern eine Ausweitung der Beschäftigung ermöglicht. Ohne diesen maßvollen Kurs wären die Belastungen durch den Ölpreisschock noch erheblich schwerer zu bewältigen gewesen als sie es ohnehin schon waren. Die relativ hohen Lohnforderungen, mit denen die diesjährige Lohnrunde eingeleitet wurde, haben Be-

fürchtungen aufkommen lassen, dass die Lohnpolitik ihren moderaten Kurs verlassen wird. Die Institute gehen bei ihrer Prognose aber davon aus, dass es angesichts der großen, zunächst sogar noch weiter steigenden Arbeitslosigkeit und sinkender Inflationsraten auch in dieser Tarifrunde zu Abschlüssen kommt, die einerseits Beschäftigungserfordernissen Rechnung tragen, die andererseits aber auch der EZB keine Inflationsgefahren signalisieren. Die in der Prognose unterstellten Lohnsteigerungen von reichlich 2 1/2% werden diesen Anforderungen gerecht. So geht von den Lohnstückkostenveränderungen in Höhe von 1,3% in diesem und nur 0,7% im nächsten Jahr keine Gefahr für die Preisstabilität aus. Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen wird bei diesen im EWU-Vergleich moderaten Lohnzuwächsen sogar noch zunehmen.

Zur Finanzpolitik

Die Finanzpolitik in Deutschland befindet sich in einer schwierigen Lage. Die konjunkturelle Schwäche und die spürbaren Steuersenkungen, aber auch die steigenden Ausgaben vor allem bei der Krankenversicherung, haben im vergangenen Jahr das Finanzierungsdefizit des Staates auf 2,7% des Bruttoinlandsprodukts steigen lassen. Es lag damit nahe an der im Stabilitäts- und Wachstumspakt festgelegten Defizitobergrenze von 3% und um etwa einen Prozentpunkt über jenem Wert von 1 1/2%, den die Bundesregierung im Stabilitätsprogramm anvisiert hatte. Auch ging das strukturelle Defizit nicht mehr zurück, sondern wurde durch die erste Stufe der »Steuerreform 2000« sogar noch kräftig ausgeweitet (Tab. 4.1). Folglich war es nicht überraschend, dass die EU-Kommission zu Beginn dieses Jahres dem Rat der Wirtschafts- und Finanzminister der EU empfahl, eine haushaltspolitische Frühwarnung an Deutschland auszusprechen. Die Bundesregierung konnte diese Frühwarnung durch die Zusage abwenden, das staatliche Budget im Jahr 2004 in etwa auszugleichen. Sie hat auf die aktuelle Zielverfehlung mit der Ankündigung einer harten Gangart bei der Konsolidierung reagiert. Insgesamt veranschlagen die Institute, wie oben beschrieben, den Umfang der notwendigen Einsparungen für die Jahre 2003 und 2004 auf rund 16 Mrd. Euro.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach der Glaubwürdigkeit des Konsolidierungskurses in noch schärferer Form als im vergangenen Jahr. Mit der Zusage, am Konsolidierungsziel für 2004 festzuhalten, hat sich die Bundesregierung unter Zugzwang gesetzt und ist nun einem doppelten Risiko ausgesetzt. Entweder sie hält die Zusage ein, dann muss sie ein Konsolidierungsprogramm verabschieden, das Produktion und Beschäftigung in beiden Jahren möglicherweise deutlich dämpft. Oder sie verzichtet auf intensiviertere Sparmaßnahmen, dann riskiert sie den Verlust ihrer finanzpolitischen Glaubwürdigkeit. Auch dies könnte schädliche Nebenwirkungen haben. Erstens müssten auf europäischer Ebene dann die Sanktionsmechanismen zur Durchsetzung einer nachhaltigeren Haushaltskonsolidierung greifen. Zweitens bliebe die Beanspruchung des Kapitalmarkts durch den Staat hoch, und die Risikoprämien auf deutsche Anleihen würden steigen. Drittens könnten die privaten Haushalte auf längere Sicht höhere Steuern erwarten und versuchen, diese zum Teil durch einen Konsumverzicht in der Gegenwart zu finanzieren. Viertens blieben die finanzpolitischen Spielräume für Steuersenkungen und In-

Tab. 4.1
Strukturelle Budgetsalden in den EWU-Ländern
Schätzungen verschiedener Institutionen

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
EU-Kommission	-3,5	-2,8	-3,7	-3,1	-2,1	-1,5	-0,7	-0,8	-1,6	-1,3
OECD	-2,1	-1,7	-2,8	-2,5	-1,8	-1,4	-0,9	-1,3	-2,0	-1,5
IMF	-3,1	-2,5	-3,4	-2,8	-1,7	-1,4	-0,8	-1,3	-1,9	-1,2
EU-Kommission	-6,3	-4,5	-3,9	-2,7	-1,4	-0,4	-0,1	-0,1	0,2	0,3
OECD	-6,8	-4,5	-4,0	-2,6	-1,6	-0,4	-0,5	-0,7	-0,2	0,6
IMF	-6,4	-3,2	-2,8	-1,7	-0,7	0,5	0,3	-0,2	0,1	0,4
EU-Kommission	-1,8	-1,4	-0,4	-0,6	-0,9	0,8	1,2	5,1	3,9	4,1
OECD	0,8	0,8	1,0	0,5	0,1	1,8	2,1	5,6	4,0	3,4
IMF	-1,0	-0,7	0,3	0,4	0,1	2,0	2,5	7,0	5,9	4,5
EU-Kommission	-6,6	-6,2	-6,1	-3,3	-2,2	-2,2	-1,3	-1,3	-1,2	-1,0
OECD	-6,0	-4,6	-4,6	-2,9	-1,8	-2,1	-1,4	-1,6	-1,7	-1,7
IMF	-3,7	-3,6	-3,8	-2,0	-1,0	-1,6	-0,9	-1,2	-1,2	-1,5
EU-Kommission	-13,0	-9,3	-9,5	-7,1	-4,2	-2,7	-1,4	-0,8	-0,3	-0,2
OECD	-11,9	-8,3	-8,6	-6,0	-3,2	-0,9	-0,5	-0,8	-0,3	0,3
IMF	-16,3	-10,5	-9,7	-6,5	-3,4	-2,0	-1,6	-1,2	-0,2	0,3
EU-Kommission	-0,9	0,1	-1,1	0,8	0,7	1,9	1,4	3,1	2,8	2,8
OECD	-0,9	0,0	-1,3	0,5	1,0	2,3	1,6	2,8	2,0	2,2
IMF	-0,5	0,1	-1,9	0,1	0,5	1,7	3,2	2,7	0,7	0,8
EU-Kommission	-8,6	-8,5	-7,5	-6,7	-2,4	-2,5	-1,2	-1,3	-1,3	-1,2
OECD	-8,7	-8,2	-7,3	-6,5	-2,0	-2,0	-0,7	-0,8	-0,6	0,1
IMF	-8,4	-8,0	-7,1	-6,3	-1,7	-1,8	-0,6	-0,7	-0,5	-0,6
EU-Kommission	-2,4	-3,2	-3,2	-0,8	-0,5	-0,6	0,7	0,7	0,2	0,9
OECD	-3,5	-4,7	-4,4	-2,1	-1,6	-1,6	-0,7	0,3	0,9	1,1
IMF	-1,9	-2,8	-3,1	-0,9	-0,8	-1,4	-0,7	0,1	0,0	0,3
EU-Kommission	-4,4	-6,1	-6,1	-3,7	-1,2	-2,0	-1,9	-1,5	-0,7	0,0
OECD	-4,1	-4,9	-4,9	-3,6	-1,6	-2,5	-2,4	-1,9	0,0	-0,1
IMF	-3,7	-4,7	-4,8	-3,6	-1,2	-1,7	-1,7	-1,5	0,7	1,2
EU-Kommission	-6,5	-6,2	-3,9	-3,6	-2,5	-2,4	-2,2	-2,0	-1,7	-1,6
OECD	-5,4	-5,2	-3,9	-3,6	-2,6	-2,5	-2,4	-2,3	-1,6	-0,9
IMF	-6,5	-6,1	-3,4	-3,3	-2,3	-2,2	-2,7	-2,5	-3,0	-2,0
EU-Kommission	-6,1	-6,4	-6,9	-4,0	-2,6	-2,4	-1,2	-0,8	-0,2	0,0
OECD	-5,2	-4,5	-4,8	-2,7	-1,4	-1,5	-0,8	-0,5	0,0	0,0
IMF	-6,2	-6,3	-6,2	-3,2	-1,9	-2,0	-1,2	-0,9	-0,4	0,3

Quellen: Europäische Kommission, Europäische Wirtschaft, OECD, Economic Outlook; IMF, World Economic Outlook.

vestitionen, die sich durch die im Zuge der deutschen Vereinigung in den neunziger Jahren entstandene hohe Schuldenlast verengt haben, stark eingeschränkt. All dies könnte ebenfalls Wachstum und Beschäftigung deutlich beeinträchtigen.

Die Institute haben wiederholt darauf hingewiesen, dass ein finanzpolitischer Konsolidierungskurs, der sich auf Vorgaben für das tatsächliche Defizit beschränkt, immer wieder die Frage nach der Glaubwürdigkeit provoziert. Denn dieses Defizit kann die Regierung zwar beeinflussen, aber nicht kontrollieren. Bei jedem konjunkturellen Abschwung gerät, wie das vergangene Jahr wieder gezeigt hat, die Regierung infolge zyklisch bedingter höherer Ausgaben und niedrigerer Einnahmen in Gefahr, ihr Ziel zu verfehlen. Ähnliche Erfahrungen musste die Regierung in den USA Anfang der neunziger Jahre machen. Nachdem dort ein an Defizitziele orientierter Kurs gescheitert war, wurden Konsequenzen gezogen, indem die konjunkturabhängigen konsumtiven Ausgaben über mehr als ein halbes Jahrzehnt hinweg nur noch im Ausmaß der Inflationsrate steigen durften. Die Institute haben deshalb im Frühjahr 2001 vorgeschlagen, dass der Konsolidierungskurs – ähnlich wie in den USA – an den konjunkturunabhängigen Ausgaben orientiert sein sollte.¹⁴ Außerdem sollte der mittelfristig vorgegebene Ausgabenpfad so konzipiert sein, dass das Defizit bei normaler Konjunktur auf ungefähr null sinkt. Eine solche Strategie würde die konjunkturelle Stabilisierungsfunktion der öffentlichen Haushalte weitgehend bewahren und gleichzeitig die Glaubwürdigkeit der Konsolidierungsbemühungen erhalten, wenn es in konjunkturellen Schwächephasen zu höheren Fehlbeträgen als geplant kommt. Ein solches Konzept kann auch in der derzeitigen Situation als Orientierung dienen.

Unter den gegenwärtigen Umständen halten es die Institute für unumgänglich, dass die Bundesregierung, will sie ihre Glaubwürdigkeit bei der Konsolidierung erhalten, ein verschärftes Konsolidierungsprogramm auflegt, das an der Ausgabenseite ansetzt. Die jüngsten Beschlüsse des Finanzplanungsrats zum Ausgabenpielraum der Gebietskörperschaften deuten darauf hin, dass dieser Weg beschritten werden soll. Notwendig wäre für das kommende Jahr nach Berechnungen der Institute ein Sparpaket in einer Größenordnung von 8 Mrd. Euro: Das Einsparvolumen entspricht in etwa dem des im Jahr 2000 verwirklichten Sparpakets. Im Rahmen einer qualitativen Haushaltskonsolidierung ist es dabei erforderlich, den investiven Staatsausgaben, die die Wachstumskräfte stärken, eine höhere Priorität einzuräumen und die Einsparungen auf die konsumtiven Staatsausgaben zu beschränken. Da-

bei sind auch Einschnitte bei den Personalausgaben nicht zu vermeiden. Allerdings sind auch bei den Investitionsausgaben Kürzungen zu befürchten, da die Kommunen – der größte staatliche Investor – erfahrungsgemäß zuerst bei den investiven Ausgaben den Rotstift ansetzen. Dies gilt um so mehr, wenn die Kommunen durch eine Kürzung von Zuweisungen im Konsolidierungsprozess unter Druck geraten.

Gelingt es im Jahr 2004 – bei dem unterstellten Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts von 2,5% – den Ausgabenzuwachs, wie in der Prognose auch für 2003 angenommen, auf 1,5% zu begrenzen, dürfte die Defizitquote 2004 auf 0,5% sinken. Ein Programm in der genannten Größenordnung würde bedeuten, dass der Kurs der Finanzpolitik in den kommenden beiden Jahren deutlich restriktiv ist, mit den bereits erwähnten Konsequenzen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung.

Sofern das Sparpaket eine Rückführung von Ausgaben mit investivem Charakter enthalten sollte, drohen Wachstumspotentiale, die sich aus hohem Bildungsstand und moderner Infrastruktur ergeben, verloren zu gehen oder gar nicht erschlossen zu werden. Dies würde die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands und insbesondere Ostdeutschlands, wo noch erheblicher Modernisierungsbedarf bei der Infrastruktur besteht, auf lange Zeit belasten. Ein solches Vorgehen würde allen Bemühungen um eine qualitative Konsolidierung zuwider laufen, die eine absolute und relative Ausweitung der öffentlichen Investitionen zum Ziel haben. Schon jetzt ist der Anteil der öffentlichen Investitionen am Bruttoinlandsprodukt in Deutschland einer der niedrigsten im internationalen Vergleich.

Institutionell ist dafür Sorge zu tragen, dass alle Gebietskörperschaften entsprechend ihrer Finanzkraft in das Konsolidierungsprogramm einbezogen werden. Die Bildung eines nationalen Stabilitätspakts, in dem die Konsolidierungsbeiträge auch von Ländern und Gemeinden unter Festlegung von Sanktionen verbindlich geregelt werden, ist unumgänglich. Die jüngsten Beschlüsse des Finanzplanungsrats sind ein Schritt in diese Richtung (Kasten 4.1). Es wäre empfehlenswert, diesen Pakt mit einer Reform der kommunalen Finanzen zu verbinden, die die Autonomie und die Finanzkraft der Gemeinden grundlegend stärkt. Eine solche Reform ist schon auf kurze Sicht für den Konsolidierungsprozess von erheblicher Bedeutung. Bleibt nämlich die Finanzlage der Gemeinden prekär, dann können sie ihren Konsolidierungsbeitrag im Wesentlichen nur in Form von Kürzungen der Investitionsausgaben leisten.

Der Erfolg einer Haushaltskonsolidierung hängt auch davon ab, dass die gesamtwirtschaftliche Entwicklung günstig verläuft, zumal sich das Ziel auf das tatsächliche und nicht

¹⁴ Vgl. Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute (2001), Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2001, ifo Schnelldienst 54 (7), S. 32.

Kasten 4.1

Zu den Vereinbarungen des Finanzplanungsrats

Ein Schwachpunkt bei der Haushaltskonsolidierung in Deutschland ist das Fehlen eines Nationalen Stabilitätspakts. Es gab bisher keine verbindliche Vereinbarung, wie in der föderativ strukturierten Bundesrepublik Deutschland Länder und Gemeinden zum Erreichen der Konsolidierungsziele in die Pflicht zu nehmen sind. Am 21. März 2002 haben Bund und Länder im Finanzplanungsrat, der für die Koordinierung der einzelnen Haushaltsebenen zuständig ist, jedoch einen für die Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts bedeutsamen Beschluss gefasst: Die im vergangenen Jahr im Solidarpaktfortführungsgesetz festgeschriebenen, für 2005 geplanten Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern zur Rückführung der Nettoneuverschuldung mit dem Ziel ausgeglichener Haushalte^{a)} sollen in einem einvernehmlichen Gesetzgebungsverfahren noch in dieser Legislaturperiode des Deutschen Bundestages in Kraft gesetzt werden. Unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Möglichkeiten von Bund, Ländern und Kommunen, Einnahmen und Ausgaben zu beeinflussen, wurde ferner für die Jahre 2003 und 2004 vereinbart, dass der Bund seine Ausgaben um durchschnittlich 1/2 % pro Jahr vermindern wird und dass Länder und Gemeinden ihr jährliches Ausgabenwachstum auf jeweils 1 % im Jahresdurchschnitt begrenzen. Dabei liegt eine Aufteilung des 2004 zulässigen Defizits von 55 zu 45 auf die Gesamtheit von Ländern und Gemeinden auf der einen und den Bund und die Sozialversicherung auf der anderen Seite zugrunde.^{b)} Ausgabenverlagerungen zwischen den staatlichen Ebenen sollen finanziell ausgeglichen werden. Die Länder, die früher stets auf Art. 109 Abs. 1 GG hingewiesen hatten, nach dem Länder und Gemeinden in ihrer Haushaltsführung selbständig und voneinander unabhängig sind, haben mit diesem Beschluss erstmals ihre Verantwortung für die Einhaltung der von Deutschland eingegangenen Verpflichtungen anerkannt. Das Ziel eines ausgeglichenen Gesamthaushalts wurde akzeptiert und die Rückführung der Neuverschuldung konkreter als bisher festgelegt. Wird die angekündigte Gesetzesänderung in diesem Rahmen umgesetzt, dann kommt Deutschland formal der sich aus dem EU-Vertrag ergebenden Verpflichtung nach, die erforderlichen Vorschriften zu erlassen, um die Einhaltung der Haushaltsdisziplin zu gewährleisten. Hierzu ist hilfreich, dass man sich auf eine vertikale Verteilung der Konsolidierungslasten auf die einzelnen Ebenen einigte und die Kompetenzen des Finanzplanungsrats gestärkt wurden; war er bisher ein Gremium ohne jegliches Druckmittel, so kann er künftig zumindest Ermahnungen und Empfehlungen aussprechen, wenn seine Vorgaben nicht eingehalten werden.

Da die Länder in ihrer Haushaltsführung unabhängig sind, ist eine gesetzliche Regelung – möglicherweise auch eine Grundgesetzänderung – erforderlich. Der Bund kann den Ländern keine Defizit- oder Verschuldungsquoten vorgeben, auch wenn bestehende Gesetze eine gewisse Einflussnahme zulassen.^{c)} Der Finanzplanungsrat ist trotz seiner erweiterten Kompetenzen nicht in der Lage, die haushaltspolitischen Zielsetzungen durchzusetzen, zumal unklar ist, wie weit die Kommunen, die sich bei der angesprochenen Abstimmung im Finanzplanungsrat der Stimme enthielten, die Entscheidungen mittragen. Insbesondere aber fehlen noch Vereinbarungen über die horizontale Verteilung der Defizitquote auf die einzelnen Länder und Kommunen sowie über einen Sanktionsmechanismus, der dann greift, wenn Konsolidierungsabsprachen nicht eingehalten werden.

^{a)} Nach § 51a Abs. 1 und 2 Haushaltsgrundsatzgesetz kommen »Bund und Länder ... ihrer Verantwortung zur Einhaltung der Bestimmungen in Artikel 104 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft und des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes nach und streben eine Rückführung der Nettoneuverschuldung mit dem Ziel ausgeglichener Haushalte an.« Dabei kommt dem Finanzplanungsrat die Kontroll- und Koordinierungsfunktion zu. Er »... gibt unter Berücksichtigung der volks- und finanzwirtschaftlichen Faktoren Empfehlungen zur Haushaltsdisziplin, insbesondere zu einer gemeinsamen Ausgabenlinie im Sinne des § 4 Abs. 3 des Maßstabgesetzes ...«. ^{b)} Diese Aufteilung soll auch für die Jahre 2005 und 2006 gelten. ^{c)} Nach Artikel 109 Absatz 4 Satz 1 Nummer 1 GG kann ein Bundesgesetz zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts Höchstbeträge für die Kreditaufnahme von Ländern und Gemeinden festlegen. Außerdem verpflichtet Artikel 23 GG die Länder, dem Bund die Erfüllung seiner bundesstaatlichen Verpflichtungen zu ermöglichen.

auf das konjunkturbereinigte Budgetdefizit des Staates bezieht. Die anderen Bereiche der Wirtschaftspolitik können – wie auch Erfahrungen z.B. in Finnland, Irland und in den Niederlanden zeigen – einen Beitrag dazu leisten, dass das makroökonomische Umfeld günstig bleibt. Die Einschnitte bei der Staatsnachfrage wurden in den angesprochenen Ländern durch nachfragesteigernde Maßnahmen von anderer Seite weitgehend kompensiert. Als kleine Volkswirtschaften setzten sie dabei auf entsprechende Stimulierungen aus dem Ausland, ihre Währungen werteten real ab. Diese Möglichkeit besteht für Deutschland nicht. Allerdings kann die EZB einer Konjunkturabschwächung im Euroraum im Rahmen ihrer geldpolitischen Strategie entgegenwirken, vorausgesetzt, das Ziel der Preisstabilität ist nicht gefährdet; dies gilt umso mehr, wenn alle großen Länder des Euroraums gleichzeitig ihre Konsolidierungsanstrengungen verstärken. Die Inflationsrisiken können auch dadurch begrenzt werden, dass die Lohnpolitik auf moderatem Kurs bleibt; hierfür spielt die Entwicklung in Deutschland eine besondere Rolle. Auch für den Konsolidierungskurs der Finanzpolitik in Deutschland wäre damit einiges gewonnen, denn es ließe sich dann leichter durchsetzen, den Lohnanstieg im öffentlichen Dienst und damit den Anstieg der Personalausgaben des Staates niedrig zu halten.

Zusammenfassung

Die Weltwirtschaft steht vor einem Aufschwung. In den USA hat sich die Konjunktur sogar früher als von den Instituten im Herbst erwartet belebt. In Westeuropa war der Anstieg der Produktion zu Jahresbeginn zwar noch verhalten, das Verbrauchervertrauen wie auch das Geschäftsklima haben sich aber deutlich verbessert. Während die Konjunktur auch in den asiatischen Schwellenländern die Talsohle bereits durchschritten hat, setzte sich in Japan die Rezession zunächst noch fort.

Eingeleitet wurde die Konjunkturwende in den Industrieländern von der Wirtschaftspolitik. Dies gilt besonders für die USA, wo die Notenbank die Wirtschaft seither ungewöhnlich kräftig stimuliert. Auch die Finanzpolitik gibt beträchtliche Impulse. In Westeuropa gehen von der Geldpolitik ebenfalls spürbare Anregungen aus, wenn auch nicht in dem Maße wie in den USA.

In den USA und in Westeuropa werden sich die expansiven Wirkungen der Wirtschaftspolitik in diesem Jahr zunehmend entfalten; die gesamtwirtschaftliche Produktion wird im Verlauf des Jahres kräftig expandieren. Im kommenden Jahr

dürfte die konjunkturelle Dynamik in beiden Regionen infolge schwächer werdender wirtschaftspolitischer Impulse etwas nachlassen. Das reale Bruttoinlandsprodukt der Industrieländer insgesamt wird im Jahr 2003 um 2,8% höher sein als in diesem Jahr, in dem ein Zuwachs von lediglich 1,2% erreicht wird.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich im Frühjahr 2002 am Beginn eines Aufschwungs. Das Geschäftsklima im verarbeitenden Gewerbe hat sich in den vergangenen Monaten spürbar aufgehellt. Insbesondere hat sich das außenwirtschaftliche Umfeld verbessert. Angeregt wird die Konjunktur auch durch die Geldpolitik.

Im Zuge des Aufschwungs im Euroraum dürfte die EZB die geldpolitischen Zügel wieder leicht anziehen und auf einen etwa neutralen Kurs einschwenken. Bezüglich der Lohnpolitik rechnen die Institute nicht mit einem Kurswechsel; für die Jahre 2002 und 2003 dürften die Tariflohnsteigerungen in Deutschland mit reichlich 2 1/2% im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt etwas höher ausfallen als in den beiden vergangenen Jahren. In der Finanzpolitik sind für das kommende Jahr merkliche Einschnitte bei den Staatsausgaben zu erwarten. Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte wird verstärkt; nach der Prognose wird 2003 ein Sparpaket mit einem Volumen von rund 8 Mrd. Euro aufgelegt.

Im Gefolge der kräftiger expandierenden Weltwirtschaft werden die Exporte wieder steigen. Zudem strahlt die deutliche Verbesserung der Erwartungen in den USA und in Europa auch auf Deutschland aus und wirkt positiv auf die Investitionen der Unternehmen. Der private Konsum wird ebenfalls wieder zunehmen. Im weiteren Verlauf des Jahres kommen die Impulse seitens der Geldpolitik mehr und mehr zum Tragen. All das spricht dafür, dass sich der Aufschwung in der zweiten Hälfte dieses Jahres verstärken wird.

Im kommenden Jahr wird sich das konjunkturelle Expansionstempo verlangsamen. So werden die Impulse aus dem Ausland schwächer, und die Anregungen von der Geldpolitik klingen ab. Zudem wirkt das Sparpaket dämpfend. Das reale Bruttoinlandsprodukt wird im Jahr 2003 in Deutschland um 2,4% steigen, nach 0,9% in diesem Jahr. Die Lage am Arbeitsmarkt wird sich gleichwohl verbessern; die Zahl der Arbeitslosen wird im Jahresdurchschnitt 2003 auf 3,8 Millionen zurückgehen. Der Preisanstieg bleibt moderat.

Übersicht

	1999	2000	2001	2002	2003
Bruttoinlandsprodukt ¹⁾					
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	1,8	3,0	0,6	0,9	2,4
Westdeutschland ²⁾³⁾	1,8	3,3	0,6	0,9	2,4
Ostdeutschland ³⁾	2,0	1,0	-0,1	0,5	2,3
Erwerbstätige Inländer (1 000 Personen)	38 015	38 636	38 703	38 606	38 798
Westdeutschland ²⁾	31 742	32 419	32 594	32 566	32 738
Ostdeutschland	6 273	6 217	6 109	6 040	6 060
Arbeitslose (1 000 Personen)	4 099	3 889	3 852	3 957	3 811
Westdeutschland ²⁾	2 872	2 645	2 592	2 704	2 586
Ostdeutschland	1 227	1 244	1 259	1 253	1 225
Arbeitslosenquote ⁴⁾ (in %)	9,7	9,1	9,1	9,3	8,9
Westdeutschland ²⁾	8,3	7,5	7,4	7,7	7,3
Ostdeutschland	16,4	16,7	17,1	17,2	16,8
Verbraucherpreise ⁵⁾					
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	0,6	1,9	2,5	1,5	1,6
Finanzierungssaldo des Staates ⁶⁾	-1,6	1,2	-2,7	-2,3	-1,6

¹⁾ In Preisen von 1995. – ²⁾ Einschließlich Berlin. – ³⁾ Berechnungsstand März 2002. – ⁴⁾ Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept). – ⁵⁾ Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte. – ⁶⁾ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 95) in % zum nominalen Bruttoinlandsprodukt. Angabe für 2000: Einschließlich der als Nettoabgang an nichtproduzierten Vermögensgütern gebuchten Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Arbeitskreis VGR der Länder; Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder; Bundesanstalt für Arbeit; 2002 und 2003: Prognose der Institute.

Bei alledem gibt es Prognoserisiken in die eine wie auch in die andere Richtung. Einen Unsicherheitsfaktor bildet die Konjunktur in den USA; dort könnte die Expansion schwächer ausfallen als prognostiziert. Auch könnte ein unerwartet hoher Ölpreis die Konjunktur belasten. Es ist jedoch auch nicht auszuschließen, dass das Aufschwungstempo unterschätzt wird. Angesichts der stark verbesserten Geschäftserwartungen der Unternehmen könnte die konjunkturelle Dynamik in den kommenden Monaten durchaus kräftiger ausfallen als von den Instituten prognostiziert.

Trotz der angesprochenen Risiken erscheint der Aufschwung in Deutschland nicht besonders gefährdet. Für eine nachhaltige Aufwärtsentwicklung kommt es nun darauf an, dass die einzelnen Bereiche der Wirtschaftspolitik ihre mittelfristige Orientierung beibehalten. Die Geldpolitik muss primär darauf bedacht sein, die Preisstabilität zu sichern. Es ist wichtig, dass die EZB beim Erreichen des Stabilitätsziels von der Lohnpolitik unterstützt wird.

Es wäre viel gewonnen, wenn glaubhaft gemacht werden könnte, dass die Zunahme der Löhne im Euroraum in den kommenden Jahren stabilitätskonform bleibt. Ist der Anstieg niedriger als die Rate, die sich aus dem mittelfristigen Produktivitätszuwachs zuzüglich Zielinflationsrate ergibt, steigt das Produktionspotential in der Volkswirtschaft vorübergehend schneller. Entsprechend könnte die EZB den Referenzwert für die Geldmengenexpansion anheben. Dies bedeutet jedoch nicht, dass eine Abstimmung zwischen der Geldpolitik und der Lohnentwicklung im Sinne einer ex-ante Koordination wünschenswert oder notwendig ist. Die Geldpolitik darf keine Vorleistung erbringen und ihre Politik ändern in der (ungewissen) Hoffnung, die Löhne würden nur sehr moderat steigen.

Vor einer besonderen Herausforderung steht die Finanzpolitik in Deutschland. Die Bundesregierung hat sich im Februar dieses Jahres abermals verpflichtet, im Jahr 2004 ein annähernd ausgeglichenes Staatsbudget zu erreichen. Dazu muss sie ein Konsolidierungsprogramm verabschieden, das Produktion und Beschäftigung in den beiden kommenden Jahren möglicherweise dämpft. Gleichwohl sollten von den Zusagen keine Abstriche gemacht werden; ansonsten würde die Finanzpolitik weiter an Glaubwürdigkeit verlieren. Die Haushaltskonsolidierung sollte auf der Ausgabenseite ansetzen; hier sind einschneidende Maßnahmen erforderlich. Zusätzliche Steuererhöhungen sollten ausgeschlossen werden, denn dies würde das Wirtschaftswachstum beeinträchtigen. Die Erwartung einer sinkenden Steuer- und Abgabenbelastung kann am besten dadurch gefördert werden, dass ein entsprechender Verlauf der Staatsausgaben verbindlich vorgegeben und dann auch eingehalten wird. Nur wenn der Staat spart, können auch die Steuern gesenkt werden.

Anhang:

**Die wichtigsten Daten der
Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung**

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für die Jahre 2002 und 2003

Bundesrepublik Deutschland

	2001	2002	2003	2002		2003	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

1. Entstehung des Inlandsprodukts

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Erwerbstätige	0,3	-0,3	0,5	-0,3	-0,1	0,4	0,6
Arbeitszeit, arbeitstäglich	-0,7	-0,2	-0,2	0,2	-0,6	-0,2	-0,2
Arbeitstage	-0,3	0,0	0,1	-0,7	0,7	-0,2	0,4
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	-0,7	-0,6	0,4	-0,8	-0,1	-0,1	0,8
Produktivität 1)	1,3	1,4	2,0	0,6	2,1	2,6	1,5
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995	0,6	0,9	2,4	-0,2	2,0	2,5	2,3

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd. €

Konsumausgaben	1 611,3	1 645,3	1 694,1	796,9	848,3	820,0	874,1
Private Haushalte 2)	1 218,1	1 243,8	1 286,5	604,6	639,1	624,7	661,7
Staat	393,2	401,5	407,6	192,3	209,2	195,3	212,4
Anlageinvestitionen	417,8	409,2	422,4	193,7	216,5	200,6	221,8
Ausrüstungen und Sonstige Anlagen	190,8	187,9	200,8	88,3	99,6	94,6	106,3
Bauten	227,0	221,3	221,6	105,5	115,9	106,0	115,6
Vorratsveränderungen 3)	-5,2	-0,5	3,1	7,4	-7,9	10,4	-7,4
Inländische Verwendung	2 023,9	2 054,0	2 119,6	998,1	1 055,9	1 031,0	1 088,6
Außenbeitrag	39,1	55,0	67,6	25,8	29,2	32,0	35,5
Exporte	721,4	742,0	817,8	359,9	382,1	394,9	422,9
Importe	682,3	687,0	750,3	334,2	352,8	363,0	387,4
Bruttoinlandsprodukt	2 063,0	2 109,0	2 187,0	1 023,9	1 085,1	1 062,9	1 124,1

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	2,8	2,1	3,0	1,4	2,8	2,9	3,0
Private Haushalte 2)	3,0	2,1	3,4	1,1	3,1	3,3	3,5
Staat	2,3	2,1	1,5	2,2	2,1	1,5	1,5
Anlageinvestitionen	-4,6	-2,1	3,2	-5,2	0,9	3,5	3,0
Ausrüstungen und Sonstige Anlagen	-3,4	-1,6	6,9	-6,2	3,0	7,1	6,7
Bauten	-5,7	-2,5	0,1	-4,3	-0,7	0,5	-0,3
Inländische Verwendung	0,3	1,5	3,2	0,1	2,8	3,3	3,1
Exporte	5,6	2,9	10,2	-0,4	6,1	9,7	10,7
Importe	1,0	0,7	9,2	-2,7	4,2	8,6	9,8
Bruttoinlandsprodukt	1,9	2,2	3,7	0,9	3,5	3,8	3,6

3. Verwendung des Inlandsprodukts in Preisen von 1995

a) Mrd. €

Konsumausgaben	1 506,5	1 517,6	1 541,5	743,1	774,5	754,7	786,6
Private Haushalte 2)	1 120,9	1 127,5	1 147,8	550,6	576,9	560,5	587,3
Staat	385,6	390,1	393,7	192,5	197,6	194,2	199,5
Anlageinvestitionen	420,8	413,1	425,6	195,7	217,4	202,2	223,4
Ausrüstungen und Sonstige Anlagen	192,3	189,5	201,8	89,2	100,3	95,1	106,6
Bauten	228,5	223,6	223,8	106,5	117,1	107,1	116,8
Vorratsveränderungen 3)	-14,1	-8,5	-5,9	1,4	-9,9	4,4	-10,4
Inländische Verwendung	1 913,2	1 922,2	1 961,2	940,2	982,0	961,3	999,8
Außenbeitrag	66,4	74,9	84,5	36,6	38,3	40,3	44,2
Exporte	689,9	704,8	763,7	343,7	361,1	370,9	392,8
Importe	623,5	629,9	679,2	307,1	322,8	330,6	348,6
Bruttoinlandsprodukt	1 979,6	1 997,1	2 045,7	976,8	1 020,3	1 001,6	1 044,1
nachrichtlich:							
Bruttonationaleinkommen	1 972,7	1 990,6	2 039,2	974,3	1 016,3	999,1	1 040,1

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	1,3	0,7	1,6	0,1	1,4	1,6	1,6
Private Haushalte 2)	1,1	0,6	1,8	-0,3	1,5	1,8	1,8
Staat	1,7	1,2	0,9	1,1	1,2	0,9	0,9
Anlageinvestitionen	-4,8	-1,8	3,0	-4,9	1,1	3,3	2,8
Ausrüstungen und Sonstige Anlagen	-3,6	-1,5	6,5	-6,1	3,1	6,6	6,3
Bauten	-5,8	-2,1	0,1	-3,8	-0,5	0,5	-0,3
Inländische Verwendung	-1,0	0,5	2,0	-0,8	1,7	2,2	1,6
Exporte	4,7	2,2	8,4	-0,1	4,4	7,9	8,8
Importe	0,1	1,0	7,8	-1,8	3,9	7,7	8,0
Bruttoinlandsprodukt	0,6	0,9	2,4	-0,2	2,0	2,5	2,3
nachrichtlich:							
Bruttonationaleinkommen	0,5	0,9	2,4	-0,2	2,0	2,5	2,3

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für die Jahre 2002 und 2003

Bundesrepublik Deutschland

	2001	2002	2003	2002		2003	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (1995=100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Private Konsumausgaben 2)	1,8	1,5	1,6	1,4	1,6	1,5	1,7
Konsumausgaben des Staates	0,6	0,9	0,6	1,0	0,9	0,6	0,6
Anlageinvestitionen	0,2	-0,2	0,2	-0,3	-0,2	0,2	0,2
Ausrüstungen und Sonstige Anlagen	0,3	-0,1	0,4	-0,1	-0,1	0,4	0,4
Bauten	0,2	-0,4	0,0	-0,5	-0,2	0,0	0,0
Exporte	0,8	0,7	1,7	-0,3	1,7	1,7	1,8
Importe	1,0	-0,3	1,3	-0,9	0,3	0,9	1,7
Bruttoinlandsprodukt	1,3	1,3	1,2	1,1	1,5	1,2	1,2

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. €

Primäreinkommen der privaten Haushalte 2)	1 567,2	1 598,3	1 656,2	777,6	820,7	805,1	851,1
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	208,5	213,7	220,4	102,3	111,4	105,0	115,4
Bruttolöhne und -gehälter	901,3	920,0	949,0	431,0	489,0	443,1	506,0
Übrige Primäreinkommen 4)	457,4	464,6	486,8	244,3	220,3	257,1	229,8
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	175,2	181,1	190,3	83,9	97,2	90,4	99,9
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	1 742,4	1 779,4	1 846,5	861,5	917,9	895,5	951,0
Abschreibungen	312,2	321,8	332,8	159,4	162,3	164,5	168,1
Bruttonationaleinkommen	2 054,6	2 101,0	2 179,0	1 020,9	1 080,1	1 059,9	1 119,1
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	1 531,1	1 557,6	1 614,2	750,3	807,3	779,9	834,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	421,4	424,0	444,8	217,1	206,9	231,8	213,0
Arbeitnehmerentgelt	1 109,7	1 133,7	1 169,4	533,3	600,4	548,1	621,4

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte 2)	2,6	2,0	3,6	0,8	3,2	3,5	3,7
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	1,0	2,5	3,2	2,2	2,8	2,7	3,6
Bruttolöhne und -gehälter	2,1	2,1	3,2	1,6	2,5	2,8	3,5
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	1,8	2,3	2,6	2,0	2,7	2,4	2,8
Übrige Primäreinkommen 4)	4,4	1,6	4,8	-1,3	4,9	5,2	4,3
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	-6,9	3,4	5,0	-1,0	7,5	7,7	2,8
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	1,6	2,1	3,8	0,6	3,6	3,9	3,6
Abschreibungen	3,2	3,0	3,4	2,8	3,2	3,2	3,6
Bruttonationaleinkommen	1,8	2,3	3,7	0,9	3,6	3,8	3,6
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	1,7	1,7	3,6	0,0	3,4	3,9	3,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	1,2	0,6	4,9	-3,8	5,8	6,8	3,0
Arbeitnehmerentgelt	1,9	2,2	3,2	1,7	2,6	2,8	3,5

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte 2)

a) Mrd. €

Masseneinkommen	936,0	954,6	978,5	457,0	497,6	467,7	510,8
Nettolöhne und -gehälter	589,5	596,3	614,0	278,0	318,3	286,0	328,0
Monetäre Sozialleistungen	416,7	431,3	439,0	215,3	216,1	218,7	220,3
abzgl. Abgaben auf monetäre Sozialleistungen 5)	71,2	73,0	74,5	36,3	36,8	37,0	37,5
Übrige Primäreinkommen 4)	457,4	464,6	486,8	244,3	220,3	257,1	229,8
Sonstige Transfers 6)	-46,0	-46,4	-45,0	-23,0	-23,4	-23,3	-21,8
Verfügbares Einkommen	1 346,4	1 372,8	1 420,3	678,3	694,4	701,5	718,8
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	9,9	10,5	11,3	4,9	5,6	5,3	6,0
Konsumausgaben	1 218,1	1 243,8	1 286,5	604,6	639,1	624,7	661,7
Sparen	138,2	139,5	145,0	78,6	60,9	82,0	63,1
Sparquote (%) 7)	10,2	10,1	10,1	11,5	8,7	11,6	8,7

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	3,1	2,1	2,5	2,1	2,1	2,3	2,7
Nettolöhne und -gehälter	3,4	1,1	3,0	0,9	1,4	2,9	3,1
Monetäre Sozialleistungen	2,6	3,5	1,8	3,7	3,3	1,6	2,0
abzgl. Abgaben auf							
monetäre Sozialleistungen 5)	2,4	2,5	2,1	2,0	2,9	2,1	2,0
Übrige Primäreinkommen 4)	4,4	1,6	4,8	-1,3	4,9	5,2	4,3
Verfügbares Einkommen	3,5	2,0	3,5	1,0	2,9	3,4	3,5
Konsumausgaben	3,0	2,1	3,4	1,1	3,1	3,3	3,5
Sparen	8,1	0,9	4,0	0,2	1,9	4,3	3,5

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für die Jahre 2002 und 2003

Bundesrepublik Deutschland

	2001	2002	2003	2002		2003	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates 8)

a) Mrd. €

Einnahmen							
Steuern	476,6	496,2	513,4	238,6	257,6	248,6	264,9
Sozialbeiträge	383,6	395,0	407,0	189,8	205,2	195,4	211,5
Vermögenseinkommen	19,1	22,3	21,5	15,7	6,5	14,7	6,8
Sonstige laufende Transfers	14,2	14,4	14,6	6,9	7,5	7,0	7,6
Vermögenstransfers	8,5	8,3	8,5	4,2	4,1	4,2	4,3
Verkäufe	40,7	40,8	42,0	19,2	21,6	20,3	21,7
Sonstige Subventionen	0,9	1,0	1,0	0,4	0,6	0,4	0,6
Insgesamt	943,5	977,9	1 008,0	474,8	503,1	490,7	517,3
Ausgaben							
Vorleistungen 9)	239,2	245,0	249,8	118,1	126,9	120,5	129,3
Arbeitnehmerentgelt	165,3	167,6	168,6	78,2	89,4	78,7	89,9
Vermögenseinkommen (Zinsen)	66,5	68,8	70,8	34,4	34,5	34,5	36,3
Subventionen	35,0	34,6	34,3	16,1	18,5	16,0	18,3
Monetäre Sozialleistungen	390,6	404,8	411,8	202,0	202,8	205,2	206,6
Sonstige laufende Transfers	34,0	37,0	38,0	17,8	19,2	18,2	19,8
Vermögenstransfers	34,5	35,2	36,2	17,9	17,3	19,5	16,8
Bruttoinvestitionen	36,1	35,3	34,0	15,4	19,9	14,9	19,1
Nichtproduzierbare Vermögensgüter	-1,4	-1,4	-1,4	-0,6	-0,8	-0,6	-0,8
Insgesamt	999,8	1 026,9	1 042,1	489,3	527,6	506,8	535,3
Finanzierungssaldo	-56,3	-49,1	-34,1	-24,5	-24,6	-16,1	-18,0

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	-4,4	4,1	3,5	1,0	7,2	4,2	2,8
Sozialbeiträge	1,4	3,0	3,0	2,5	3,4	3,0	3,1
Vermögenseinkommen	49,1	16,2	-3,4	27,2	-3,7	-6,5	4,3
Sonstige laufende Transfers	3,8	1,0	1,7	1,0	0,9	2,2	1,3
Vermögenstransfers	3,3	-1,7	2,3	-6,3	3,5	1,2	3,4
Verkäufe	-0,1	0,3	3,0	0,1	0,4	5,8	0,5
Sonstige Subventionen	-10,9	10,0	0,0	2,4	16,3	0,0	0,0
Insgesamt	-1,0	3,6	3,1	2,2	5,0	3,4	2,8
Ausgaben							
Vorleistungen 9)	3,3	2,4	2,0	2,4	2,4	2,0	1,9
Arbeitnehmerentgelt	0,4	1,4	0,6	1,5	1,3	0,6	0,6
Vermögenseinkommen (Zinsen)	-2,3	3,5	2,9	3,3	3,7	0,3	5,5
Subventionen	0,6	-1,2	-0,9	-0,4	-1,9	-0,7	-1,0
Monetäre Sozialleistungen	2,7	3,6	1,7	3,9	3,4	1,6	1,9
Sonstige laufende Transfers	-2,3	8,9	2,7	8,2	9,6	2,3	3,1
Vermögenstransfers	12,6	2,1	2,9	6,5	-2,1	8,6	-3,0
Bruttoinvestitionen	-2,5	-2,2	-3,7	-3,6	-1,1	-2,9	-4,3
Insgesamt	7,6	2,7	1,5	3,0	2,5	1,5	1,5

1) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigenstunde.

2) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

3) Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

4) Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.

5) Einschließlich verbrauchsnahe Steuern.

6) Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers.

7) Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).

8) Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

9) Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Quellen:

Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen der Institute; 2002 und 2003:

Prognose der Institute.

Die Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute

Zweimal in jedem Jahr – im Frühjahr und im Herbst¹ – erstellen die sechs führenden Wirtschaftsforschungsinstitute in der Bundesrepublik Deutschland im Auftrag des Bundesministeriums für Finanzen (bis 1998: Bundesministerium für Wirtschaft) ein Konjunkturgutachten über »die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft«. Bei den an der so genannten »Gemeinschaftsdiagnose« beteiligten Instituten handelt es sich um das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), das Hamburgische Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA), das ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München, das Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel (IfW), das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI), Essen, und – seit 1993 – um das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH). Aufgabe der Gemeinschaftsdiagnose ist es, Entscheidungshilfen für alle wirtschaftlich und wirtschaftspolitisch Handelnden zu geben. Die Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute hat damit eine ähnliche Aufgabenstellung wie das Jahresgutachten des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, dessen besondere Stärke weniger in der Konjunkturprognose als in der profunden Darstellung grundsätzlicher allokativer und distributiver Fragen liegt (Schmahl 2000).

Alle Gemeinschaftsdiagnosen beinhalten einen *weltwirtschaftlichen* Teil und einen *binnenwirtschaftlichen* Teil. Im *weltwirtschaftlichen* Kapitel wird die internationale Konjunktur herausgearbeitet, die für ein exportabhängiges Land wie Deutschland ein wichtiges Rahmendatum bedeutet. Im Vordergrund steht die Wirtschaftsentwicklung in den USA, in Japan (und Ostasien), in Westeuropa – und hier insbesondere das Geschehen in der Europäischen Währungsunion – sowie in Mittel- und Osteuropa. Hinzu kommt eine Darstellung der internationalen Lohn- und Finanzpolitik sowie der monetären Rahmenbedingungen, zu denen neben der Geldpolitik der amerikanischen und japanischen Notenbanken insbesondere die Zinsbeschlüsse der Europäischen Zentralbank, die Geldmengenexpansion (im Euroraum) und auch die Wechselkursentwicklung des Euro gegenüber dem US-Dollar gehören. Der *binnenwirtschaftliche* Teil des Gutachtens enthält eine ausführliche Ex-post-Analyse (Konjunkturdiagnose) der deutschen Wirtschaft, die wichtigsten Annahmen der Prognose² und –

darauf aufbauend – eine kommentierte Vorausschätzung der zentralen Kenngrößen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Ein gesonderter Tabellensatz mit detaillierten Halbjahres- bzw. Jahresergebnissen für die Bundesrepublik findet sich im Anhang jedes Gutachtens.³ Der Prognosehorizont der Gemeinschaftsdiagnose beträgt dabei – je nach Fertigstellungstermin – bis zu sieben Quartale. An die Diagnose- und Prognosekapitel schließt sich eine detaillierte Stellungnahme der Institute zur Wirtschaftspolitik an. Die wirtschaftspolitischen Überlegungen und Empfehlungen erstrecken sich primär auf die Kernbereiche *Lohn-, Geld- und Finanzpolitik*, wobei in den Gutachten – neben der laufenden Policyevaluation – stets auch Vorschläge für konkrete Maßnahmen zu finden sind. Themenkreise waren hier u.a. die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen, allfällige Steuerreformen, Deregulierungen, der »Evergreen« Subventionsabbau sowie die Wechselkurspolitik. Nach der Wiedervereinigung haben die Institute in diesem Teil des Gutachtens wiederholt auch Expertisen zu den besonderen wirtschaftspolitischen Erfordernissen in den neuen Bundesländern abgegeben.

Jedem Gemeinschaftsgutachten vorgelagert ist die separate Prognosearbeit in den beteiligten sechs Instituten, die bereits mehrere Wochen vor der eigentlichen Gruppentagung beginnt. Hinzu kommen in diesem Zeitraum regelmäßige Vorgespräche der *Federführenden* (Leiter der jeweiligen Konjunkturabteilungen) im Bundesministerium der Finanzen, der Deutschen Bundesbank und der Europäischen Zentralbank (zeitweilig auch in der Treuhandanstalt). Der eng gefasste Zeitrahmen für die eigentliche Gemeinschaftsdiagnose beträgt lediglich zwei Wochen. Entsprechend dem inhaltlichen Aufbau der Gemeinschaftsdiagnose beginnt die *Weltgruppe* im jeweils gastgebenden Institut – die Gastgeberrolle wechselt turnusmäßig von Institut zu Institut – mit der Arbeit (vgl. Über-

³ Zahlenprognosen in tabellarischer Form veröffentlichen die Wirtschaftsforschungsinstitute in ihren Gemeinschaftsgutachten seit dem Jahr 1962.

¹ Im Jahr 1950 wurde auf Initiative des Arbeitskreises »Konjunkturbeobachtung« der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute erstmals ein gemeinsamer Konjunkturbericht veröffentlicht. Bis 1964 fanden die turnusmäßigen Gemeinschaftsdiagnosen zur Jahresmitte und zum Jahresende statt (vgl. Stäglin 1998).

² Jeder Gemeinschaftsdiagnose liegt eine Reihe von Annahmen zugrunde, die ihrerseits auf prognostischen Überlegungen beruhen, in einigen Fällen jedoch lediglich Setzungen sind. Zu den üblichen Annahmen für die Deutschlandprognose gehören die Entwicklung von Weltwirtschaft und Welthandel, die Veränderung der Rohstoffpreise, die Bewegung des realen effektiven Außenwerts des Euro gegenüber den Währungen wichtiger Handelspartner sowie der absehbare Kurs der Geld-, Lohn- und Finanzpolitik im Prognosezeitraum.

Übersicht: Arbeitsgruppen der Gemeinschaftsdiagnose

